



Sezession

Lagebild

Autorenporträt
Wilhelm Röpke

August Nagel
Gentheater

Dirk Alt
Medienstrategie

Benedikt Kaiser
Kampf gegen rechts

Raimund Th. Kolb
Chinas Futurologie

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

19. Jahrgang, Heft 104,
Oktober 2021

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 96
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Ein Lagebild**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Nachahmungsdruck**
Ellen Kositza

Thema »Lagebild«

- 4 **Autorenporträt Wilhelm Röpke**
Bernard Udau
- 8 **Private Macht und öffentliche Sphäre**
Fritz Menhardten
- 12 **Alltag und Heilserwartung –
vier Jahre AfD im Bundestag**
Erik Lehnert
- 18 **Medialer Strategiewechsel für
die AfD – ein Vorschlag**
Dirk Alt
- 24 **Der Kampf gegen rechts als Teil
des »Great Reset«**
Benedikt Kaiser
- 30 **Das Erbgut im Rampenlicht**
August Nagel
- 36 **Ökologie von rechts – ein Lagebericht**
Jonas Schick
- 40 **Erbe und Propaganda in
Chinas Futurologie**
Raimund Th. Kolb
- 48 **Wollte schon mal jemand für
die Regenbogenfahne sterben?**
Patrick Buisson und Alain de Benoist
im Gespräch

Bildteil

Ein Tag der Offenen Tür in Schnellroda

Bücher

- 56 **Das Gastmahl des Leviathan**
Josef Schüßlburner
- 58 **Rezensionen**

Ein Lagebild

von Götz Kubitschek

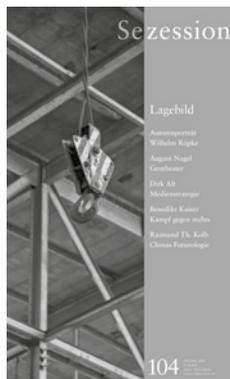
Der US-amerikanische Publizist George Packer hat ein Buch über den Zustand der Vereinigten Staaten vorgelegt: *Die letzte beste Hoffnung* handelt vom Absturz, den seine Nation innerhalb der vergangenen vier Jahre erlitt. Schuld daran sei Trumps Politik, die mitnichten etwas mit Fürsorge, Solidargemeinschaft, Einhegung freidrehender Märkte und Gesundung der Gesellschaft zu tun gehabt habe. Vielmehr habe der größte Lügner, der je im Weißen Haus saß, die Amerikaner »weniger frei zurückgelassen, ungleicher, gespaltener, verrückter, isolierter, ärmer, versumpfter, dreckiger, gemeiner, kränker und toter«. Packer, der 2013 *Die Abwicklung* veröffentlichte (ein ungemein plastisches und eingängiges Schreckensbild der untergehenden Mittelschicht Amerikas), vergleicht nun die Atmosphäre während der Amtseinführung Joe Bidens mit dem Vorabend vor einer Schlacht im Amerikanischen Bürgerkrieg: »Wir wissen, wer in diesem Konflikt die Konföderierten und wer die Union bildet« (wissen wir, also: wir, das?), und folgert, daß seine Seite, also die Nordstaaten, den von Trump aufgezwungenen Krieg nun hinzunehmen habe, damit die Nation nicht untergehe.

Ich habe *Die letzte beste Hoffnung* nicht nach den ersten Seiten weggelegt, sondern doch zu Ende gelesen, denn Packers *Abwicklung* war wirklich ein gutes Buch. Aber das, was er nun vorgelegt hat, ist zugleich schockierend beschränkt und wahrnehmungsfalsch, und es ist zugleich kalkuliert weinerlich und damit ein perfides Stück: Packer spricht die offizielle Corona-Erzählung nach wie die Verse eines schlechten Gedichts – ohne einen einzigen auszulassen, ohne abzubrechen, ohne in Lachen auszubrechen oder den Quark wenigstens interpretierend zu vernichten. Er befeuert die angstpolitische Propaganda, er begrüßt die Maßnahmenspirale, er akzeptiert die Einschränkung jener Bürgerrechte, die er eben noch mit allen Mitteln (»einen Krieg hinnehmend«) gegen Trumps vermeintliche Übergriffigkeit verteidigte, und er sehnt den Tag herbei, an dem er – doppelt und dreifach gemipft – wird erproben können, ob wir »noch den Mut haben, uns zu umarmen«. Bangnis nach der Einzelhaft: »Werden wir dann überhaupt noch zusammen sein wollen?«

Packer ist – die Lektüre seines neuen Buches läßt keinen anderen Schluß zu – eines jener wahlberechtigten Kinder der Moderne, die alles haben wollen (und bekommen), weil sie es nie selbst bezahlen müssen. Sie müssen für die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeit nicht aufkommen, und sie sind – im Gegensatz zu den Ausbadern – selbst flexibel genug, unverortet genug, reich genug und zynisch genug, um dorthin ausweichen zu können, wo die Härten des Gesellschaftsexperiments noch nicht spürbar sind. Packer beschreibt sich selbst, wenn er die »Early Adopter sämtlicher Errungenschaften« aufzählt, die »die Oberfläche heutigen Lebens so angenehm machen: Vielfliegerprogramme, MacBook Pro, Fleisch vom Weiderind, Cold-Brew-Kaffee, Amazon Prime«. Auch er gehört zu denen, die »alles Neue und die Vielfalt« lieben, und auch er ist der Ansicht, daß »vom transnationalen Fluß von Menschen, Informationen, Gütern und Kapital die meisten, wenn nicht sogar alle Menschen profitieren«. Packer: moralpolitisch aufgebläht, auf dem Gut-Böse-Trip, totalitarismusanfällig, leider begabt.

Packer hätte am 26. September, Fleischfasern vom Weiderind mittels Cold-Brew-Kaffee aus den Zwischenräumen seiner Zähne spülend, eine der vier grünen Parteien gewählt, die nun im Deutschen Bundestag vertreten sind und die nun – mittels einer weiteren Demokratiesimulation – nicht nur die Regierungskoalition bilden, sondern auch den Oppositionsführer stellen werden. Der fünften Partei, die gerne grün wäre und gegen das existentielle Interesse ihrer Kernwählerschaft ebenfalls den transnationalen Fluß, das Flüssigmachen aller Sicherheit, aller Stabilität und aller Nichtvernichtung forciert, hat ihre Sitze bloß verteidigt, weil ihr drei Direktmandate gelangen.

Bleibt das blaue Lager, die einzige Opposition, die »Hoffnung wider besseres Wissen«, denn wir alle wissen, welchen Weg Gebilde gehen, die kristallisieren. Aber noch kann man in ihren Reihen von vielen wichtigen Dingen das Wichtigste tun: aus Prinzip nicht mitspielen, wenn alle denselben Ton blasen und Vielstimmigkeit nur behaupten. Es gibt viele, viele Leute, die wenigstens einen einzigen anderen Ton so laut und so klar wie möglich vernehmen wollen. Wenigstens das. ■



Nachahmungsdruck

von Ellen Kositza

Jede Wette: Wenn die geneigte Leserschaft befragt würde, was sie mit dem modischen Terminus »Influencer« verbinde, fiel ihr als erstes der Name »Rezo« ein. Das ist dieser unter Kunstnamen agierende Typ mit den blaugefärbten Haaren und dem Kindergesicht, von dem selbst auf Wikipedia gerätselt wird, ob er 31 oder erst 29 Lenze zählt. Als gesichert gilt seine eigene Aussage, wonach er als Kind »gemobbt« wurde und hernach psychologisch betreut werden mußte. »Rezo« wurde 2019 mit seinem Video »Die Zerstörung der CDU« berühmt. »Fuck, ist das heftig!« (O-Ton er selbst), was der Bub da über die CDU »ermittelt« hatte! Allein auf YouTube wurde dieses Video rund zwanzigmillionenmal angeschaut. Bereits davor, erst recht danach, zählte »Rezo« zu jenen Tausenden Leuten in Deutschland, die – man faßt es nicht! – ihr Auskommen als »YouTuber« oder »Instagramer« haben – ohne echten Beruf, ohne handfeste Ausbildung. Einfach so: als Meinungsmultiplikatoren.

Schon 2017 war »Rezo« eines der Gesichter der HIV-Präventionskampagne, die damals unter dem sinnigen Hedonismus-Titel »Do what you want« lief. Er setzt sich ferner für »Klimagerechtigkeit«, gegen »Maskenverweigerer« und so fort ein (man kann es sich denken). Er kann Gitarre spielen, lebt vegan und war mit seiner Message »bereits Gast verschiedener Hochschulen«. Derzeit verzeichnet sein Hauptkanal 17,5 Millionen Abonnenten.

Dabei ist »Rezo« kaum bedeutsam unter jenen Influencern, die die Könige in einer Welt sind, der jeder Leser dieser Zeitschrift längst entwachsen ist. Denn die Wirkung der »Beeinflusser« auf junge Leute der Jahrgänge 2002ff. ist gar nicht zu überschätzen. Mit »Rezo« verhält es sich wie mit dem Clown im Zirkus: Dessen Vorführungen nahm man als Kind peinlich berührt mit. Er gehörte halt dazu. Aber eigentlich waren die Hochseilartisten und die Glitzerladys, die mit durchgedrücktem Kreuz und strahlend auf dem galoppierenden Pferd standen, die eigentlich interessanten Nummern. Oder die Raubtiere. Clown »Rezo« ist harmlos und kernegal.

Die urfeministische, alte Tante *Emma* hat in ihrer Herbstausgabe 2021 das Thema »Influencerinnen« zum Schwerpunkt gemacht. Das achtzehnteilige Dossier über »Die (un)heimliche

Macht der Influencerinnen« bündelt eigentlich alles, was über das Infiltrationspotential dieser neuen »Besten Freundinnen« zu sagen ist. Es ist ein Weiberding. Die erfolgreichsten Influencer für Jungs heißen (neben Gamern wie »Gronkh«) Bastian Schweinsteiger, Mesut Özil und Toni Kroos. Fußballerei also – nichts Neues »unter Männern«. Sie bespielen das Zeug, das für Knaben seit je interessant ist, und das hat keinen Neuigkeitswert. Entscheidend: Der Nachahmungsdruck ist bei Jungs viel geringer als bei Mädchen. Die tolerierte Bandbreite des Aussehens, Verhaltens, Meinens, Konsumierens ist auf weiblicher Seite seit je deutlich kleiner. Und das im Zeitalter der Hyperemanzipation? Ja, und zwar: jetzt erst recht.

Die Kulturhistorikerin Angela McRobbie spricht von einer »postfeministischen Maskerade«, die sich des emanzipatorischen Etiketts zwar gern, aber in Wahrheit nur eines modischen Verblendungselements bediene. Medienwissenschaftlerin Maya Götz: »Influencerinnen haben in erster Linie schön zu sein und inszenieren sich hauptsächlich im häuslichen Kontext. Familie, Partnerschaft, Beauty, Fitneß: Das ist der Wirkungsbereich für Frauen wie in den 1950er, 1960er Jahren.«

Als Nichtfeministin könnte man entgegnen: Und? Ein Revival althergebrachter Weiblichkeit – es wäre doch Schlimmeres denkbar. Die Sache ist vertrackter. Wir sehen hier fünf deutsche Beeinflusserinnen mit Kommandomacht. Das wären: »Dagi Bee«, Diana zur Löwen, Louisa Dellert sowie »Lisa und Lena«. Die erkenntnisleitende Frage wäre: Was macht es mit einem unreifen Hirn, sagen wir: einer Zwölfjährigen, die diese allesamt äußerst erfolgreichen Kanäle abonniert hat?

Louisa (mit nun 32 Jahren fast eine alte Häsin) fällt ein wenig aus dem Rahmen, da sie eine der wenigen nichtblonden und vor allem eine eher linke Influencerin ist. Die *Emma* lobt sie dafür. Louisa ist gegen das Patriarchat, für kostenlose Tampons und bewirbt beispielsweise Veggie-Fischstäbchen. Zu ihren besten Zeiten verdiente sie mit ihren antikapitalistischen Filmen um die 20.000 Euro im Monat. Gelegentlich malte sie sich mit schwarzer Farbe misogyne Schimpfworte auf den Leib, um das Elend zu beklagen, das es bedeuten kann, als »Frau im Netz



unterwegs« zu sein. Zwei meiner Töchter haben Louisa »abonniert« – um sich aufzuregen: »Das ist alles feministisch und supraaufgeklärt, was sie macht. Aber in Wahrheit strahlt sie einen ungeheuren Streß aus. Nämlich einerseits total *woke* und korrekt zu sein, winzige ›Schönheitsmakiel‹ zu posten (›schaut her – ich steh zu meinem Pickel‹) aber andererseits diese sichtbare Mühe, dennoch äußerst trainiert rüberzukommen. Diese Schwingung, daß sie der Psychiatrie knapp von der Schippe gesprungen ist.«

Zu den Blondies. Die beiden neunzehnjährigen Zwillinge Lisa und Lena scheffeln Millionen. Sie haben allein auf Instagram über 15 Millionen Folger. Mittlerweile leben sie in den USA und strahlen von dort (meist auf amerikanisch) in die Welt. In ihren Videos geht es um: nichts. Es ist erhellend, sich als Mutter von acht- bis sechzehnjährigen Töchtern ein paar der Clips dieser (als Säuglinge adoptierten) eigentümlich, fast alienesk ausschauenden, jungen Damen anzuschauen. So wird heute gejubelt, so gelacht, so posiert, so sich bewegt. Rausgestreckte Brüste, Po und vorgewölbte Lippen (»Entenschnäbelchen«), gern auch mal Kullertränen gehören dazu: eine Mischung aus Narzißmus und Hilflosigkeit. Über die Photoshop-Leistungen, die hinter den Auftritten stehen, wurde beizeiten und vielfach alles gesagt.

Es ändert nichts im Hirn der jungen Aficionada – wie es auch das Konsumverhalten kaum beeinflusst, wenn vor dem Snacken aufgezählt wurde, wieviel Palmöl, Zucker und andere Minderwertigkeiten im Schokoriegel stecken. Hier geht es um Hirnregionen, die weit entfernt vom Zentrum der Logik und der Vernunft liegen. »Dagi Bee« zum Beispiel kürzt solche Korrektheiten deshalb glatt ab: In ihren Videos geht es um Zahnaufhellungen, Enthaarungsmethoden und

ihre ganz persönlichen »Problemzonen«. »Dagi Bee« ist verheiratet. Ein brandneues Video mit Liebesschwüren an und von ihrem Mann haben bislang knapp zwei Millionen Leute angeschaut. »Unser erstes Shoppen fürs Baby« fast 900 000.

Drei meiner Töchter schauten sich schon Videos der 26jährigen Diana zur Löwen an. Sie »followen« ihr nicht, kommen also zu den knapp 700 000 Abonnenten der gebürtigen Gießenerin hinzu, die nun nach Berlin gezogen ist, um mehr über »die Politik« zu erfahren. Diana hat eine kleinemädchenhafte Stimme mit hohem Niedlichkeitsfaktor, kullert viel mit den Augen, kiekst und lacht. Ihre Botschaft: »Komm! Auf Augenhöhe! Ich bin wie Du, Du bist wie ich!« Ihre Themen: der perfekte Agitationspropagandamix. Es wird gegendert, es wird säuselnd erklärt, daß es natürlich unendlich viele Geschlechter gebe, es geht um Cellulite, Menstruationsbeschwerden, um Flirten und CO₂, dann wieder um Schminktipp, um Sexspielzeug und das Kopftuch als emanzipatorisches Accessoire. Ihre Impfung hat sie »spontan geteilt«, weil das einfach ein »total positiver Moment« für sie war. Frl. von Löwen ist als Peer so nahbar und verführerisch, wie sie zugleich roboterhaft regierungsnahen Phrasen drischt – eine Figur, wie sie sich ein E.T.A. Hoffmann nicht hätte besser ausdenken können.

Die reinen Klickzahlen all dieser leicht verwechselbaren Dianas, Pamelas, Dagis und Bibis zeigen deutlich, wie tiefenwirksam die Emanzipationsfeldzüge der vergangenen Jahrzehnte waren – so tiefenwirksam nämlich wie ein besonders teures Peeling. Sprich: Nanobereich. Ein Mainstreamkörper (der unangestrengt wirken soll) und eine stromlinienförmige Meinung (die unter Anstrengung erworben wirken soll) sind für Frauen offenkundig unausrottbar erstrebenswert. ■

Autorenporträt Wilhelm Röpke

von Bernard Udau

Ein Thema zieht sich durch das gesamte Werk des Nationalökonomens Wilhelm Röpke: die tiefe Abscheu vor den furchtbaren Ereignissen der beiden Weltkriege und vor der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. 1899 in Schwarmstedt bei Hannover geboren, war er dazu verdammt, all das hautnah mitzuerleben, und sein Schaffen als Wissenschaftler läßt sich zusammenfassen als den Versuch, eine Gesellschaftsordnung zu finden, die ein erneutes Abgleiten der Völker in die Barbarei verhindern würde.

Schon rein äußerlich war sein Lebensweg mit den Katastrophen seiner Zeit verwoben. Nachdem sein Bruder 1917 gefallen war, nahm er 1918 als 18jähriger Fahnenjunker im Füsilier-Regiment Nr. 73 am Unternehmen »Michael« an der Westfront teil. Dort diente auch Ernst Jünger, aber dessen Kriegsbegeisterung teilte Röpke keineswegs, im Gegenteil, er führte sie später vielmehr gerne als Beweis für die Dekadenz der deutschen Intelligenz an.

Nachdem er mit 24 Jahren Deutschlands jüngster Professor geworden war, engagierte er sich mindestens seit 1930 gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, verteilte Flugblätter und warnte in Vorträgen vor einer rücksichtslosen Diktatur durch die Nazis. Sein Engagement führte am 25. April 1933 zu seiner Entfernung aus dem Lehramt an der Universität Marburg. Noch im selben Jahr floh er aus Deutschland. Nach einer Zwischenstation an der Universität Istanbul lehrte er ab 1937 als Professor für Wirtschaftsfragen am Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien, wo er bis zu seinem Tod im Jahre 1966 blieb. Dort entstand die wichtige Trilogie aus den Büchern *Gesellschaftskrisis der Gegenwart* (1942), *Civitas humana* (1944) und *Internationale Ordnung* (1945), in denen er sich mit dem Verfall der westlichen Zivilisation und der sich daraus ergebenden Gefahr des Kollektivismus auseinandersetzte. Röpke war ein Neoliberaler im ursprünglichen Sinne des Wortes – ehe der Neoliberalismus zu einem Modeschimpfwort wurde. Den Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts lehnte Röpke dementsprechend ab. Stets war er auf der Suche nach einem »Dritten Weg«, nach einer Gesellschaftsordnung, die weder eine reine Markt- noch eine reine Planwirtschaft sein dürfe, da nur so ein Abgleiten in den Kollektivismus verhindert werden könne.

In Deutschland kann man die Ordoliberalen um Walter Eucken zum Neoliberalismus zählen. Es ist nicht üblich, Wilhelm Röpke direkt dem Ordoliberalismus zuzurechnen. Gemeinsam ist Röpke und den Ordoliberalen das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Ordnung, in die die Marktwirtschaft eingebettet werden müsse, damit sie nicht pervertiert und zu Vermachtungen und Ungleichheit führt. Da Röpke sich, anders als Eucken, vor allem mit den zwischenmenschlichen Bindungskräften befaßte, die eine freie Gesellschaftsordnung benötigt, ordnet man ihn in der Regel mit Alexander Rüstow dem »soziologischen Neoliberalismus« zu. Mit Rüstow hatte Röpke in Istanbul mehrere seiner Werke gedanklich vorbereitet.

»Was uns tödlich bedroht, ist der Zerfall eines kulturtragenden Wertesystems und als dessen Folge ein geistig-moralisches Vakuum, das einstweilen bestenfalls mit dem Stroh nackt-materiellen Reizkultes oder anderem Füllmaterial gestopft wird, schlimmstenfalls aber mit ›Sozialreligionen‹, deren satanischste, der Kommunismus, nunmehr zur Welt-eroberung ansetzt.«

Jenseits von Angebot und Nachfrage, S. 89.

Röpke gilt als einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist bekannt, daß Ludwig Erhard noch während des Krieges Röpkes Trilogie las und davon begeistert war. Später entwickelte sich auch eine Korrespondenz zwischen den beiden, aber Röpkes direkter Einfluß auf Erhard ist eher gering einzuschätzen, da dieser seine Ideen im wesentlichen schon zuvor entwickelt hatte. Als Erhard Röpke ein (einziges) Mal um eine Regierungsberatung bat, lehnte dieser aus Zeitgründen ab. Röpke scheint aber insofern direkten Einfluß auf die deutsche Wirtschaftspolitik genommen zu haben, als Adenauer durch die Lektüre einiger von Röpkes Schriften darin bestärkt wurde, Erhard im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und später im ersten Kabinett zu unterstützen. Außerdem schrieb Röpke 1950 auf Bitten Adenauers ein Gutachten über Erhards Wirtschaftspolitik. Das Gutachten war sehr positiv, was die Position Erhards beim schwankenden Adenauer offenbar wieder stärkte.

Was Röpke von anderen Neoliberalen unterscheidet, ist seine strikte Ablehnung alles Kolossalen in Wirtschaft und Gesellschaft. Gemeinschaftsleben und menschliches Maß waren Triebfedern seiner Arbeit. Gleichzeitig war der Kampf gegen alles Erhabene nach dem Zusammenbruch 1945 für ihn nur schwer erträglich. Der bekannte Satz Le Corbusiers, daß der Kern unserer alten Städte mit ihren Domen und Münstern zerschlagen und durch Wolkenkratzer ersetzt werden müsse, drückte für Röpke pointiert aus, worauf die Denkweise seiner modernen Zeitgenossen hinauslief. Sie würden »jener abscheulichen Mentalität des ›Avantgardismus um jeden Preis‹ näherstehen, als sie ahnen« (*Maß und Mitte*, S. 161). Charakteristisch für Röpke ist folgende Passage: »Eine gesunde und fest in sich selbst ruhende Gesellschaft besitzt eine echte ›Struktur‹ mit vielen Zwischenstufen; sie weist einen notwendigen ›hierarchischen‹ (d.h. nach den gesellschaftswichtigen Funktionen, Leistungen und Führerqualitäten gegliederten) Aufbau auf, in dem der einzelne das Glück hat, zu wissen, wo er steht. Während eine solche Gesellschaft sich auf die gruppierende Funktion echter, mit menschlicher Wärme erfüllter Gemeinschaften (der Nachbarschaft, der Familie, der Gemeinde, der Kirche, des Berufes) stützt, hat sich die Gesellschaft in den letzten hundert Jahren von einem solchen Ideal immer weiter entfernt und sich in Haufen von abstrakten Individuen aufgelöst, die als Menschen ebenso einsam und isoliert wie als bloße soziale Funktionsträger termitenartig zusammengepreßt sind.« (*Gesellschaftskrisis*, S. 23)

Der Kapitalismus, wie er im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert verwirklicht war, trägt für Röpke einen großen Teil der Schuld an der Vermassung der Menschheit und damit auch – das ist besonders wichtig – an der Entstehung des Kollektivismus. Die klassischen Liberalen hätten vergessen, daß eine Gesellschaft ohne vertikale und horizontale Gliederung nicht bestehen könne und daß ein Gesellschaftssystem, »dessen Ordnungselement allein die Freiheit ist, der Auflösung und dann dem Despotismus anheimfällt« (*Gesellschaftskrisis*, S. 71). Freiheit ohne Bindung werde irgendwann zur ärgsten Unfreiheit. Der Markt alleine erzeuge keine echte Gemeinschaft, vielmehr finde durch ihn lediglich »Pseudointegration« statt. Er Sorge für die »Zermahlung der Gesellschaft in den Sandhaufen der Individuen« und in der Folge, unterstützt durch die sozialstaatlich organisierte Massenversorgung, für deren »Zusammenballung und Verklumpung in ungegliederten [...] Massengebilden« (*Gesellschaftskrisis*, S. 24).

Man sollte aus diesen Aussagen nicht folgern, daß Röpke ein grundsätzlicher Gegner der Marktwirtschaft gewesen wäre. Wer sich vom Gegenteil



© picture-alliance / dpa | DB Ringier Bilderdienst

überzeugen will, lese seine heute noch empfehlenswerte Einführung in die Nationalökonomie mit dem Titel *Die Lehre von der Wirtschaft* (1937). Röpkes Kritik richtet sich nicht gegen den Markt an sich, sondern einzig gegen seine Verabsolutierung. Denn daraus folgten zugleich die Vereinzelung und die Vermassung der Menschen, und dies wiederum sei der Nährboden für Sozialismus und Faschismus.

Den Markt kann und soll man nach Meinung Röpkes nicht absolut setzen, weil er nicht autonom ist. Damit er funktioniert, müssen außerwirtschaftliche Bedingungen erfüllt sein. Die unsichtbare Hand des Marktes sei nämlich keineswegs ein »Naturgewächs«, wie viele klassische Liberale annahmen, sondern »in Wahrheit ein höchst gebrechliches Kunstprodukt der Zivilisation« (*Gesellschaftskrisis*, S. 85). Im folgenden Ausspruch, der an das Böckenförde-Diktum erinnert, wird Röpkes Position besonders deutlich: »Während wir heute wissen (was man immer hätte wissen können), daß die Konkurrenzwirtschaft ein Moralzehrer ist und daher Moralreserven außerhalb der Marktwirtschaft voraussetzt, war man verblendet genug, sie für einen Moralanreicherer zu halten.« (*Gesellschaftskrisis*, S. 86)

Es war laut Röpke der entscheidende Fehler des »historischen Liberalismus«, das übersehen zu haben. Indem dieser die Marktwirtschaft sich selber überlassen habe, sei er mitverantwortlich für die »Pervertierung der wirtschaftlichen Entwicklung«, für die »monströsen Industrieviere und Großstädte«, für »Monopole, Mammutindustrien, Aktiengesellschaften, Holdinggesellschaften, Massenfabrikation, Proletariat usw.« (*Gesellschaftskrisis*, S. 87 u. 178), kurz, für den »Kult des Kolossalen«, der dem Kollektivismus den Weg bereite. Viele Liberale könnten sich den Kapitalismus gar nicht mehr anders als unter diesen Bedingungen vorstellen und klammerten sich entsprechend daran. Aber genau das sei das beste Futter für Sozialisten und Kollektivist. Denn indem Liberale das bestehende System verteidigten, machten sie sich zu Apologeten einer pervertierten Marktwirtschaft, die durchsetzt sei von Ungleichheiten und wirtschaftlichen Machtpositionen, die nicht auf wirtschaftlichen Leistungen, sondern auf ökonomisch nicht legitimierten Privilegien beruhten. Wenn also der Staat keine vernünftige Rechtsordnung bereitstelle, welche alle Privilegien beseitige und Vermachtungen im Marktprozeß verhindere, könne die Marktwirtschaft dauerhaft nicht funktionieren: Sie pervertiere. Man müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß ein gesundes Wirtschaftsleben auch ohne Holdinggesellschaften, rechtlich geschützte Patente und Monopole, ja sogar ohne Aktiengesellschaften und GmbHs vorstellbar sei. Insbesondere staatlich gewährte Haftungsbeschränkungen führten zu Kapitalzusammenballungen und Betriebskonzentrationen und förderten die wirtschaftliche Vermachtung. Auch Eucken wies übrigens an zentraler Stelle auf die gefährlichen Folgen von Haftungsbeschränkungen und ähnlichen Privilegien hin. Gesetzlich berücksichtigt wurden diese Warnungen jedoch nie.

Es ist mit Nachdruck zu betonen, daß Röpke im modernen Sozialstaat keineswegs die Lösung für die Vermassung und die Proletarisierung der Gesellschaft erblickte. Im Gegenteil: Die übliche »fortschrittliche Sozialpolitik« steuere einen wesentlichen Teil zur Verschlimmerung des Problems bei: »Blind dagegen, daß die Wurzel des Übels nicht im Materiellen, sondern in der Proletarisierung zu suchen, die Arbeiterfrage also in erster Linie eine Persönlichkeitsfrage ist, hat jene Sozialpolitik nur zu oft die Lösung darin gesucht, durch eine immer umfassendere und eine wachsende Sozialbürokratie ins Leben rufende Sozialgesetzgebung, [...] durch eine ungehemmte Politik der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverminderung [...] an den Symptomen herumzukurieren, ohne die Heilung des Grundübels auch nur ins Auge zu fassen.« (*Gesellschaftskrisis*, S. 351)

Sozialreformer wie klassische Liberale übersähen die kulturellen und moralischen Voraussetzungen eines gesunden Wirtschaftslebens. Ihr fortwährender Streit drehe sich um »Fragen des ökonomischen Geldkalküls« und gehe daher völlig am Kern des Problems vorbei. Eigentliches Ziel müsse der Abbau des Proletariats, die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der einzelnen sein.

Wie sah nun aber Röpkes Rezept gegen den Kult des Kolossalen aus? In seinem Buch *Jenseits von Angebot und Nachfrage* (1958, 1966) empfiehlt er die verzweifelte »Therapie der Dezentralisation, der »Wiederverwurzelung«, der »Entmassung« und der »Entproletarisierung« (S. 24). Die Rettung hänge davon ab, daß sich immer mehr fänden, die inmitten der

»Eines von beiden wird früher oder später weichen müssen: das freie Gesellschafts- und Wirtschaftssystem oder der heutige Wohlfahrtsstaat.«

Jenseits von Angebot und Nachfrage, S. 229.

»Die staatlich organisierte Massenfürsorge ist eben nichts anderes als die Prothese einer durch Proletarisierung verküppelten Gesellschaft, ein Notbehelf, berechnet auf die wirtschaftlich-moralische Unmündigkeit der aus dem Zerfall der alten Gesellschaft entstandenen Schichten.«

Jenseits von Angebot und Nachfrage, S. 230.

»geistig-religiösen Krise« den Mut hätten, mit sich innerlich zu Rate zu gehen und sich auf das »alte Wahre« zu besinnen (S. 25).

Interessant ist, daß die Nation in Röpkes positiven Überlegungen eine untergeordnete Rolle spielt. Es ist für ihn sogar ein Teil der Lösung, den Einfluß des nationalen Denkens einzudämmen. In seiner Autobiographie *Torheiten der Zeit* (1966) erwähnt er zustimmend zwei Verse aus Goethes *Zahmen Xenien*: »Ich bin Weltbewohner, / Bin Weimaraner.« Goethe hatte mit diesem Sprung von der Region zur Welt die Ebene der Nation und den Bezug zu Deutschland ausgelassen. Mit dem distanzierten Verhältnis Goethes zu seiner Nation identifizierte sich Röpke zeit seines Lebens. Seine moralischen Vorstellungen bewegten sich zwischen den Polen lokaler und dörflicher Bindung einerseits und universellen christlichen Werten andererseits. Was sich dazwischen befindet, die Nation und den Nationalstaat, betrachtete Röpke grundsätzlich mit Argwohn.

In *Internationale Ordnung* schreibt er, daß ihn die Erfahrungen auf den Schlachtfeldern Frankreichs zu einem glühenden Hasser des Krieges und des dummen Nationalstolzes gemacht hätten. Sein Antinationalismus habe ihn unwiderruflich in das Lager der Freihändler geführt, und sein Haß auf den Krieg lief schließlich auf einen Protest gegen eine unerträgliche Übermacht des Staates hinaus. Aus Röpkes Sicht steht die Nation nämlich der Verwirklichung einer funktionsfähigen Gesellschaftsordnung in zweierlei Weise im Wege. Nach unten hemmt oder blockiert sie die Bildung funktionierender lokaler Strukturen und Gemeinschaften, die für die Verwurzelung des Menschen so wichtig sind, und zwar tut sie das durch den Hang zur Zentralisierung aller Verwaltung und Entscheidungsgewalt im modernen Nationalstaat. Nach oben verhindern der Egoismus und der Nationalismus der (oder einiger) Nationen die Schaffung eines friedlich-freiheitlichen Rahmens für internationalen Handel und weltweite Kooperation in globalen Angelegenheiten. Was Röpke daher im Auge hat, ist »keine nationale Ordnung, die sich Selbstzweck ist und im Konfliktfall die internationale opfert, sondern eine solche, die an der internationalen orientiert ist und sie von den untersten Stufen des Gesellschaftsaufbaus her vorbereitet und stützt« (*Internationale Ordnung*, S. 34). Wichtig dabei ist, daß Röpke unter Internationalisierung nicht die gedankenlose Auslagerung nationaler Politik in internationale Gremien und Organisationen verstand. Der Idee einer europäischen Union stand er beispielsweise äußerst kritisch gegenüber, da er einen »Europäismus« voraussah, der die Unsitte der Zentralisierung von der Nation auf die europäische Ebene heben würde. Es ging ihm um eine Internationalisierung unter dem Vorzeichen einer »Dezentralisation der Macht«, es ging ihm um die Schaffung einer »föderativen Struktur«, bei der die politische Macht nur dann an die nächsthöhere Ebene übertragen werde, wenn die jeweilige Aufgabe auf unterer Ebene nicht zu lösen sei.

Röpke war sehr an internationalen Institutionen und Regeln interessiert, welche die Handlungsfreiheit der Nationalstaaten einschränken und binden würden, ohne dabei übergeordnete Tummelplätze für Politiker zu schaffen. Die Staaten sollten sich »so verhalten, als ob es einen Weltstaat gäbe«, ohne daß es tatsächlich einen gibt (*Internationale Ordnung*, S. 42). Als gutes Beispiel für das, was er meinte, läßt sich die Goldwährung anführen. Diese funktioniere nämlich nach eigenen, nur schwer manipulierbaren Regeln und entferne daher die internationale Geldordnung aus dem Bereich der Politik und damit der Willkür.

Röpkes Schriften können ein Ausgangspunkt für jeden sein, der eine freiheitliche Gesellschaftsordnung anstrebt, seine konservativen Werte dafür aber nicht opfern möchte. Trotzdem darf der Hinweis nicht fehlen, daß auch er das Dilemma nicht lösen konnte, in dem der Ordoliberalismus steckt. Einerseits sehnte sich Röpke nach einer strukturierten Gesellschaft, nach Gemeinschaften und natürlichen Hierarchien. Andererseits kann eine freiheitliche Gesellschaftsordnung seiner eigenen Meinung nach nur funktionieren, wenn alle Privilegien und Machtpositionen beseitigt werden. Hier lauert ein Widerspruch. Man kann das Dilemma auch daran erkennen, daß Röpke viel Kraft darauf verwendete, die Fehler des im 19. Jahrhundert verwirklichten Kapitalismus aufzuzeigen, dann aber bei seinen Lösungsvorschlägen auf die liberalen Institutionen ebendieses Jahrhunderts – wie zum Beispiel die Goldwährung – verwies. Es ist bis heute eine große Herausforderung für konservative Ökonomen, an dieser Stelle über Röpke hinauszukommen. ■

»Sicherheit und Genuß stehen höher im Kurs als Freiheit, Recht und Persönlichkeit, und was man noch Freiheit nennt, ist allzuoft Zügellosigkeit, Einzel- und Gruppenegoismus, Gemeinschafts- und Traditionszerfall, Willkür, Geschehenlassen und Schrankenlosigkeit der Ansprüche.«

Jenseits von Angebot und Nachfrage, S. 37.

Werke (Auswahl):

Krise und Konjunktur, Leipzig 1932;

Die Lehre von der Wirtschaft, Wien 1937;

Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942;

Civitas humana: Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1944;

Internationale Ordnung, Erlenbach-Zürich 1945;

Die deutsche Frage, Erlenbach-Zürich 1945;

Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950;

Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich 1958.

Private Macht und öffentliche Sphäre

von Fritz Menhardten

Goldman Sachs gilt nicht nur als Primus unter den Investmentbanken, sondern ist auch ein wahrer Meister, wenn es darum geht, eigene Leute in Regierungs- oder Verwaltungspositionen zu plazieren. Zuletzt gehörten fünf ehemalige Mitarbeiter der Bank Donald Trumps Kabinett oder Beratungsteam an, unter ihnen Steve Mnuchin als Finanzminister. Der machte sich dann auch unverzüglich daran, den erst 2010 zur Stabilisierung des Finanzmarktes verabschiedeten Dodd-Frank Act zurückzudrehen und den Bankensektor zu deregulieren.

Trump selbst machte eine Erfahrung ganz anderer Art mit einem privaten Akteur. Noch als Präsident wurde er bekanntlich von Twitter kurzerhand der Möglichkeit beraubt, den Dienst zu nutzen, nachdem er mehrfach Nachrichten versandt hatte, die nicht in Twitters Weltbild paßten. Da Kommunikationsplattformen Netzwerkeffekte inhärent sind, die zu einem »The winner takes it all«-Markt führen, gab es für Trump keine realistische Ausweichmöglichkeit. Er wurde faktisch abgestellt.

Eine weitere Form privater Macht offenbarte sich in der Finanzkrise 2008. Die durch eigenes Fehlverhalten in Schieflage geratenen Kreditinstitute ließen dem Staat keine andere Wahl, als sie zu retten. Sie waren »too big to fail« geworden und als Schmiermittel des Wirtschaftslebens zu bedeutsam, als daß man sich anders hätte entscheiden können. Die Auswirkungen der Lehman-Brothers-Insolvenz waren nur ein Vorgeschmack von dem, was gekommen wäre, wenn der Staat bei den anderen Banken nicht eingegriffen hätte. Staatliche Souveränität sieht anders aus.

Diese wenigen Beispiele sollten ausreichen, um die große Bedeutung des Verhaltens privater Machtgruppen für die öffentliche Sphäre kenntlich zu machen. Der Umstand ist deswegen relevant, da nicht das Privatinteresse einzelner, sondern das »Konkret-Allgemeine« (Ernst Forsthoff) – vertreten durch einen über den partikularen Interessen der privaten Akteure stehenden Staat – seinen Ort in diesem Bereich haben sollte.

Der Begriff »private Sphäre« soll vereinfachend die Menge aller alltäglichen Aktivitäten von Individuen umfassen, die diese in dem vorgegebenen Rahmen des Gemeinwesens, dem sie angehören, durchführen. Mit »öffentliche Sphäre« wird auf den Rahmen, innerhalb dessen die alltäglichen Aktivitäten ablaufen, selbst gezielt. Mit Rahmen wiederum ist die soziale Struktur eines Gemeinwesens gemeint, die durch Merkmale wie vorherrschende Institutionen, bestehende soziale Schichtung, demographische Entwicklung oder ethnische Fragmentierung gekennzeichnet ist. Ein Verhalten ist dann öffentlich, wenn durch Kooperation oder Konflikt die für das Gemeinwesen charakteristische Struktur konserviert oder verändert wird. Politik bezeichnet kurz das Verhalten, durch welches Einfluß auf die soziale Struktur unter Zuhilfenahme von Regeln oder auf die Besetzung solcher für die Regelsetzung relevanten – eben öffentlichen – Positionen genommen wird. Welche der Ausprägungen der sozialen Struktur im Mittelpunkt

»Eine soziale Struktur ist eine Gesamtheit der sozialen Beziehungen zwischen interagierenden Individuen in einem sozialen System. Obwohl soziale Strukturen immer von den Individuen abhängen und nicht bestehen würden, wenn alle Individuen aufhörten zu existieren, ist eine soziale Struktur mehr als die Summe der involvierten Individuen, da sie auch soziale Beziehungen umfaßt.«

Geoffrey M. Hodgson: *Conceptualizing Capitalism: Institutions, Evolution, Future*, Chicago/London 2015, S. 392.

der öffentlichen Auseinandersetzung steht, variiert im Zeitablauf, entsprechend dem Zusammenwirken von bestehender Machtverteilung und vorherrschendem »Zentralgebiet« (Carl Schmitt) – hier einfach als das für den Zusammenhalt des Gemeinwesens kritische Thema verstanden.

Die beiden betrachteten Bereiche sind nicht hermetisch voneinander abgeriegelt. Auf individueller Ebene ziehen politische Aktivitäten abseits des Mainstreams sehr schnell private Kosten nach sich. Ordnungspolitisch stellt die Vorstellung der privaten und der öffentlichen Sphäre als zweier fein säuberlich getrennter Bereiche, deren Machtpositionen mit unterschiedlichen Akteuren besetzt werden, bestenfalls die Grundtendenz, vielleicht nur das Ideal der frühen bürgerlich-liberalen Epoche, ganz sicher aber nicht das akkurate Abbild des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustandes dar. Immer wieder sind dann auch einzelne Organisationen oder Einrichtungen, die zunächst nur innerhalb des bestehenden Rahmens tätig wurden, aus der rein privaten Sphäre herausgewachsen und zu öffentlich relevanten Gebilden geworden. Entscheidender Faktor für diesen Transformationsvorgang sind die Akkumulation und die Verteilung privater Macht.

Es lassen sich drei Formen privater Macht unterscheiden.

1. Private Macht äußert sich zunächst in der Herrschaft über das Kapital, das heißt in der Möglichkeit, Entscheidungen über die Durchführung von Investitionen, über den Standort oder über die Höhe von Preisen treffen zu können.
2. Weiter besitzt derjenige Akteur Macht, der Weisungsbefugnis über Individuen, zum Beispiel Arbeitskräfte, ausübt oder anderweitig durch Anreize oder Disziplinierungsdruck die Probleme des kollektiven Handelns bewältigen kann.
3. Zu guter Letzt besteht private Macht darin, daß Akteure des nichtstaatlichen Bereichs in der Lage sind, das Ergebnis des politischen Prozesses zu beeinflussen.

»Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.«

Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1976, S. 28.

Nicht jede private Macht ist öffentlich bedeutsam. Während jede Einflußnahme auf die staatliche Politik per se öffentlichen Charakter besitzt und sich nur noch die Frage stellt, unter welchen Bedingungen eine Beeinflussung möglich ist, stellt sich das Bild bei den ersten beiden Typen von Macht anders dar. Entscheidungen über Investitionen oder die Organisation von Privatpersonen verlassen zunächst nicht den privaten Bereich, sondern sind Beispiele typischer unternehmerischer oder gewerkschaftlicher Kompetenzen, derer es bedarf, um innerhalb des gegebenen Rahmens erfolgreich zu sein.

Öffentliche Relevanz kommt privaten Organisationen oder Einrichtungen erst dann zu, wenn es ihnen gelingt, Kapital oder Menschen derart zu konzentrieren, daß dadurch wesentlicher Einfluß auf die soziale Struktur genommen werden kann. Dazu gehört unter anderem die Beherrschung des Angebots von für das Gemeinwesen bedeutsamen Gütern, die Beeinflussung von Menschen in einem relevanten Umfang, aber auch die Fähigkeit, Fachwissen mit Bedeutung für die Gesamtheit oder Daten von sozialen Gruppen in großem Ausmaß bei sich zu vereinen und gleichzeitig die Zugriffsmöglichkeit auf das Wissen oder die Daten zu kontrollieren.

Bedeutung kann den ressourcenkonzentrierenden Einheiten durch schiere Größe in bezug auf das Gemeinwesen oder einen Teil des Gemeinwesens (Region, Branche) erwachsen. Viele der bestehenden Machtungleichgewichte lassen sich mit Begriffen wie Systemrelevanz oder »too big to fail« erklären. Die Bedeutung kann allerdings auch darin liegen, daß es sich um eine Schlüsselindustrie oder, wie es heute genannt wird, eine »kritische Infrastruktur« handelt. Früher verstand man darunter neben dem militärischen Komplex in erster Linie Kreditinstitute und die Produzenten von »Basisprodukten« wie Stahl oder Mineralöl, die in die Produktion der verarbeitenden Industrie einfließen. Heutzutage sind darunter auch in zunehmendem Maße die Plattform-Anbieter zu fassen, da das Wirtschaften im Zeitalter des »Internet of Things« ohne Anbindung an solche Plattformen immer schwieriger werden wird.

Konzentration, Größe, Bedeutung – das sind auch die idealen Voraussetzungen, um im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung Gehör zu finden. Durch die Ausübung von Macht, die auf der Verfügung über eine öffentlich relevante Masse an Kapital oder Mensch gründet, wird diese

Daten von www.lobbyfacts.eu [zuletzt abgerufen am 8. September 2021]:

Anzahl der im EU-Lobbyistenregister eingetragenen Organisationen und Einrichtungen:
2012 – ca. 4000,
2021 – ca. 12000,
davon: 5800 privatwirtschaftliche Unternehmen, 3454 NGOs und 986 Gewerkschaften.

Top-5-Unternehmen, die sich seit Erfassung der Zahlen im Jahr 2014 am häufigsten mit Vertretern der Europäischen Kommission getroffen haben:
Platz 1: Google (279mal),
Platz 2: Airbus (206mal),
Platz 3: Facebook (172mal),
Platz 4: Microsoft (167mal),
Platz 5: Vodafone (132mal).



© picture alliances / ZB/veurobitbild.de | feurobitbild.de/Hannes Grafm

*Konzentrierende Einheit:
Baustelle zum Neubau
der Tesla Gigafactory 4 am
Schlehenweg/Eichenstraße
im Ortsteil Freienbrink in
Grünheide (Mark).*

zusätzlich öffentlich in der Form, daß sich der Staat als traditionelle öffentliche Gewalt ihrer Öffentlichkeit nicht mehr entziehen kann. Die Einflußnahme auf staatliche Aktivitäten ist dann besonders einfach, wenn es sich bei der Gegenpartei um einen qualitativ schwachen Staat handelt. Ihm gegenüber können die privaten Organisationen oder Einrichtungen ohne allzu großen Widerstand ihr ganzes Gewicht, das heißt ihre private Macht einsetzen, um ihre Interessen effektiv zu vertreten. Parteispenden, Stellenangebote für die Zeit nach der Politik oder Wählerbeeinflussung durch den gezielten Einsatz von Nachrichten auf Basis gesammelter Daten sind Beispiele für im Laufe der Geschichte immer wieder anzutreffende Mittel, um den Staat zugunsten privater Akteure eingreifen zu lassen. Häufig genügt aber schon, daß ihre Vertreter »nur« bei den Gesetzesinitiativen als Experten mitwirken.

»Vergleicht man die Einnahmen aus 2017, dann sind 69 der wirtschaftlichen Top-100-Einheiten keine Staaten, sondern privatwirtschaftliche Unternehmen. Die Top-10-Konzerne [...] scheffelten über drei Billionen US-Dollar letztes Jahr. Wenn es um die Top-200-Einheiten geht, wird die Lücke zwischen Unternehmen und Staaten noch prononcierter: 157 davon sind privatwirtschaftliche Unternehmen. Walmart, Apple und Shell vereinen sogar mehr Vermögen als recht reiche Länder wie Rußland, Belgien, Schweden.«

»69 of the richest 100 entities«, globaljustice.org.uk, abgerufen am 8. September 2021.

Dabei stellt sich die Gesamtordnung der Wirtschaft in Abhängigkeit vom Bedeutungsgrad privater Macht unterschiedlich dar. Ähnelt das Wirtschaftsleben eher einem Zustand, welcher als System der »Kleinwarenproduzenten« (Jürgen Habermas), als »kleinbetriebliche Demokratie« (Eduard Heimann) oder als »freie Wirtschaft« (Josef Dobretsberger) beschrieben wurde, so dominieren kleine oder mittelständische Unternehmen, die nur geringe Expansionsmöglichkeiten besitzen. Solche Unternehmen sind durch die weitgehende Einheit von Unternehmensführung und Eigentum gekennzeichnet. Eine hohe Konzentration der Unternehmensanteile in der Hand weniger Gesellschafter ist nicht vorhanden, und die Arbeitnehmer sind wenig organisiert, mit der Folge, daß keine Gewerkschaften existieren, die in der Lage wären, Massen zu mobilisieren.

Der herrschende Preis auf dem jeweiligen Markt (auch auf dem sog. Arbeitsmarkt) ist aufgrund der geringen Marktmacht der Wirtschaftssubjekte kaum beeinflussbar, was dazu führt, daß unternehmerische Entscheidungen nur den Anschein erwecken, es seien substantielle Entscheidungen, in Wirklichkeit stellen sie nur Anpassungen an den Marktpreis dar, die keine tiefgehenden sozialen Konsequenzen nach sich zu ziehen.

Gesamtgesellschaftlich geht die freie Wirtschaft – zumindest idealiter – mit einem isomorphischen System einher, in dem die Reichweite des über den Sonderinteressen stehenden Staates mit der öffentlichen Sphäre zusammenfällt und das privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsleben, unter der Ägide des den Privatinteressen entzogenen Preises, der privaten Sphäre zugeschlagen ist.

Davon ausgehend, läßt sich leicht ersehen, daß die privaten Akteure in der freien Wirtschaft daran gehindert sind, über ihre ursprüngliche Bestimmung hinaus in die öffentliche Sphäre hineinwachsen zu können. Ihnen fehlt es einfach an Machtmitteln, die nötig sind, wenn man soziale Strukturen zu seinen Gunsten beeinflussen will. Dies gilt für alle drei Arten der

privaten Macht. Lediglich der von der privaten Sphäre weitgehend unbeeinflusste Staat ist in der Lage, Ressourcen in einem Umfang auf sich zu vereinigen, der es ihm erlaubt, den öffentlichen Bereich zu besetzen. Andere Akteure als der Staat treten kaum direkt in der öffentlichen Sphäre auf.

Ganz anders das Bild in der heutzutage vorherrschenden »gebundenen« oder »vermachteten« Wirtschaft. Der Anteil der kleinen oder mittelgroßen Unternehmen an der Wirtschaft ist im Vergleich zur »freien« Wirtschaft geringer, der der Großunternehmen dagegen größer. Dem entspricht auch die hohe relative Bedeutung der (auf Expansion ausgerichteten) Kapitalgesellschaft, die sich finanzielle Mittel durch Ausgabe von Unternehmensanteilen beschafft und für die Funktion des Managements spezielle Personen einstellt. Dabei werden heutzutage zum Teil enorme Größen erreicht.

Auch wenn der Markt eine wichtige Rolle als ordnungspolitisches Leitbild spielt, sind hier viele Transaktionen, die in der freien Wirtschaft über den Markt abgewickelt werden, in hierarchische Großorganisationen integriert. Der Umfang der Transaktionen, die innerhalb des Unternehmens durchgeführt werden, mag im Zeitablauf variieren, die Bedeutung der Unterdrückung des Preismechanismus für einen wesentlichen Anteil der ökonomischen Beziehungen bleibt ein herausragendes Kennzeichen der gebundenen Wirtschaft. Die Existenz von Großorganisationen bedeutet *ceteris paribus*, daß sich im Vergleich zur freien Wirtschaft vermehrt Menschen privaten Autoritäten gegen Lohnzahlung unterwerfen müssen, wodurch sich die Zahl der abhängig Beschäftigten und die Bedeutung der Gewerkschaften relativ erhöht.

Die durch Größenunterschiede und verschieden verteilte Marktmacht gekennzeichnete Form des Wirtschaftslebens macht es den Einheiten, die über mehr oder besondere Formen von Kapital und Mensch herrschen, einfacher, ihre Interessen am Markt durchzusetzen. Die konzentrierenden Einheiten nehmen so immer mehr einen öffentlichen Status ein, da von ihnen ein Großteil des Wohles der Gesellschaft abhängt.

An dieser Stelle setzt das Dilemma ein, das der Ökonom Luigi Zingales als »Medici-Teufelskreislauf« bezeichnet hat. Private Machtgruppen, die (auch) öffentlichen Charakter haben, müssen über kurz oder lang Gegenstand staatlicher Aufsicht werden, wenn die private Macht in Zaum gehalten und die staatliche Autorität gewahrt bleiben soll. Dem sind sich auch die Verantwortlichen dieser Organisationen bewußt. Sie versuchen, der drohenden Regulierung zuvorzukommen, indem sie ihre Macht dazu einsetzen, den Staat zu ihren Gunsten zu beeinflussen, wodurch sich wiederum ihre wirtschaftliche Macht verfestigt, die erneut der politischen Regulierung bedarf. Und so weiter. Etwaige Konkurrenten, insbesondere kleinere oder mittelgroße Unternehmen, die nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen, haben das Nachsehen.

Lorenz von Stein hatte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts auf die Gefahren einer solchen Konstellation für das Gemeinwohl hingewiesen. Er sprach damals von dem der Gesellschaft innewohnenden Gesetz, den Staat erobern und sich ihn untertan machen zu wollen. Was er letztlich damit beschrieb, war die Gefahr einer Neofeudalisierung des Gemeinwesens. Deutlich wird der Charakter des Neofeudalismus durch den Umstand, daß private, aber öffentlich relevante Machtgruppen dafür prädestiniert sind, öffentliche Güter wie Gesundheit und Sicherheit gleich selbst bereitzustellen, wodurch Herrschaft entstaatlicht und das Gemeinwesen auf einer weiteren Ebene abhängig von ihnen wird. Während sich die Machtgebilde mit ihrer Drohung, den Standort zu verlagern, ganz als private Akteure gerieren, deren Verhalten öffentliche Relevanz erhält, schlüpfen sie als Anbieter öffentlicher Güter, regelmäßig gestützt durch Privilegien und exklusive Rechte, in ein öffentliches Gewand.

Gleichwohl die Spannungen zweier Systeme nach wie vor enthalten sind, liegt das Schwergewicht trotz erheblichen Einflusses des Staats auf die Volkswirtschaft bei den privaten Akteuren, die durch Einsatz ihrer Machtressourcen die öffentliche Gewalt organisieren. Ob sich der Zustand des Staates dann noch angemessen als »Herrschaftsmanager« beschreiben läßt, wie es in der zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Literatur geschieht, ist fraglich. Auch in dieser Schrumpfform brauchte der Staat noch eine gewisse Stärke und Unabhängigkeit zum Managen – einen Zustand, der heutzutage keinesfalls als gegeben angesehen werden kann. ■

»Und auf diesem Punkte ist der Satz dann erfüllt und verwirklicht, daß die ganze Staatsgewalt in allen ihren Beziehungen und Teilen nicht der Gesellschaft im allgemeinen, auch nicht dem Volke als solchem, sondern der herrschenden Klasse in der Gesellschaft anheimfällt.«

Lorenz von Stein: *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, S. 55.

Literaturhinweise:

Samuel Bowles, Herbert Gintis: »The Power of Capital: On the Inadequacy of the Conception of the Capitalist Economy as »Private«, in: *The Philosophical Forum*, Bd 14, Nr. 3–4, 1983, S. 225–245;

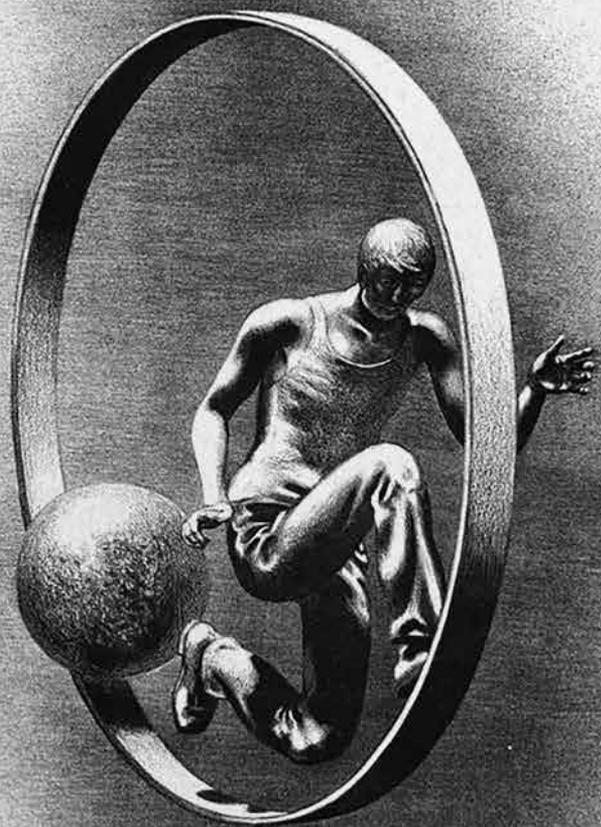
Philipp Genschel, Bernhard Zang: »Metamorphosen des Staates: vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager«, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd 36, 2008, 3, S. 430–454;

Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Berlin 1971;

Lorenz von Stein: *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, Bd 1, Darmstadt 1959 (Nachdruck der Ausgabe von 1921);

Jakob Tanner: »Refeudalisierung, Neofeudalismus, Geldaristokratie. Die Wiederkehr des Vergangenen als Farce?«, in: Giovanni Biagini, Oliver Diggelmann, Christine Kaufmann (Hrsg.): *Polis und Kosmopolis. Festschrift für Daniel Thürer*, Zürich et al. 2015, S. 733–748;

Luigi Zingales: »Towards a Political Theory of the Firm«, in: *Journal of Economic Perspectives*, Bd 31, Nr. 3, 2017, S. 113–130.



Alltag und Heilserwartung – vier Jahre AfD im Bundestag

von Erik Lehnert

»Wir werden sie jagen. Wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen, und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen«, sagt der Spitzenkandidat Alexander Gauland am Wahlabend im September 2017, als sich das Ergebnis von deutlich über zwölf Prozent abzeichnet. Er spricht auch von einem »großen Tag in unserer Parteiengeschichte. Wir haben es geschafft. Wir werden dieses Land verändern.«

https://www.youtube.com/watch?v=_fnja9qN2vM

https://www.youtube.com/watch?v=4NU_r3X3zcs

Diese euphorischen Sätze waren eine Kampfansage an den politischen Gegner: Man würde die neugewonnene Macht im Bundestag zu nutzen wissen. An die Anhänger signalisierte man, daß man deren Erwartungen nicht enttäuschen würde. Das schürte beim Gegner Befürchtungen und entfachte bei den Anhängern Hoffnungen auf einen Wandel. Daß sich weder die einen noch die anderen erfüllen haben, liegt in der Natur der Sache. Ein Wahlkampf ist geprägt von Aussagen, die irrationale Hoffnungen wecken, dann aber im politischen Alltag in den Hintergrund treten. Die damalige Werbekampagne der AfD stand unter dem Motto »Trau Dich, Deutschland«. Sie appellierte damit an den Mut der Wahlbürger, der Alternative ihre Stimme zu geben und so einen gesellschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Aus dieser Kampagne resultierte ein Wahlergebnis, das sich sehen lassen konnte, war die AfD vier Jahre vorher doch noch an der Fünfprozenthürde gescheitert. In den Jahren zwischen 2013 und 2017 ereigneten sich Dinge, die nicht nur die politische Stimmung in Deutschland, sondern auch die AfD gründlich veränderte. Durch die vom politmedialen Komplex beklatschte Grenzöffnung im Sommer 2015 und die dadurch initiierte »Flüchtlingskrise« erhielt die Anti-Euro-Partei AfD die Möglichkeit, sich in dieser Frage ein Alleinstellungsmerkmal zu geben, das bis dahin eher von Parteien wie der NPD gepflegt wurde. Die Mischung aus Staatsversagen, moralischer Bevormundung und den tatsächlichen Konsequenzen aus dieser illegalen Masseneinwanderung entfremdete viele Wahlbürger von ihren Parteien.

Die konservative Position, die der »Flügel« innerhalb der AfD seit März 2015 vertrat, kam dem entgegen. In der Folge entspann sich ein Machtkampf, der im Juli schließlich zum Austritt von Bernd Lucke, einem der Parteigründer, führte. Die Lagerkämpfe waren auch in der Listenaufstellung für die Bundestagswahl spürbar, insbesondere von den Medien wurde ihnen starke Aufmerksamkeit geschenkt. Das Sortieren zwischen gemäßigten und radikalen Kandidaten hat seither nicht aufgehört. Das Gangel um die Plätze war vor allem deshalb so stark, weil alle das Momentum spürten, das zu einem guten Ergebnis führen könnte. Und allen war klar, daß die Bundestagsfraktion das neue Machtzentrum der Partei bilden würde und die bis dahin um Fokus stehenden Landtagsfraktionen kaum noch überregional wahrgenommen werden dürften.

Ihre stärksten Ergebnisse erzielte die AfD 2017 in den mitteldeutschen Bundesländern, das beste mit 27 Prozent in Sachsen, wo sie sogar drei

*Wolfgang Mattheuer
»Sisyphos im Rad«,
1971.*

Direktmandate erringen konnte. Die westdeutschen Bundesländer lagen mit ihren Ergebnissen deutlich hinter dem schlechtesten mitteldeutschen (18,6 in Mecklenburg-Vorpommern). Dennoch stellten Nordrhein-Westfalen (15), Bayern (14) und Baden-Württemberg (11) die größten Landesgruppen in der Fraktion, gefolgt von Sachsen (11) und Niedersachsen (7). Insgesamt zogen 94 Abgeordnete für die AfD in den Bundestag ein. Im Verlauf der Legislaturperiode verlor die Fraktion insgesamt acht Mandate durch Austritt oder Ausschluß aus der Partei und damit aus der Fraktion. Den Anfang machte die Parteichefin Frauke Petry, die noch vor der Konstituierung der Fraktion unter Hinweis auf rechte Tendenzen ihren Austritt bekanntgab. Der Fraktionschef Alexander Gauland sprach daher von der Fraktion als einem »gärrigen Haufen«. In der Summe klingen acht verlorene Mandate für eine so von inneren Richtungsstreitigkeiten geprägte AfD nicht besonders viel, in der Geschichte des bundesrepublikanischen Parlamentarismus ist diese Zahl allerdings mit Abstand die größte. Die Gründe für die Abgänge folgten zumeist der von Frauke Petry vorgegebenen Argumentation, zumindest bei den beiden zeitlich nächsten (Mieruch und Kamann); bei den dann folgenden Herrmann und Hartmann kam hinzu, daß sie sich als Polizeibeamte aus der drohenden Schlinge der Beobachtung durch den Verfassungsschutz entziehen wollten. Die letzte Austrittswelle erfolgte anlässlich der Aufstellung der Wahllisten für 2021, bei der die beiden nicht reüssierenden Hollnagel und Hessenkemper die Partei verließen. Eine Ausnahme bildet der Abgeordnete Frank Pasemann, der aufgrund von fadenscheinigen Anschuldigungen aus der Partei ausgeschlossen wurde.

»Die Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag hat am 14. Dezember 2020 mitgeteilt, daß der Abgeordnete Frank Pasemann mit Wirkung zum 15. November 2020 nicht mehr der Fraktion angehört.«

Internes Schreiben der Bundestagsverwaltung vom 14. Dezember 2020 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bundestag-pasemann-1.5148921>)

Für die politische Ausrichtung der Bundestagsfraktion sind die Vorgesichten der einzelnen Abgeordneten in anderen Parteien von Interesse. Da auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD die Parteien fehlen, die Deutschland in die Situation gebracht haben, in der wir uns heute befinden, liegt es nahe, daß viele Abgeordnete, so sie überhaupt parteipolitisch aktiv waren, dort über längere oder kürzere Phasen ihre politische Heimat hatten. Zur Bundestagsfraktion selbst liegen dazu leider keine Untersuchungen vor, die Angaben aus dem *Handbuch des Bundestages* sind unvollständig. Was die Gesamtpartei betrifft, gab es 2019 eine Erhebung durch die Bundesgeschäftsstelle, die ein überschaubares Ergebnis brachte. Demnach waren lediglich 6,2 Prozent der Mitglieder vorher in der CDU, 3,3 in der SPD und zwei Prozent in der FDP aktiv. Nur wenige tausend Mitglieder haben also eine entsprechende Vorgeschichte, die meisten fanden erst durch Euro- und Flüchtlingskrise zum Engagement in einer Partei. Stichproben legen allerdings nahe, daß der Anteil unter den Mandatsträgern wesentlich höher ist. Ausnahmen bilden darunter Abgeordnete wie Gauland und Hohmann, die es geschafft haben, in oder mit der CDU Karriere zu machen, bevor sie in die AfD eintraten. Die anderen haben sich bei ihren vorigen Parteien nicht besonders hervorgetan. Im Fraktionsvorstand gibt es ehemalige FDP-Mitglieder (Storch, Komning), aber auch Mitglieder von Parteien, die man als Vorläufer der AfD bezeichnen könnte: Republikaner (Felser), Freiheit (Münzenmeier), Schill-Partei (Komning) und Freie Wähler (Frömming). Diesen Vorläufern gelang es nie, in den Bundestag einzuziehen, was den Erfolg der AfD durchaus zu einem historischen macht.

»Es gibt keinen Rechtsanspruch«, sagte Wolfgang Schäuble. Es gebe lediglich eine »Verabredung« in der Geschäftsordnung des Bundestags, daß jede Fraktion einen Kandidaten vorschlagen könne. Für diesen Vorgang gelte: »Es wird immer nur Vizepräsident, wer in geheimer Wahl die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält. Und wenn ein vorgeschlagener Kandidat diese Mehrheit nicht bekommt, dann ist er nicht Vizepräsident. Da ist nichts Unklares dran.«

(<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-04/bundestag-wolfgang-schaeuble-bundestagsvizepraesident-afd-abstimmung-wahl>)

Auch wenn manche den Erfolg der AfD mit dem der Grünen vergleichen – aufgrund der Gemeinsamkeit, daß es sich jeweils um eine völlig neue Partei im Parlament handelte, die auf Vorbehalte der Altparteien stieß –, gibt es in der entscheidenden Frage einen unüberbrückbaren Unterschied. Die Grünen gelang die Etablierung auf einer Welle des Zeitgeists, die sie bis in die Regierung trug, die AfD hat es deutlich schwerer und muß gegen den Strom schwimmen.

Ähnlich historisch wie das Wahlergebnis waren die Versuche der Altparteien, diesen Erfolg parlamentarisch nicht zur Geltung kommen zu lassen. Diese einmaligen Vorgänge begannen bereits im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des 19. Bundestages, die traditionell vom Alterspräsidenten eröffnet wird. Unter diesem verstand man bis dahin den lebensältesten Abgeordneten, was im Oktober 2017 der AfD-Abgeordnete Wilhelm von Gottberg war. Da die Altparteien unbedingt verhindern wollten, daß die AfD gleich zu Beginn dieses Podium nutzen könnte, änderte man einfach die Geschäftsordnung, so daß jetzt derjenige Abgeordnete als der älteste galt, der am längsten dem Bundestag angehört. Das konnte kein AfD-Mitglied

sein, sondern es war Wolfgang Schäuble, der als Bundestagspräsident diese Rolle an den Nächstdienstältesten, Otto Solms von der FDP, abtrat. Um den Vorgang einordnen zu können, muß man wissen, daß die PDS zweimal den Alterspräsidenten stellte, ohne daß jemand deswegen die Geschäftsordnung geändert hätte.

Ähnlich historisch ist die Weigerung der anderen Abgeordneten, der AfD den ihr zustehenden Vizepräsidentenposten zu gewähren. Sechsmal schickte die AfD einen Kandidaten ins Rennen, sechsmal verweigerte ihm der Bundestag das Amt. Die Geschäftsordnung stößt im Fall der AfD an ihre Grenzen. Bislang war sie nämlich so angelegt, daß bei der Besetzung der Ämter von einem überfraktionellen Konsens ausgegangen wurde: Die Fraktionen konnten ihre Kandidaten für die ihnen nach dem Proporz zustehenden Posten selbst bestimmen, die anderen Fraktionen verhinderten diese Entscheidung nicht. Lediglich die Linkspartei mußte mit ihren Kandidaten gelegentlich durch zwei Wahlgänge.

Die AfD entschloß sich daher zu einem recht frühen Zeitpunkt, den Spieß umzudrehen und den Konsens ihrerseits dort aufzukündigen, wo es in ihrer Macht lag. Das ist aufgrund des Mehrheitsprinzips für die AfD nur an einer Stelle möglich. Wenn zu später Stunde die Plenarsitzung ihrem Ende entgegendämmert, sind in der Regel nicht mehr genügend Abgeordnete anwesend, um beschlußfähig zu sein (mindestens die Hälfte). Solange niemand eine Feststellung der Beschlußfähigkeit verlangt, ist das egal, und bisher war das Konsens. Die AfD beantragte jedoch im Januar 2018 ebendiese Feststellung und, wie sich herausstellte, man war nicht mehr beschlußfähig, was dazu führte, daß Abstimmungen nachgeholt und verschoben werden mußten. Die Altparteien tobten und führten zu ihrer Entschuldigung an, daß die eigentliche Arbeit ja in den Ausschüssen erfolge, was der AfD als populistischer Partei aber egal sei.

Die Arbeit in den Ausschüssen findet in der Tat weitgehend im verborgenen statt, was sie für eine Oppositionspartei als Bühne ungeeignet macht. Immerhin konnte die AfD mit Peter Boehringer den Vorsitz im Haushaltsausschuß einnehmen, der traditionell der stärksten Oppositionspartei zusteht. Eines weiteren Vorsitzes ging die AfD wieder verlustig, als Stephan Brandner als Vorsitzender des Rechtsausschusses abgewählt wurde, weil man ihm unangemessene Äußerungen in den sozialen Medien vorwarf. Da der Vorsitz der AfD zustand, blieb der Posten unbesetzt. Die Arbeit in den Ausschüssen ist darüber hinaus kaum Thema in den wenigen der AfD wohlgesonnenen Medien gewesen. Allerdings scheint die Arbeit der AfD-Fraktion hier, im Gegensatz zum Plenum, vom »parlamentarischen Pragmatismus« (MdB Münzenmeier) geprägt zu sein, wenn man einer unwidersprochenen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Glauben schenken darf. Danach werden die AfD-Initiativen dort zwar grundsätzlich abgelehnt, die AfD stimmt hingegen in einer Vielzahl von Fällen mit der Regierung oder der FDP.

Daß das nicht weiter auffällt, hat nicht nur damit zu tun, daß die Ausschüsse nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen, sondern auch damit, daß die AfD den Plenardebatten als Medium der politischen Auseinandersetzung zu einer neuen Bedeutung verholfen hat, so daß sich sowohl Für- als auch Gegensprecher vor allem darauf stürzen. Das entspricht auch den Erwartungen, die man realistischerweise an eine Oppositionsfraktion haben sollte, da deren Möglichkeiten beschränkt sind. Sie verfügt über keinerlei eigene Gestaltungsmöglichkeiten, sondern kann lediglich für eine wirksame Kontrolle der Regierung sorgen, indem sie diese mit Fragen löchert und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert. Die parlamentarische Kontrolltätigkeit beschränkt sich für die Fraktion auf das Stellen von Kleinen und Großen Anfragen, hinzu kommt die Möglichkeit für jeden Abgeordneten, Einzelfragen zu formulieren. Zu Beginn der Legislaturperiode gelang es der AfD hier, einige Fakten zutage zu fördern, die für eine größere Öffentlichkeit von Interesse waren und die entsprechend verbreitet wurden. Mit zunehmender Dauer gingen die Themen aus, und die Bundesregierung entwickelte eine beträchtliche Meisterschaft darin, die Fragen zu beantworten, ohne sie zu beantworten.

Neben der Informationsbeschaffung bleibt der Opposition noch die Möglichkeit, durch eigene Initiativen wie Anträge oder Gesetzentwürfe dem Wähler zu zeigen, daß man eigene Ideen hat und in der Lage ist, eine

»Auffällig ist, daß die AfD-Fraktion diejenige ist, die den Anträgen aller anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen – also Anträgen der in Rückgriff auf das Vokabular der 1920er Jahre sogenannten Altparteien – am häufigstem zustimmte. Sie selbst begründet das mit »parlamentarischem Pragmatismus.«

(Tilo Giesbers/Ulrich Peters: Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag, Bundestagsstudien der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2020)

Anfragen:

1. Große Anfragen 35

AfD 19
FDP 4
DIE LINKE 6
Bündnis 90/Grüne 6

2. Kleine Anfragen 11 538

AfD 3408
FDP 3711
DIE LINKE, Bündnis 90/
Grüne 2
DIE LINKE 2782
Bündnis 90/Grüne 1634

Außerfraktionell (Abgeordnete ohne Beteiligung der Fraktionen) 1

(Statistik der Parlamentarischen Kontrolltätigkeit – 19. Wahlperiode, Stand 1. September 2021)



© picture alliance / Hauke-Christian Dietrich/dpa | Hauke-Christian Dietrich

Der 2017 gewählte Bundesvorstand der AfD mit (von links nach rechts) Georg Pazderski, Alexander Gauland, Alice Weidel, Stephan Protschka, Kay Gottschalk, Beatrix von Storch, Joachim Kubs, Jörg Meuthen, Albrecht Glaser, Guido Reil, Klaus-Günther Fohrmann (verdeckt), Steffen Königer und Frank Pasemann.

Alternative zur gegenwärtigen Politik zu formulieren. Da diese Initiativen grundsätzlich abgelehnt werden, steht hier neben der Schaufensterfunktion vor allem das Vorführen des Gegners im Mittelpunkt. Indem man eine Initiative formuliert, die der Gegner gewissermaßen kaum ablehnen kann, weil der dort geäußerte Sachverhalt eigentlich seiner Agenda entspricht, zwingt man ihn, gegen seine eigene Intention abzustimmen. Da die AfD nur über einen beschränkten Zugang zu den etablierten Medien verfügt, ist es allerdings schwierig, mit solchen Initiativen Bürger zu erreichen, die sich noch nicht in der eigenen Blase aufhalten.

Im Laufe der Legislaturperiode stellte sich allerdings die Frage, ob die AfD-Fraktion sich nicht zu sehr darauf konzentriert hat, Inhalte zu vertreten, die sich an der Kernwählerschaft vorbeibewegen und die in keiner Weise geeignet sind, den Anfangs zitierten Anspruch Gaulands zu erfüllen. Die Aufarbeitung dessen, was seit 2015 über Deutschland gekommen ist, stand in den vier Jahren im Mittelpunkt der Arbeit der AfD-Fraktion. Immer wieder wurden dazu Anfragen gestellt und Anträge eingebracht. Die Aufklärungsarbeit funktionierte hier vorbildlich, stieß aber an seine Grenzen, sobald die politischen Konsequenzen der massenhaften Einwanderung beim Namen genannt werden sollten. Das lag nicht zuletzt daran, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei stärker in den Fokus nahm und mittels der Konstruktion »Verstoß gegen die Menschenwürde« jede Pauschalaussage über Einwanderer unmöglich machte. Ebenso stand das Beharren auf dem bis 2000 geltenden Staatsbürgerschaftsrecht in dem Verdacht, einen »ethnischen Volksbegriff« zu vertreten, den das Bundesverfassungsgericht 2017 für verfassungswidrig erklärt hatte. Inwieweit man sich diesen Beschränkungen unterwerfen müsse, ist die Streitfrage, an der sich die Geister in der AfD scheiden und die durch die Wählerarbeit des Verfassungsschutzes andauernd befeuert wird.

Der Vorstand der AfD-Bundestagsfraktion entschloß sich daher, eine aus fünf Mitgliedern bestehende »Arbeitsgruppe Verfassungsschutz« einzusetzen, die durch Roland Hartwig geleitet wurde. Drei Aufgaben sollten im Mittelpunkt der Arbeit stehen: Sie sollte Informationen über den Verfassungsschutz bereitstellen, um den internen Umgang mit der drohenden Beobachtung zu koordinieren. Parallel sollte die juristische Verteidigung vorbereitet werden. Und schließlich sollte sie Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit herstellen und den Unterstellungen durch Aufklärung die Spitze abbrechen. Als externer Experte konnte der Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek gewonnen werden, der dem Gutachten des Verfassungsschutzes über die Frage, ob man die AfD als Prüffall behandeln dürfe, jegliche Aussagekraft absprach. Von den angeführten 400 Belegstellen seien für die Bewertung nur sechs relevant. Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses konnte der Druck des Verfassungsschutzes seine Wirkung entfalten, weil Teile von Partei und Fraktion darin nicht zu Unrecht eine Unterstützung ihrer Haltung vermuteten, die auf eine Angleichung der AfD an die Gepflogenheiten der anderen Parteien hinausläuft. Diese Situation sorgte nicht nur für personelle Konsequenzen, sondern langfristig tatsächlich für eine Anpassung der Positionen und die Akzeptanz von Sprachverboten. Der Linie des VS wurde auch dann entsprochen, als die noch unter Hans-Georg Maaßen ins Visier genommene Identitäre Bewegung als Beobachtungsfall eingestuft wurde und prompt auf der Unvereinbarkeitsliste landete.

»Ein Verfassungsschutz, der rechtswidrig eine demokratische Oppositionspartei angreift und diffamiert, stellt selbst eine Gefahr für unsere Verfassung dar.«

(Roland Hartwig, 13. März 2020, <https://www.afd.de/roland-hartwig-die-politische-instrumentalisierung-des-verfassungsschutzes-wird-eine-zunehmende-gefahr-fuer-unsere-demokratie/>)

Anpassungsleistungen wurden auch auf einem anderen, für die Kernwählerschaft der AfD wichtigen Themenfeld erbracht. Die Geschichtspolitik, die ja nach der Ansage von Gauland ein zentrales Anliegen war und durch diesen im Wahlkampf durch Stolz auf die Leistungen der Wehrmachtsoldaten noch befeuert wurde, spielte in den Bundestagsreden vor allem bei Gedenkstunden eine Rolle, aber auch dann, wenn es allgemein um den Dauerbrenner Vergangenheitsbewältigung ging. Als die Regierungskoalition eine Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte errichten wollte, die der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft gewidmet sein sollte, enthielt sich die AfD-Fraktion. Mit »Nein« könne man nicht stimmen, so MdB Jongen, da man anerkenne, daß »in dem von den Nationalsozialisten entfesselten totalen Krieg« schwerste Verbrechen begangen worden seien, die weiterhin erforscht werden müßten. Allerdings wandte sich Jongen gegen den »Sühnestolz«, den er in den Untertönen des Antrags vermutete, und konstatierte eine »heillose Schiefelage« der Erinnerungspolitik. Bei der Gedenkstunde zum 80. Jahrestag des Beginns des Deutsch-Sowjetischen Krieges 1941 sprach Gauland vom »Überfall auf die Sowjetunion« und relativierte im Verlauf seiner Rede den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges.

Im Hintergrund solcher Anpassungsleistungen steht aber eine außenpolitische Frage, die innerhalb der AfD umstritten ist. Soll man sich zukünftig weiterhin ausschließlich auf die USA verlassen, oder wäre nicht eine Annäherung an Rußland geeignet, für etwas Beweglichkeit in der deutschen Außenpolitik zu sorgen? Einer starken Fraktion der Atlantiker stehen mit Gauland und Chrupalla zwei Leute gegenüber, von denen letzterer sogar zu einem Besuch in Moskau weilte, als der Jahrestag des 22. Juni 1941 anstand. Wenn es allerdings darum geht, aus dieser Haltung eine politische Forderung abzuleiten, ist man weitaus vorsichtiger. Als die Linkspartei in einem Antrag den Abzug aller US-Soldaten aus Deutschland forderte, stimmte die AfD dagegen, obwohl das Grundsatzprogramm der Partei besagt, daß sich die AfD für einen Abzug aller fremden Truppen auf deutschem Boden einsetzen wird. Die Ablehnung erfolgte unter dem Hinweis, daß man erst die Verteidigungsbereitschaft wiederherstellen müsse, bevor man auf die fremden Truppen verzichten könne. Und die Feierstunde zum 70jährigen Bestehen des Staates Israel wurde von Gauland für die Aussage genutzt, daß man es für richtig halte, daß Israel ein Teil der deutschen Staatsräson ist. Mit dem Satz »Das heißt für uns aber auch, daß die Existenzsicherung am Brandenburger Tor beginnt« wurden die üblichen Reflexe bedient, die in jeder antiislamischen Position eine richtige Position sehen. Was man in anderen Fällen, wie beim Kult um Homosexuelle, Liberalismusfalle genannt hat, wirkt hier als Israelfalle, da man hofft, für solcherlei Aussagen durch Akzeptanz belohnt zu werden. Aber solche Hoffnungen waren seit jeher vergeblich.

Unter dem Strich wird man konstatieren können, daß sich die AfD-Bundestagfraktion dem in der ganzen Partei zu spürenden Zug in die Mitte nicht entziehen konnte. Sie ist als mächtigste Einheit der AfD obendrein nicht nur von Anpassungsleistungen, sondern auch von Oligarchisierungstendenzen geprägt, denen sich keine Partei und schon gar keine Fraktion entziehen kann, die so sehr in den Genuß dessen kommt, was die Parteien als ihren Anteil deklarierten, als sie sich den Staat zur Beute machten. Dadurch werden nicht nur die einzelnen Abgeordneten korrumpiert, sondern die ganze Fraktion betätigt sich, unterstützt von Überläufern der Altparteien an den Schalthebeln, lieber als Teil der Parlamentsmaschinerie, als gegen oder über diese hinaus zu arbeiten. Die parlamentarische Pflicht hat die AfD im Bundestag sehr ordentlich gemeistert und den Rahmen der Möglichkeiten ausgeschöpft. Was sie nicht geleistet hat und vermutlich auch nicht leisten wollte: die Stärkung des vopolitischen Raumes und die Aufnahme des metapolitischen Kampfes. Für beides fehlten der Wille, den Rahmen des Parlamentarismus durch intelligente Schachzüge auszuweiten, und der Mut, sich dem Zeitgeist in den wichtigen Lebensfragen entgegenzustellen, egal ob das dem Verfassungsschutz gefällt oder nicht. Besonders tragisch sind diese verpaßten Möglichkeiten, weil die Fraktion jährlich ca. 17 Millionen Euro vom Steuerzahler bekommt, ohne daß es hier zu einem nennenswerten Abfluß ins Vorfeld gekommen wäre. Das haben die anderen Parteien besser hinbekommen. Eine Anpassung an diese Gepflogenheiten ist für den Erfolg des Milieus, das die AfD repräsentiert, zwingend notwendig. ■

»Wenn Stalin also auf diese Weise eine kurze Zeit erkaufte, um gegen den deutschen Angriff besser gewappnet zu sein, so war das eine realpolitische und richtige Entscheidung für das eigene Überleben, dessen Konsequenzen allerdings für Polen furchtbar waren.«

(Alexander Gauland im Plenum des Bundestages, 9. Juni 2021)

»Die AfD tat sich lange schwer eine einheitliche Position zu Corona zu finden und tritt auch heute noch immer wieder bei Detail-Fragen vielstimmig auf. Auf der einen Seite wurde im März die stockende Impfkampagne beklagt, auf der anderen Seite wird nun von »Impfdruck« beziehungsweise einem »Impfzwang durch die Hintertür« gesprochen.«

(https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahlkampf-die-afd-auf-der-suche-nach-einem.724.de.html?dram:article_id=502705)

Medialer Strategiewechsel für die AfD – ein Vorschlag

von Dirk Alt

Wer sich der Mühe unterzog, das am 18. Juli 2021 ausgestrahlte »Sommerinterview« des ZDF mit dem AfD-Parteivorsitzenden Jörg Meuthen zu sehen, wurde Zeuge eines exemplarischen propagandistischen Debakels, das nicht nur auf die allgemeine Misere der Partei, sondern mindestens ebenso sehr auf deren grundsätzlich irrierte Kommunikations- und Medienstrategie zurückzuführen ist. Es liegt wohl auf der Hand, daß David im Kampf unterliegen muß, wenn er sich von Goliath die Regeln diktieren läßt, wenn er dem Riesen die Wahl des Schauplatzes und der Waffen überläßt. Das allein ist schon schlimm genug. Noch schlimmer aber ist es, wenn der Kampf überhaupt nur widerwillig geführt wird oder wenn beide Seiten gar eine stillschweigende Komplizenschaft eingehen, um diejenigen zu diskreditieren, die *wirklich* kämpfen. Dies war beim »Sommerinterview« der Fall, da sich das primäre Ziel der Macher, personelle Verstrickungen der AfD mit dem sogenannten Rechtsextremismus möglichst effektiv ins Bewußtsein zu rücken, mit dem Bedürfnis des Interviewten traf, sich als Baumeister einer »Brandmauer gegen rechts« zu gerieren. (Diese Konstellation ist im übrigen häufig geworden und kehrt regelmäßig in der medialen Berichterstattung über zerbrochene Landtagsfraktionen, Parteiaustritte und Milieu-Aussteiger wieder.) Ängstlich auf eine bieder-rechtschaffene Außenwirkung bedacht, unterwarf sich Meuthen der hochnotpeinlichen Befragung, die ihm das durch Shakuntala Banerjee verkörperte Tribunal angedeihen ließ, und teilte dem Zuschauer nur einen einzigen Moment der Erkenntnis mit – als er nämlich, nachdem er sich zunächst noch verwundert gezeigt hatte, »daß Sie mit diesen alten Geschichten da kommen«, kopfschüttelnd bemerkte, es sei »das immer gleiche Muster dieser Interviews«, dem er sich hier gegenüber sah. Das trifft zu: Man kennt das Muster, den Spielverlauf, die feindlichen Manöver und Figuren – und springt wider besseres Wissen doch jedes Mal über die Stöckchen, die einem hingehalten werden. Über wen muß man da den Kopf schütteln: über den, der die ihn selbst begünstigenden Regeln aufstellt, oder aber über den, der sie akzeptiert und sich, nachdem er Prügel bezogen hat, darüber beklagt?

Obgleich sich die Systemmedien in der Vergangenheit lediglich bereit gefunden haben, eine taktische Helferrolle im Kampf der Rechten gegen die Noch-Rechteren zu spielen, geben parteiinterne und parteinahe Mediens Schulungen unverändert die Losung aus, man müsse Journalisten nur maßvoll, offen und seriös genug entgegentreten, dann werde man mittel- bis langfristig auch in den Genuß einer einigermaßen respektvollen, einigermaßen neutralen Berichterstattung kommen. Daß diese Erwartungshaltung auf Wunschdenken beruht, müßte indes jedem klar werden, der Vergleiche mit dem Zustand von vor vier oder fünf Jahren anstellt. Im Hinblick auf den medialen Komplex bewahrheitet sich vielmehr der Grundsatz, daß etwas, das Teil des Problems ist, nicht Teil der Lösung sein kann. Man denke nur daran, daß ebendieser Komplex sich über Jahrzehnte befließigte,

»Ich habe auch damals eine Brandmauer gefordert [...]. Also, lassen Sie mich zunächst sagen, mich überrascht etwas, daß Sie mit diesen alten Geschichten heute kommen, wir schreiben das Jahr 2021. Ich habe in ich-weiß-nicht-wievielen Interviews dargelegt, wie diese Entwicklung bei mir zustande kam, warum ich, weil ich integrativ wirken wollte, versucht habe, den damaligen Flügel in die Partei zu integrieren [...]. Ich habe die Entwicklung dann durchlaufen. Ich mußte mir das genau anschauen. Ich bin keiner, der sofort den Stab bricht.«

Jörg Meuthen im »Sommerinterview« des ZDF, 18. Juli 2021.

»Ungeachtet der tendenziösen Fragestellung und Berichterstattung des ZDF ist der Auftritt unseres Co-Parteivorsitzenden in seiner Wirkung unabsehbar. Mit solch einem Auftreten, bei dem weder Inhalte transportiert noch der Versuch unternommen wurde, die eigene Partei würdig zu vertreten, ist Herr Meuthen seinem Amt in keinsten Weise gerecht geworden«

Pressemitteilung der Landesgruppe Sachsen der AfD-Bundestagsfraktion, 19. Juli 2021.



© picture alliance / REUTERS | Annegret Hilse

Urteilsfähigkeit, Ansprüche und Werteempfinden breiter Schichten herabzuzüchten; der Volksmund spricht von *Verblödung*. Man halte sich weiter vor Augen, mit welcher Lust ebendieser Komplex die Selbstgleichschaltung vollzog, wie er sich der Verfolgung von Ketzern und Renegaten verschrieb, wie er die fatalen politischen Weichenstellungen der Merkel-Ära akklamierte und wie er durch inzwischen völlig unverhüllte Propaganda- und Zersetzungstätigkeit die Vorbürgerkriegsstimmung unserer Tage schürt. Nein, unter gar keinen Umständen kann der mediale Komplex ein Partner sein – er ist ein Feind, und vielleicht, noch, der mächtigste von allen. Diese Macht muß gebrochen werden.

Es ist davon auszugehen, daß diejenigen, die sich dieser Notwendigkeit verschließen, mit nostalgischer Anhänglichkeit einer Welt verhaftet sind, die, obgleich längst untergegangen, in dem umfassenden Zerstreuungs- und Verdrängungsangebot des medialen Komplexes bis heute ein die Weckrufe dämpfendes Nachleben führt. Diese Nostalgiker können nicht von dem Glauben lassen, daß die bundesrepublikanischen Medien vor nicht langer Zeit noch einem offenen und freien Wettstreit der Meinungen die Bühne boten, daß sie Waffengleichheit garantierten und auch dem Unbequemen eine Stimme gaben, und daß eine Rückkehr zu diesem Zustand möglich ist. Ihnen sei gesagt, was sie im Grunde bereits wissen müßten: Eine Rückkehr zu etwas, das es nicht gab, kann es nicht geben, und deshalb ist eine Kehrtwende der Kommunikations- und Medienstrategie der Partei unumgänglich. Im folgenden seien daher fünf Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen eine solche Kehrtwende erreicht werden könnte.

I. GEGENÖFFENTLICHKEIT STÄRKEN. Ein Gemeinplatz, zweifellos, aber einer, der so lange vorgebracht werden muß, bis an die Stelle der fortgesetzten Anbietung bei den Systemmedien endlich eine gezielte Förderung der Alternativen tritt. Ob *Tichys Einblick*, die Achse des Guten, die *Junge Freiheit*, EinProzent oder die *Sezession* – zahlreiche der Gegenöffentlichkeit zuzuordnenden Plattformen haben, über die allseits beliebten Video-Kommentare (Vlogs) hinaus, Anstrengungen unternommen, in die Domäne der audiovisuellen Berichterstattung einzubrechen; unter technisch-handwerklichen Gesichtspunkten müssen sie den Vergleich mit den Systemmedien nicht scheuen. Bei gleichzeitiger Beibehaltung und Weiterentwicklung der Selbstdarstellung dürfte parteiseitig nichts dagegensprechen, auf jenen Weg einzuschwenken, der bereits auf der ersten »Konferenz der freien Medien« in Berlin 2019 vorgeschlagen und erörtert wurde, und die externe Berichterstattung exklusiv in die Hände ausgewählter Vertreter der

*Kein Teil der Lösung –
Jörg Meuthen am 15. März
2021 in Berlin.*

Gegenöffentlichkeit zu legen. Kritische Distanz zur Partei oder zu Teilen derselben sollte selbstredend kein Hinderungsgrund, sondern – im Interesse einer Vielfalt der Meinungsbilder – sogar erwünscht sein, solange jedweder Schulteranschlag der alternativen mit den Systemmedien unterbleibt. Indem man die letzteren gleichzeitig konsequent von sämtlichen Parteiveranstaltungen aussperrt (siehe 2.), schafft man zudem eine potentielle Einnahmequelle, und zwar in dem Moment, in dem die Staatsnahen andere Bilder als die aus der Entfernung, die über den Zaun hinweg aufgenommenen, benötigen und ihren Bedarf nicht mittels des Zitatrechtes stillen können. Dann nämlich sind sie auf Material angewiesen, das die Alternativen vor Ort aufgenommen haben und das man ihnen gegen angemessene Lizenzzahlungen zur Verfügung stellen kann. Praktisch könnte dies folgendermaßen aussehen: Externe Berichterstatter der Gegenöffentlichkeit erhalten exklusiven Zugang zu Parteitage, Pressekonferenzen etc. und berichten nach eigenem Ermessen. Das potentiell lizenzierbare Material, das sie im Zuge ihrer Arbeit oder im dokumentarischen Auftrag gesammelt haben, wird zunächst intern in gemeinschaftlicher Sichtung mit von der Partei benannten Prüfern ausgewertet – eine zweckmäßige Vorzensur, um der Verbreitung des Unvorteilhaften und des Unerwünschten vorzubeugen, um aber auch Parteimitglieder, Gäste und Aktivisten zu schützen, die ihr Gesicht nicht der medialen Öffentlichkeit preisgeben wollen. Das freigegebene Material kann anschließend kommerzialisiert, die Einnahmen können hälftig geteilt werden. In jedem Fall muß gelten: Wenn die Systemmedien hochwertige Töne, Bilder und Bewegtbilder von Parteiveranstaltungen wollen, sollen sie gefälligst dafür zahlen.

»Wenn nun erklärtermaßen den »alternativen Medien« die Rolle der medialen Gegenmacht zugewiesen werde, müsse sich dies in Exklusivität niederschlagen, und dies könne es nur dann, wenn die AfD besondere Meldungen, Mitteilungen, Hintergrundinformationen nicht mehr über die Medien des Establishments spiele, sondern über das alternative Spektrum. Nur dies nämlich garantiere hohe Klickraten und damit Möglichkeiten der Gegenfinanzierung. Die Macht der noch immer Übermächtigen durch konsequenten Ausschluß von exklusiver Information dazu zu zwingen, sich bei den Alternativen zu bedienen und ihnen dadurch hinterherlaufen zu müssen – das könnte in der Tat ein Strategiewechsel sein.«

Götz Kubitschek:
»Schlüsse ziehen aus der AfD-Medienkonferenz«, sezession.de, 13. Mai 2019.

2. SYSTEMMEDIEN BOYKOTTIEREN UND BEKÄMPFEN. Der fortgesetzte Mißbrauch ihrer Vormachtstellung ist ein hinlänglicher Grund, jedwede Zusammenarbeit mit den Systemmedien zu unterlassen. Überhaupt: Was sie »berichten« und verlautbaren, darf für niemanden in der Partei von Belang sein. Ihre »Analysen«, Recherchen und Verdikte sind bekanntlich uninteressant, und über die Ereignisse, die für uns tatsächlich relevant sind, werden wir durch die bestehenden Netzwerke, etwa durch das Teilen von Smartphone-Dokumentationen aus Demonstrationen heraus gründlicher und wirklichkeitsnäher informiert. Mit einem Wort: Der erste Schritt, die Systemmedien überflüssig zu machen, ist der Beschluß, daß sie es für uns bereits sind. Das heißt nicht, daß man sie vollständig ignorieren sollte; im Gegenteil sollte man da, wo ein propagandistischer Ertrag zu erwarten ist, die Auseinandersetzung suchen. Eine Einladung zum »Sommerinterview« oder ähnlichen Formaten ist zweifellos eine Chance und sollte, wie jede Chance, offensiv genutzt werden – erstes Ziel: die Demaskierung des Feindes. Grundsätzlich muß es darum gehen, die Rolle des Angeklagten mit der des Anklägers zu vertauschen. Wenn es also der Ehrgeiz der Systemmedien ist, die Partei zu entlarven, so muß es der Ehrgeiz der Partei sein, den Spieß umzudrehen und der Journaille ihre eigene Beschränktheit zu schmecken zu geben; gelingt dies gut, so wird sich ein dankbares Publikum daran weiden. Jede darüber hinaus errungene Minute Sendezeit hat nur einem einzigen Zweck zu dienen, nämlich der Verbreitung der zentralen Botschaften, die wie Pfähle in den Boden gerammt werden müssen; jede Minute Sendezeit, in der – mittels Zahlen, Daten und kalter Wut – Ausländerkriminalität, demographische Verdrängung, Verrat und Verfall angeprangert werden, ist eine für uns gewonnene Minute. Damit diese Strategie allerdings zum Erfolg führen kann, ist es notwendig, entweder auf Live-Gesprächen zu bestehen, die keine Manipulationen zulassen, oder jedwedes Interview durch eigene Aufnahmestäbe begleiten zu lassen, um der routinemäßigen Entkontextualisierung und Entstellung von Aussagen jederzeit beweiskräftiges eigenes Material entgegenstellen zu können.

Auch wenn die Zeit der »sorgfältig geplanten Provokationen«, die das vielzitierte Strategiepapier für das Wahljahr 2017 empfahl, vorüber sein mag, spricht doch im übrigen nichts dagegen, mit dem Feind zu spielen, ihn etwa durch gezielte Zuleitung von Fehlinformationen zu täuschen, auf falsche Fährten zu lenken und in Fallen tappen zu lassen – man denke beispielhaft an den Antaios-Coup zur Buchmesse 2018. Vor allem darf man keine Skrupel kennen: Es herrscht der Infokrieg, und die Kommunikationspolitik der Partei muß sich diesem Zustand endlich anpassen.



3. TWITTERIA EINDÄMMEN. Der ebenso regellos wie eigenmächtig erscheinende Gebrauch der sogenannten sozialen Medien durch Parteifunktionäre sämtlicher Ebenen hat in der Vergangenheit nicht nur zu einer kaum überschaubaren Anzahl von Kollateralschäden geführt, sondern auch der Gratis-Munitionierung des Feindes gedient. Damit hat sich die transparente Kommunikation als kontraproduktiv erwiesen, denn, und das entspricht der Erfahrung medial befehdelter Firmen beispielsweise der Rüstungs-, der Chemie- und der Kernenergiebranche: Je transparenter man sich macht, desto angreifbarer wird man. Es wird daher höchste Zeit, einerseits die regulatorische Kontrolle über bestehende Kanäle zu verschärfen, andererseits eine strengere Auswahl dessen zu treffen, was überhaupt preisgegeben werden soll. Es ist nicht einzusehen, daß, wie bisher, *alles* von *jedem* kommentiert wird; eine einzige abgewogene Verlautbarung mag ausreichen. Die inhaltliche Redundanz, aber auch die bescheidene Reichweite vieler Kanäle stehen ferner in keinem Verhältnis zu dem Aufwand, der in sie investiert wird, und den Kräften, die sie folglich binden – zumal sie in vielen Fällen lediglich individuellen Profilierungsbedürfnissen dienen. Statt jedem Funktionsträger, Abgeordneten und Kandidaten die Einrichtung eigener Kanäle zuzugestehen, sollten, wo noch nicht geschehen, professionelle Kommunikationsabteilungen eingerichtet und Formate bereitgestellt werden, die die Vorstellung von Personal und programmatischen Schwerpunkten erlauben. Das Privileg davon unabhängiger Kommunikation sollte hingegen einer Gruppe vorbehalten sein, die ich als »erste Geigen« bezeichnen möchte: Sie umfaßt diejenigen, die kraft herausragender Expertise, kraft ihres Charismas und ihrer Sendung wirken und zu ihrer Entfaltung zu Recht einen größeren Freiraum beanspruchen dürfen. Daß auch sie die Kommunikationsrichtlinien zu berücksichtigen haben, versteht sich von selbst. Schlechterdings nicht hinnehmbar ist es, wenn etwa die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion mißliebigen Parteifreunden via Twitter mit dem Ausschluß droht.

Angemerkt sei noch, daß man nicht so weit gehen muß, allen, die nicht zu den »ersten Geigen« zählen, den Betrieb eigener Kanäle zu untersagen. Selbstverständlich sollte es jedem freistehen, solche rein privat mit rein privaten Inhalten zu betreiben oder als Kommunikations-Partisan aus der Anonymität heraus zu wirken – dann aber auf eigene Rechnung und eigenes Risiko.

4. FINDUNGSDEBATTEN UNTER AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT FÜHREN. Das öffentliche Austragen von Personal-, Richtungs- und Grabenkämpfen bietet nicht nur ein Einfallstor für feindliche Spaltungsversuche. Auch vermittelt die Lust an innerparteilichen Schuldzuweisungen und gegenseitiger Demontage ein würdeloses und die Anhänger demoralisierendes Bild.

Falsche Fahrten – Antaios-Coup zur Buchmesse 2018.

»Die AfD muß – selbstverständlich im Rahmen und unter Betonung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes – ganz bewußt und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken. Dabei muß die Seriosität allerdings gewahrt werden. Klamauk, Negativismus um jeden Preis und Hetze haben bei der AfD keinen Platz.«

AfD-Manifest 2017: *Demokratie wiederherstellen – dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben*, S. 10f.

Ebenso wie die Partei selbst von disparaten, auseinanderstrebenden Kräften geprägt wird, befehden sich einzelne Organe der Gegenöffentlichkeit entlang weltanschaulicher Bruchlinien, arbeiten sich auch die verschiedenen Teile des Vorfeldes aneinander ab. Aus dieser unproduktiven Lage führt einstweilen kein Weg heraus. Um so wichtiger wären nun Anstrengungen dahingehend, von dem, was die Tatkraft der Unterstützer hemmt, und dem, was der Feind für seine Zwecke gebrauchen kann, sowenig wie möglich nach außen dringen zu lassen; nicht das Trennende, sondern das Einende ist zu betonen. Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie etwa bei der kürzlich in Schnellroda geführten, auf der Sachebene durchaus begrüßenswerten Debatte zwischen Maximilian Krahl und Stefan Scheil, Positionen diametral aufeinanderprallen und keine Möglichkeit eines Brückenschlages besteht. Wer gemeinsam kämpfen will, muß gemeinsame Ziele verfolgen; diese gemeinsamen Ziele müssen immer wieder kenntlich gemacht, unermüdlich beschworen werden – nicht nur nach außen, sondern auch in der internen Kommunikation, die im übrigen so zu führen ist, daß die Weitergabe derselben keine größeren Schäden verursachen würde. Grundsätzlich ist angeraten, sowohl unter Funktionsträgern als auch unter Mitgliedern ein Bewußtsein für die Notwendigkeit von Diskretion und Geheimhaltung zu wecken, wenigstens aber der in kleineren Kreisen oft entfalteten waschweibartigen Klatsch- und Tratschsucht den Kampf anzusagen.

»Immer diese Technik! Da hatte AfD-Vize Beatrix von Storch mal eben für einen handfesten Skandal gesorgt – um kurz darauf einen Rückzieher zu machen. Die Sache mit dem Waffeneinsatz an der Grenze stellt sie nun so dar: Sie habe nur aus Versehen gefordert, auch auf Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen zu schießen. »Ein technischer Fehler«, sagte die EU-Abgeordnete, laut einem Bericht des *Spiegel*. Sie sei auf ihrer Computermaus »abgerutscht.«

»Hab ich mich verstorcht«, Netz-Spott über AfD-Vize, Spiegel-Online, 8. Februar 2016.

5. KOMMUNIKATIONSZIELE IM AUGEN BEHALTEN. Die gegenwärtigen medialen Kommunikationsgepflogenheiten, das Dauerfeuer der Nachrichten und Nicht-Nachrichten und die von allen Seiten anbrandende Geschwätzigkeit stellen an jeden Sender, der etwas Wesentliches zu sagen hat, besondere Anforderungen. Auf keinen Fall sollte er Kommunikation um ihrer selbst willen betreiben. Statt auf jede Sau aufzusatteln, die gerade durchs Dorf getrieben wird, sollte er schweigen, wo es geboten ist, und sich auch dann, wenn der richtige Zeitpunkt verpaßt zu werden droht, nicht zu voreiligen Stellungnahmen hinreißen lassen. Vor allem darf er seine Kommunikationsziele nicht aus den Augen verlieren, die für die Partei lauten müssen: *aufklären* und *mobilisieren*. Beides ist voneinander zu trennen. Die Aufklärung hat mittels Darstellung der jeweiligen Sachlage zu erfolgen, sie muß nüchtern sein, distanziert, frei von Polemik, jedoch erhellend in der Verortung des kleinen im großen, des Einzelereignisses vor dem nationalen oder dem globalen Hintergrund. Die Aufklärung will das Wissensbedürfnis stillen, sie bringt den Kämpfer in Position. Die Mobilisierung, die über die Gefühlsebene erfolgt, setzt ihn in Bewegung. Natürlich trifft es zu, daß auf lokaler Ebene der neue Bebauungsplan, die Baumschutzsatzung, der öffentliche Nahverkehr oder die soziale Infrastruktur zeitweise von lebhafterem Interesse sind als die Schicksalsfragen, die uns bewegen. Doch muß es Aufgabe der Kommunikation sein, ebendiese Schicksalsfragen auf allen Ebenen gegenwärtig zu halten. Insbesondere muß sie dem Bestreben des politisch-medialen Komplexes entgegenwirken, jene Momente der Wahrheit möglichst rasch hinter sich zu lassen, in denen die katastrophalen Folgen der herrschenden Politik für breitere Volksschichten greifbar werden. Diese Momente müssen ausgedehnt und im Bewußtsein verankert, Schrecken und Erkenntnis müssen wachgehalten werden. Dazu könnte beispielsweise die Ausprägung einer eigenen, auf Migrationsopfer fokussierten Erinnerungskultur beitragen.

Wenn diese Maßnahmen schwer umsetzbar erscheinen, so vor allem deswegen, weil sie in den Teilen, die nach Reglementierung verlangen, sowohl den basisdemokratischen Grundsätzen wie auch dem individualistischen Selbstverständnis vieler Parteigänger zuwiderlaufen. Bekanntlich wird der durch keinerlei Autorität gezügelte Wunsch der Basis, sich nichts vorschreiben zu lassen, durch die unversöhnten Gegensätze innerhalb der Partei weiter befeuert. Solange die nach außen gerichtete Kommunikation oft auch dem inneren Widersacher, also dem jeweils entgegengesetzten Lager gilt, kann keine Besserung eintreten. Steigender Repressionsdruck und fortgesetzter Ausschluß von der politischen Mitgestaltung lassen jedoch eine (Rück-)Entwicklung der AfD von der Parlaments- zur Bewegungspartei erwarten, was auch eine Kehrtwende in der Kommunikations- und Medienstrategie perspektivisch begünstigt. ■

Autoren dieses Heftes

Dr. Dirk Alt, 1982, ist Historiker, Autor und Dokumentarfilmmacher.

Alain de Benoist, 1943, ist französischer Philosoph, Begründer der »Nouvelle Droite« und verantwortlich für die Zeitschriften *Krisis* und *Nouvelle École*.
Gegen den Liberalismus. Die Gesellschaft ist kein Markt, Dresden 2021

Patrick Bouisson, 1949, ist Politikwissenschaftler, freier Publizist und leitet seit 2007 den TV-Sender »Histoire«. Er galt überdies viele Jahre als enger Berater Nicolas Sarkozys.
La Fin d'un monde, Paris 2021

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Corona und Profit. Gewinner und Verlierer der Krise, Schnellroda 2021

Prof. Dr. Raimund Th. Kolb, 1949, Professor i. R. für Sinologie (Geschichte) an der Universität Würzburg.

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Vorlesen, Schnellroda 2019
Das Buch im Haus nebenan (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.
Hin und wieder zurück. 2017–2021, Schnellroda 2021
Schnellroda 2021

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020

Dr. Fritz Menharden, 1974, studierte Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Wien. Er ist gegenwärtig Partner eines auf nachhaltiges Wirtschaften spezialisierten Beratungsunternehmens.

August Nagel, 1991, studierte Biochemie und Philosophie und promoviert in England.

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialforschung in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und ist Herausgeber der Zeitschrift *Die Kehre*.

Josef Schüßlburner, 1954, ist Jurist und war Regierungsdirektor in einem Bundesministerium.
Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative, Schnellroda 2020

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne.
Der Riß, Schnellroda 2021

Bernard Udau, 1975, studierte Volkswirtschaftslehre und Jura in Köln und Madrid und arbeitet als Anwalt. Er bloggt für *eigentlich frei*.

Der Kampf gegen rechts als Teil des »Great Reset«

von Benedikt Kaiser

Trotz sicht- und hörbaren Protests vieler Maßnahmenkritiker aller Schattierungen in Sachsen und anderswo scheint die Zustimmung zu den Handlungen der etablierten Politik konstant hoch: Im Auftrag des führenden deutschen Demoskopieinstituts Statista wurde Mitte Juli 2021 folgende Frage gestellt: »Sind die aktuell geltenden Corona-Maßnahmen Ihrer Meinung nach übertrieben, gerade richtig oder zu schwach?« Die repräsentative Umfrage ergab dieses Bild: 63 Prozent der Befragten meinten »Gerade richtig«, 16 Prozent plädierten für »Müßten härter ausfallen«, wohingegen lediglich 19 Prozent die Coronamaßnahmen für »Übertrieben« hielten. Ähnliche Erhebungen folgten von weiteren Instituten; die Ergebnisse deckten sich.

Ein wichtiger Aspekt für die hohe Akzeptanz der Maßnahmen dürften die Überzeichnung und die Herabwürdigung der Maßnahmenkritiker als »Coronaleugner«, »Schwurbler«, »Coronazis« und ähnliches sein: In der *pauschalen* Eingemeindung aller Skeptiker der Staatsmaßnahmen in den entgrenzten »Kampf gegen rechts« findet dieser seine Potenzierung und neue Agitationsfelder. Er benötigt diese quantitative Steigerung, sonst drohen die zu ächtenden »Anderen«, die *Toxic persons*, zur Neige zu gehen. Die lediglich im negativen Moment harmonisierte neue Bevölkerungsgemeinschaft bedarf eines mobilisierenden Elements; der kollektive Feind (»rechts«) ist für den Zusammenhalt einer zunehmend atomisierten Gesellschaft unverzichtbar. Dieser Kampf gegen rechts, der seit dem Ausklang der rot-grünen Ära Schröder/Fischer (1998–2003) als Kampf gegen Meinungen und Standpunkte rechts der Union angesehen werden kann, benötigt also für seine Selbstlegitimation die Genese neuer Antagonisten; einer permanenten Feindbilderzeugung entspricht folglich die Ausweitung der zu ächtenden Positionen. Galt vor Jahrzehnten eine antiextremistische oder antitotalitäre Stoßrichtung, wonach gewaltbefürwortende oder gewaltausübende Akteure als »Extremisten« außerhalb des gesellschaftlich Akzeptierten zu stehen hatten, reicht mittlerweile die Inanspruchnahme des grundgesetzlich verbrieften Rechtes auf freie Meinungsäußerung (sei es zur Zuwanderung, sei es zu Coronamaßnahmen), um ins Visier von Verfassungsschutzämtern, »Zivilgesellschaft« und etablierter Politik zu geraten. Ebendiese Verschiebung der Parameter – eingeleitet durch Rot-Grün, vollendet durch Schwarz-Rot – hat die bisherige Coronazeit geprägt. Kritiker der Coronaverordnungen von Bund und Ländern sehen sich unisono als »rechts« gerahmt, selbst wenn ihre Positionen aus genuin liberalen/libertären, grün-esoterischen oder apolitischen Tendenzen genährt werden. Der neue Kampf gegen Coronamaßnahmenskeptiker ab März 2020 wurde dem alten Kampf gegen rechts subordiniert. Diese Eingemeindung war folgenswer: Menschen, die sich an Protesten gegen die rigide Maßnahmenpolitik der Bundesregierung beteiligten (Zehntausende im April und Mai 2020 in Stuttgart, 30 000 im August 2020 in Berlin, 45 000 im November 2020 in Leipzig), erfuhren im

»Es entwickelt sich ein wachsendes Konglomerat von Rechtsextremen, Reichsbürgern, Antisemiten und absurden Verschwörungstheoretikern, die der Politik sogar Satanismus vorwerfen. Auch der Verfassungsschutz muß genau unter die Lupe nehmen, was sich da entwickelt. Denn viele dieser Gruppen wollen einen anderen Staat.«

Markus Söder, zit. n. merkur.de v. 16. November 2020.

Nachgang des Demonstrationsbesuchs, daß sie sich an »rechten« »rechtsradikalen« oder »rechtsextremen« Zusammenrottungen beteiligt hätten, obschon die nüchterne Betrachtung der Zusammensetzung von Coronademonstrationen etwas anderes unterstreicht: Es habe sich »nicht um eine, sondern um mehrere, häufig disparate soziale Gruppen, die über geteilte Mentalitäten verbunden sind«, gehandelt, wie in einer Studie festgestellt wird. Gemeinsam sei den Demonstranten, daß es sich »mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht handelt«, wobei einige Zahlen bemerkenswert sind: 31 Prozent verfügen über Hochschulreife, 34 Prozent über einen Studienabschluß, und 25 Prozent sind als Selbständige tätig, obwohl in der Bundesrepublik nur etwa jeder zehnte Berufstätige selbständig ist; ein Beleg für die nunmehr prekäre Lage dieser Berufssparte. Diese bildungs- und berufsbezogenen Details sagen für sich genommen noch nichts über die *politische* Zusammensetzung aus. Doch auch hier haben die Forscher Informationen zusammengetragen: Zur Bundestagswahl 2017 war keine Präferenz für Rechtsparteien zu konstatieren. Das Feld führen die Grünen an (23 Prozent), gefolgt von den »Sonstigen« (21) und der Partei Die Linke (18). Nur 15 Prozent seien 2017 als AfD-Wähler in Erscheinung getreten – nicht einmal jeder fünfte. Die Soziologen Nadine Frei, Oliver Nachtwey und Robert Schäfer verweisen schließlich auf »eine starke Entfremdung von den Institutionen des politischen Systems, den etablierten Medien und [...] den alten Volksparteien«. Die Demonstranten verkörperten einen Protest, der »eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht«, womit die Wissenschaftler dann zurück im Einklang mit der einheitlichen Medienberichterstattung sind: Nur mit einem solchen Schwenk kann die Integration des Kampfes gegen Maßnahmenkritiker in den übergeordneten Kampf gegen rechts nachhaltig (d. i. hier: wissenschaftlich) abgesichert werden. Das vollzieht sich anhaltend seit Monaten, obschon Nachtwey die eigene Prämisse insofern relativiert hat, als daß er im Gespräch mit dem Deutschlandfunk die Schätzung äußert, daß »etwa 25 Prozent der Studienteilnehmer in Deutschland bei der nächsten Wahl die AfD wählen möchten«. Von 15 auf 25 Prozent ist eine Steigerung, aber diese Zahlen belegen an und für sich keinen »Rechtsschwenk« der Coronaprotteste; 25 Prozent bedeutet weiterhin, daß von 100 Coronamaßnahmen skeptikern nur jeder vierte AfD wählen würde und damit, im weitesten Sinne, als »rechts« einzugruppieren wäre. Doch ebendiese partielle Affirmation rechtsoffener Einstellungsmuster durch einen Teil der Coronamaßnahmenkritiker reichte der Bundesregierung aus, die Coronakrise zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren, und das heißt *as usual*: den Kampf gegen rechts zu verstärken. Bei der weithin meinungsbildenden »Tageschau« hieß es Ende 2020: »Die Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket für den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen. Ziel der 89 Einzelmaßnahmen sei es, »unsere wehrhafte Demokratie zu stärken« [...]. Vorgesehen sind unter anderem eine intensivere Präventionsarbeit, eine Stärkung der Sicherheitsbehörden, schärfere Strafgesetze, bessere Hilfen für Betroffene und ein engerer Austausch mit der Zivilgesellschaft«, wobei als »Zivilgesellschaft« im bundesdeutschen Kontext oftmals das Geflecht aus linken NGOs, antifaschistischen Initiativen und entsprechenden Lobbyvereinigungen firmiert. Auch von einem »Expertenrat« ist die Rede; dieser »soll die Bundesregierung zu Fragen der Integration, Teilhabe und bei der Bekämpfung von Rassismus beraten«. Allein in den Jahren 2021 bis 2024 »sollen insgesamt mehr als eine Milliarde Euro in diesen Bereich fließen«. Von Edgar Franke, »Opferbeauftragter der Bundesregierung«, wird wiedergegeben, daß aus der Coronakrise keine Demokratiekrise werden dürfe, womit preisgegeben wird, daß man die Potenzierung des Kampfes gegen rechts *unmittelbar* mit Corona zu verbinden weiß. Dieser Schachzug ist das I-Tüpfelchen auf der finalisierten Verschmelzung mainstreampolitischer und mainstreammedialer Blöcke zum politmedialen Einheitsblock, was sich nicht zuletzt in einer überwiegend gleichförmigen Coronaberichterstattung niederschlug: Journalisten – ob gebührenfinanziert oder Konzernen zugehörig – sendeten selten kritische Grundimpulse aus, sondern wirkten viel zu oft als quasiregierungsamtliche Verlautbarungsgorgane von Merkel, Spahn und Co.

Zwei undogmatische Denker der Vergangenheit werden damit auf eine spezifische Art und Weise bestätigt: Zum einen ist Antonio Gramsci zu nennen, der in seinen *Gefängnisheften* als erster nachwies, daß in modernen

»Das ist eine neuartige und auch überraschende Bewegung, weil sie mitunter sehr disparate Milieus miteinander verbindet: Menschen, die eher aus dem anthroposophischen, alternativen Spektrum kommen, die zu ganzheitlichem Denken und esoterischem Denken neigen und wahrscheinlich eher die Grünen gewählt haben. Aber auf diesen Demonstrationen haben wir dann auch gesehen, daß durchaus sehr Konservative und mitunter auch Rechts-extreme mitgelaufen sind.«

Oliver Nachtwey im Gespräch mit Barbara Weber.

Gesellschaften keineswegs allein ein (repressiver) Staatsapparat benötigt werde, um Macht auszuüben. Er verwies auf die zunehmende machtpolitische Rolle der staatsnahen Zivilgesellschaft (»società civile«), die unter anderem Kirchen, Schulen, Gewerkschaften und Einzelakteure umfasse. In Coronazeiten kann dies plastisch heißen: Druck (etwa: in bezug auf Impfungen oder auf die Akzeptanz der Lockdownmaßnahmen) wird nicht allein staatlicherseits ausgeübt, sondern durch all jene *Pressure groups*, die sich oftmals staatsfern wähnen, aber in einem gemeinsamen Block agieren, wobei die Generallinie eine einheitliche ist; es differieren Betätigungsfelder und Tonarten.

Zum anderen ist, auf den Schultern Gramscis stehend, Louis Althusser zu nennen, der den Terminus der »Ideologischen Staatsapparate« (ISA) prägte. Die ISA, die sich wiederum in religiöse (Kirchen), schulische (öffentliche, private) und kulturelle (Literatur, Sport) ISA scheiden lassen, ferner in die ISA der Interessenverbände (Gewerkschaften) und der Information (Presse), sind nicht Teil des repressiven Staatsapparates, sondern stellen eine Vielfalt von Ergänzungen desselben dar. Die Trennung in »öffentlich« und »privat« wird zunehmend aufgehoben, verliert also an Bedeutung: »Private Institutionen können durchaus als ideologische Staatsapparate »funktionieren«, wobei man heute beispielshalber an die Amadeu-Antonio-Stiftung denken könnte, die im Kampf gegen rechts eine entsprechende Rolle als ISA einnimmt. Während nun der repressive Staatsapparat seine Ziele mit dem Rückgriff auf sein Gewaltmonopol durchsetze (was in der Coronakrise dann geschah, wenn es zu harten Handlungen gegen Maßnahmenskeptiker kam), würden die ISA »auf massive Weise in erster Linie durch den Rückgriff auf Ideologie funktionieren, auch wenn sie« – gerade dies wird im Coronakontext, speziell in bezug auf Impfkampagnen und ähnliches, relevant – »in zweiter Linie durch den Rückgriff auf Repression arbeiten, auch wenn diese im Grenzfall [...] in einer sehr abgemilderten, versteckten, ja sogar bloß symbolischen Gestalt auftritt«. Eben dies vollzieht sich im Kampf gegen rechts im allgemeinen wie im eingegliederten Kampf gegen Coronamaßnahmenkritiker im besonderen: Die herrschende Ideologie samt ihren Verästelungen kann nicht »von oben«, *par ordre du mufti*, als Richtschnur erfolgreich durchgegeben werden, »sondern nur durch die Installierung von ISA, in welchen diese Ideologie realisiert ist und sich weiterhin realisiert«. Dieser Mechanismus prägt nicht nur die allgemeine bundesdeutsche Situation der letzten Jahrzehnte, sondern ganz konkret die Setzung der bis dato kaum angefochtenen Corona-»Narrative« seit März 2020. Eine »ganzheitliche« metapolitische Positionierung kann aus diesem Grund die tragende Rolle der ISA bei der Gesellschaftsprägung ebensowenig ausklammern wie eine Analyse der offiziellen Programmatik. Diese wird neuerdings unter dem Label »Great Reset« zu fassen versucht, in dem der Kampf gegen rechts insofern wirksam in Erscheinung tritt, als daß ja jedwede Kritik an selbigem Phänomenbereich als »rechts« denunziert bis kriminalisiert wird.

Mit dem »Great Reset« verbindet man dabei im deutschen Sprachraum Begriffe wie »Großer Neustart« oder »Großer Neuanfang«. Es ist ein vages Konzept, »mit dem die Herrschaft bestrebt ist, nach der Corona-Krise die »neue Normalität« zu organisieren und »Vertrauen wiederherzustellen«, wie der Philosoph Martin Stobbe in der Zeitschrift *Bahamas* zusammenfaßt. In den Worten Ursula von der Leyens, Präsidentin der Europäischen Kommission, ist Corona »ein großer Beschleuniger der Veränderung, sei es in bezug auf Klima, Digitalisierung, Geopolitik natürlich, aber auch die Wirtschaft«. Die »Transformation unserer Gesellschaften«, so setzt sie eine Rede vor dem World Economic Forum (WEF; Weltwirtschaftsforum) fort, werde »täglich schneller«, worin sie ebenso eine »Chance« wie eine »Notwendigkeit« sehe. Zieht man die üblichen Politikerfloskeln ab, erhält man den Eindruck, daß es um eine Neujustierung wesentlicher Politikfelder gehe, nicht um einen planmäßigen Umbau der Weltinnenpolitik. Und tatsächlich ist Abstand zu nehmen vom Überzeichnen der Dinge im Hinblick auf den »Great Reset«. »Wenn eine Krise zuschlägt, ordnet sich der Kapitalismus gewöhnlich neu«, schreibt der am King's College London lehrende Nick Srnicek mit Recht. Das erweist sich auch bezüglich des »Great Reset« als eine Konstante der jüngeren Geschichte. Die Karten werden in einer Krise neu gemischt, verschiedene Leitakteure der nationalen und der globalen Politik versuchen sich daran, ihre Vorstellungen der Zukunft einzubringen

»Nichts wird je wieder zu dem kaputten Gefühl von Normalität zurückkehren, das vor der Krise geherrscht hat, weil die Coronavirus-Pandemie einen fundamentalen Wendepunkt in unserer globalen Entwicklung markiert. Manche Analysten nennen es eine Weggabelung, andere eine Krise biblischen Ausmaßes, aber im Kern läuft es darauf hinaus, daß es die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten von 2020 kannten, nicht mehr gibt. Sie hat sich im Kontext der Pandemie aufgelöst.«

Klaus Schwab und Thierry Malleret, zit. n. Klaus-Rüdiger Mai.



© filmkunstkollektiv

und damit die Geschehnisse stärker als ohnehin zu beeinflussen, indem reale Prozesse (Digitalisierung, Klimapolitik, Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität etc.) intensiviert werden.

Diese implizite Absage an den »Great Reset« als Verschwörungspraxis bedeutet keineswegs, die problematische Essenz der großen Transformation der Weltwirtschaft und -politik mit unmittelbaren Aus- und Wechselwirkungen auf die deutsche Innenpolitik zu negieren. Klaus Schwab, WEF-Motor und Vordenker eines liberalen »Globalismus«, schreibt mit seinem Co-Autor im Thesenbuch *Covid-19. Der große Umbruch* folgendes: »Viele von uns fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren. Die kurze Antwort ist: nie.« Nun hat Schwab polarisieren wollen – aber der Kern der Aussage bleibt: Es soll kein »Zurück« geben, die (bereits länger in Gang gesetzte) Transformation der Wirtschafts- und Lebensweise wird forciert. Schwab ist als Gründer des »Young Global Leaders«-Programms, das nicht nur die Grünen-Chefin Annalena Baerbock durchlief, einer der Hauptakteure des durch die »Pandemie« neuen Auftrieb (aber auch: neuen Widerstand) erfahrenden Globalismus, wenngleich ohne formalen Rang eines nationalstaatlichen Ministers, Kommissionspräsidenten oder ähnliches. Aber ist das in Zeiten der Netzwerkmacht überhaupt noch notwendig? Niall Ferguson wies schon »vor Corona« auf neue Formen der Machtpolitik hin, die sich aus dem »Verschmelzen« bisheriger Netzwerke und Allianzen ergeben; ihr »Machtpotential« könnte »noch größer sein als das der totalitären Staaten des letzten Jahrhunderts«, so der britische Historiker.

Auf eine dezidiert ökonomische Gefahr im Kontext des großen Umbruchs verweist derweil der Ökonom Max Otte. Er begreift den »Great Reset« als »großen Neustart unseres Systems«, weil man seitens der herrschenden Klasse das Virus als Chance wahrgenommen habe, ihre ohnehin favorisierten Maßnahmen in Gang zu setzen. Otte nennt unter anderem »Konzentrationstendenzen« des Kapitals, die Entwicklung hin zum »essentiellen Minimum des selbständigen Mittelstands« und das »Deskilling« als Bausteine des »Great Resets«. Unter Deskilling versteht er, daß den Menschen die Selbständigkeit ihrer Lebensgestaltung genommen werde. Davon profitieren die obersten Schichten und ihre politisch handelnden Kooperationspartner.

Das, was man mit dem Projektnamen »Great Reset« beschreiben könnte, hat also eine *politische* (Netzwerkmacht, Zusammengehen nicht-staatlicher Akteure mit Staatsverantwortlichen, Machtkonzentration an der Spitze usw.) und eine *ökonomische* (Kapitalkonzentration bei digitalen Playern, Verschwinden des Mittelstandes, neuinstallierte Abhängigkeitsverhältnisse usw.) Hauptkomponente. Man kann auf Entwicklungen aufbauen, die vor Corona in Gang gesetzt wurden, sieht durch das Virus indes die Gelegenheit, schneller zum Ziel zu gelangen. Die politischen Publizisten

*Großdemo gegen Corona-
maßnahmen: Querdenken
in Berlin am 18. November
2020.*



© filmkunstkollektiv

*Großdemo gegen Corona-
maßnahmen: Querdenken
in Berlin am 18. Novem-
ber 2020.*

Erik Ahrens und Bruno Wolters erfassen demzufolge den »Great Reset« nicht als Planspiel und ebensowenig als ideologische Projektion, sondern als »aktuellste Zuspitzung der anhaltenden neoliberal-globalistischen Transformation« der Staaten- und Wirtschaftswelt. Hierfür setze man seitens der globalistischen Eliten auf eine forcierte »Homogenisierung der Märkte« bei kultureller *und* machtpolitischer Durchdringung der Gesellschaften mit den (wirtschaftlichen, politischen, gesundheitsbezogenen, kulturellen etc.) »Narrativen« der Herrschenden. Der »Great Reset« sei somit als ein »anlaßbezogener Versuch« zusammenzufassen, »die politisch-ökonomische Ordnung des Globalismus unumkehrbar und krisenfest« abzusichern, was plastisch bedeute: »Vorangetriebene Auflösung der Nationalstaaten und ihrer historischen Staatsvölker, beschleunigte Partikularisierung ihrer Gesellschaften [...] – kurz: Zuspitzung aller politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Tendenzen der letzten Jahrzehnte.«

Anstatt also den »Great Reset« als Verschwörungstheorie (und -praxis) einer mal klandestin, mal offen agierenden, WEF-gestützten Elite zu denunzieren und damit das Feld politischer Lageanalyse zugunsten einer personalisiert-verkürzten Schmähkritik (gegen Schwab, Soros und Co.) zu verlassen, müssen die real existierenden, Corona-übergreifenden Prozesse beschrieben und kritisiert werden, »die in eine Art ›neofeudale Gesellschaftsordnung« (Joel Kotkin) münden«, wie der Journalist Björn Harms postulierte: »Big Tech beherrscht die Kommunikations- und Distributionskanäle, Staaten werden zum Handlanger eines ›woken«, datenbasierten Überwachungssystems. Die kulturelle Linke dient als Schutzschild vor einer entwürdigten und verarmenden einheimischen Mittelschicht«, was einmal mehr deutlich macht, daß aus dieser politischen Richtung kein Widerstand gegen das falsche Ganze zu erwarten ist, während man sogar das schmutzige Geschäft für die Herrschenden übernimmt – den Kampf gegen rechts, digital wie analog.

Diese skizzierten Entwicklungen sind problematisch; ob sie neuerdings mit dem Etikett »Great Reset« belegt werden oder mit einem anderen Begriff, ist für ihre faktische Wirkung nachrangig. Entscheidend sowohl für die politisch-theoretische als auch politisch-praktische Arbeit im hiesigen Kontext ist, daß kein »Plan« greift, der chronologisch durchgeführt wird, sondern daß ohnehin wirkende Zeittendenzen auf bewußte Entscheidungen treffen, die konkret gesetzt werden. Einmal mehr gilt an dieser Stelle jenes Diktum Bernd Stegemanns, wonach »es keine alternativlosen Entscheidungen geben kann, da alle Entscheidungen von Menschen getroffen werden und darum auch anders zu treffen gewesen wären« – die wohl entscheidende Quintessenz der bisherigen Coronakrise. Daß in ihr einzig und allein die politische Rechte und das, was ihr zugeordnet wird, bekämpft

»Es geht im wesentlichen darum, die politische Forcierung der sogenannten Vierten Industriellen Revolution (Automatisierung und Digitalisierung) und wirtschaftspolitisches Krisenmanagement (zentralbankfinanzierte staatliche Geldspritzen und Flexibilisierung der Produktion) auf globaler Ebene zu institutionalisieren und zugleich künftigen Produktionskrisen vorzubeugen.«

Erik Ahrens, Bruno
Wolters: *Postliberal*,
S. 88.

werden, erscheint durchaus folgerichtig: Da es jede andere Form der Politik »schon lange aufgegeben hat, eine Gegenkraft wider die Großinteressen der Kartellkonzerne« und ihrer staatlichen Partner darzustellen, die sich qua Coronakrise das Gelände, das sie bereits besetzten, um so fester sicherten, bleibt zwangsläufig nur die Rechte als Aufhalter und Gegenspieler der hegemonialen Zeittendenz an sich, während die Mehrheitslinke im Einklang mit der großen Zeittendenz an kleineren Stellschrauben dreht, obwohl objektiv auch linke Politik wider den »Great Reset« vertretbar wäre. Der Deutsche Markus Vahlefeld legt in diesem Kontext auch die Dimension der Coronazeit, die alte Dichotomien zersetzt, offen. Es gehe, konkludiert der Autor des Blogs »Achse des Guten«, »schon lange nicht mehr um links und rechts, sondern nur noch um Heiligtümer, die dem Ausverkauf entzogen oder eben die im Mahlstrom des wirtschaftlichen Geschehens aufgelöst werden sollen. Bindung, Bildung, Gesundheit, Alter, Geburt und Tod, am Ende auch Politik, die Nation und Heimat«. Dies konnte man bereits bei einer früheren Krise – der Migrationskrise – erkennen, »als 2015/16 zwei Millionen Menschen nach Deutschland eindrangen, um, wie es allenthalben hieß, »die Rente sicher zu machen«. Nach Ansicht Vahlefelds entspreche dies der Agenda eines »Neoliberalismus, der mit den Chicago-Boys, die unter Pinochet das gesamte Sozialsystem Chiles in den Ruin trieben, weder das pomadige Aussehen noch die direkte Renditeerwartung gemein hat, jedoch demselben zynischen Kalkül entspringt: Gewachsenes kurz und klein zu hauen, um es bindungslos, käuflich und für Rendite verfügbar zu machen«.

Zu korrigieren wäre bei dieser konzisen Beurteilung lediglich, daß man hier nicht länger »Neoliberalismus« im klassischen Sinne wahrnehmen kann, sondern sein explizites *Folgeprodukt*: einen digitalkapitalistisch überwölbten Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap), der von den Füßen auf den Kopf gestellt wird, bei dem also nicht dem Staat die Autonomie des Handelns obliegt, sondern in dem er usurpiertes Ausführungsorgan insbesondere digitaler Riesen proprietärer Märkte ist. Dieser »privatisierte Merkantilismus der Digitalkonzerne«, der erwiesenermaßen größten Coronanutznießer, erfordert, wie Philipp Staab bemerkt, neue Allianzen, deren Entstehen »der Kontingenz der Geschichte überlassen« ist. Doch anders, als der Berliner Arbeitssoziologe Goutieren dürfte, müssen dies unterschiedliche Kräfte aus verschiedenen politischen Spektren unter einer Art Richtlinienkompetenz der alternativen Rechten sein, die einen neuen historischen Block bilden.

Dieser Block umfaßt weite Teile der just im Kampf gegen rechts gemeinsam bedrohten Akteursgruppen; er kann auch konstruktive »Querdenker«, vernunftorientierte Minderheitslinke, kooperative Ökologen oder verschiedene Regionalisten umfassen, wenn sich auf ein gemeinsames Primärziel, die »Entglobalisierung als Ermächtigung des Lokalen und Nationalen« (Wolfgang Streeck), geeinigt werden kann. Hierzu gilt es, Schnittmengen auszuloten und angesichts der durch Corona noch dringlicher gewordenen Notwendigkeit antiglobalistischer Theorie und Praxis neue Wege zu gehen.

Dafür spricht auch eine weitere durch die Coronakrise bewirkte Entwicklung: Denn das Diktum Ernst Blochs, wonach der »Jahrmarkt der Zerstreuung« nicht nur »ablenkt«, sondern auch »betäubt«, besaß nur solange seine Richtigkeit, wie sich der einzelne Gesellschaftsangehörige in die Sicherheit der eigenen vier Wände flüchten konnte. In der (weiterhin andauernden) aktuellen Phase, in der das globalistisch orientierte Coronamaßnahmenregime in die unmittelbarsten Intimsphären (Impffragen et al.) eingreift, ist die privatistische Flucht in eine verkümmerte innere Emigration künftig unreal: Die Probleme werden frei Haus geliefert. Wo Flucht vor den Dingen *als solche* nicht mehr möglich scheint, bleibt nur die Flucht *nach vorn*: ins Politische, in Richtung eines »verantwortungsvollen Handelns« für Volk und Gemeinschaft, »denn unsere Zukunft hängt nur von uns selber ab«, wie die ungarische Historikerin Mária Schmidt bekräftigt. In diesem Sinne sollte der sich verstärkende Kampf gegen rechts als Teil des »Great Reset« ins Positive gewendet werden, indem die *gemeinsam* bekämpften Akteure Unterschiede hintanstellen und *Gemeinsames* betonen: Da der Verlauf von Krisen naturgemäß ergebnisoffen und entscheidungsabhängig bleibt, wären Rückzug und Depression der Eigenen die grundfalsche Antwort auf Vormarsch und Repression seitens der anderen. ■

»Die Marktreligiösen – Leute wie Friedrich August von Hayek, Karl Popper und Milton Friedman – waren davon überzeugt, daß der Markt von sich aus Fairneß und Gerechtigkeit schafft. Das tut er aber nicht. Der Markt fördert ein System, das dem Schnellen und Starken nützt. Wer das bejaht und zuläßt, wird Zustände bekommen, wie wir sie heute in den Vereinigten Staaten von Amerika und zunehmend auch in Deutschland haben. Wer will das schon? Leider wird die angelsächsische Doktrin, daß die Politik dem Markt folgen soll, immer seltener in Zweifel gezogen.«

Max Otte: *Die Krise hält sich nicht an Regeln*, München 2021, S. 171.

Literaturverweise:

Erik Ahrens, Bruno Wolters: *Postliberal. Ein Entwurf*, Schnellroda 2021;

Niall Ferguson: *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um globale Macht*, Berlin 2018;

Klaus-Rüdiger Mai: »Ein großes Mißverständnis«, in: *Tichys Einblick. Standpunkte zu Politik, Wirtschaft & Kultur* 2/2021, S. 40–43;

Oliver Nachtwey im Gespräch mit Barbara Weber: »Kommt zum Teil von links, geht aber eher nach rechts«, in *deutschlandfunk.de* v. 21. Januar 2021;

Max Otte im Gespräch mit Roland Tichy, in: *Tichys Einblick. Standpunkte zu Politik, Wirtschaft & Kultur* 2/2021, S. 50–54;

Mária Schmidt: »Europas Hybris«, in: Michel Onfray: *Theorie der Diktatur*, Dresden 2021, S. 7–17;

Nick Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, Hamburg 2018;

Philipp Staab: *Digitaler Kapitalismus*, Berlin 2020;

Bernd Stegemann: *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde*, Stuttgart 2021;

Martin Stobbe: »Woke Supremacy«, in: *Bahamas* 86 (Winter 2020/21), S. 36–41;

Wolfgang Streeck: *Zwischen Globalismus und Demokratie*, Berlin 2021.



Das Erbgut im Rampenlicht

von August Nagel

Am 21. Mai dieses Jahres feierte das Theaterstück *Die Laborantin* der englischen Bühnenschriftstellerin Ella Road seine deutschsprachige Erstaufführung im Staatsschauspiel Dresden. Der Programmhinweis versprach den Zuschauern, die achtsam vom heimischen Sofa aus die Aufführung digital mitverfolgten, schwierigen Stoff: »In einem optimierten Gesellschaftssystem funktioniert Gesundheit ganz einfach – sie wird gesteuert. Bluttests geben Auskunft über erbliche Belastungen, Herzinfarkttrisiken und genetische Potentiale. Wer einen niedrigen Wert hat, darf nicht studieren, keine angesehene Arbeit annehmen und wird im Notfall nicht reanimiert. Damit gesunde Eltern gesunde Kinder bekommen, werden Partnerschaften auf der Grundlage von Blutwerten vorgeschlagen.«

Das Stück handelt also von einer Zukunftsgesellschaft, in der alle Fragen des persönlichen Lebens vom übermächtigen Staat auf Basis gesundheitlicher Daten entschieden werden. Diese Daten entstammen dem Genom und werden aus der DNS einer Blutprobe abgelesen. »Was wäre, wenn wir in unserem Blut mit absoluter Sicherheit ›lesen‹ könnten, welche Krankheiten wir erleiden und wie lange wir noch leben werden? Welche kommerziellen Begehrlichkeiten würde so ein Wissen wecken?« Es ist die Dramaturgin Kerstin Behrens, die im Gespräch mit Adrian Figueroa, dem Regisseur der deutschsprachigen Erstaufführung, für die Website des Staatsschauspiels Dresden solche Fragen stellt. Die Formulierung im Konjunktiv – »wenn wir in unserem Blut mit absoluter Sicherheit ›lesen‹ könnten« – rückt die Geschichte in den Raum phantastischer Dystopien. Im Verlauf des Interviews wird indes klar, daß die Inspiration für das Theaterstück die realpolitische Ankündigung war, im englischen Gesundheitswesen in Zukunft auf Erkenntnisse der Gentechnik zurückzugreifen. 2017 hatte die oberste Beamtin des nationalen, zentral organisierten Gesundheitsservice (NHS) dafür plädiert, DNS-Tests ebenso routiniert einzusetzen wie Blut- und Urintests, um Erkrankungen effektiv vorbeugen zu können. Allein die unwissenschaftliche Aussage, Voraussagen »mit absoluter Sicherheit« machen zu können, ist eine Übertreibung und ein typischer Strohhalm.

Warum aber unser Erbgut gerade jetzt auf deutschen Bühnen thematisiert wird, läßt sich erahnen: Corona läßt Fragen zu, die zuvor nicht gestellt wurden, und der medizinische Kampf gegen diese vermeintlich tödliche Gefahr hat dem technokratischen Treiben in der Medizin Tür und Tor geöffnet. Das Thema Genetik ist uns also plötzlich auf den Leib gerückt. Figueroa wirft wichtige Fragen auf – gerade im Hinblick auf die jüngsten gentechnisch-medizinischen Anwendungen. Er tut das möglicherweise, ohne sich des Ausmaßes selbst bewußt zu sein: Die sogenannte Covid-Impfung, die eigentlich eine neuartige Genterapie darstellt, beschreitet bereits Pfade, welche in Deutschland bisher gemeinhin kritisch gesehen und

»Jeder von uns will gesund bleiben, die meisten wollen deshalb die Covid-Impfung so schnell wie möglich, und wohl jeder würde, wenn er Krebs hat, so schnell wie möglich durch *genome editing* und CRISPR geheilt werden wollen. Generell ist es ein sehr schmaler Grat zwischen der Forderung, die Möglichkeiten der modernen Medizin zugunsten der Patienten voll auszuschöpfen, und dem Versuch, Gott zu spielen.«

Theaterregisseur Adrian Figueroa im Interview für das Staatsschauspiel Dresden.

mit »Gott spielen« assoziiert wurden. Fachbegriffe wie *genome editing* und CRISPR (*clustered regular interspaced short palindromic repeat*) beschreiben Prozeduren, die weit über das Auslesen des Erbgutes hinausgehen. Es sind Verfahren, mittels derer DNS in Körperzellen und sogar Keimzellen manipuliert werden kann.

Davor, daß es alsbald um mehr gehen könnte als um die Möglichkeiten konkreter medizinischer Eingriffe, warnt die Dramaturgin Kerstin Behrens, die im selben Interview folgendes sagt: »In der *Laborantin* gibt es die Grundannahme: Ich untersuche dein Blut und sage dir genau voraus, wann du woran erkranken wirst. Die DNA als Schicksalsmacht zwingt dich in ein Rating, das dann wiederum darüber entscheidet, welchen Job du bekommst, welche Partner dich wählen, ob du arm oder reich sein wirst. Damit ist nicht nur die Zukunft schicksalsschwer, sondern auch die Gegenwart chancenlos. Entkommen? Fast unmöglich!« Damit sind wir nicht mehr nur im Bereich der Medizinethik, sondern sprechen über Kernfragen unserer Existenz: Wie stark bestimmt unser Erbgut unser Leben als einzelner und das unserer Gesellschaft, und wie gehen wir damit um?

Die Laborantin ist nicht der erste fiktive Stoff, der solche Fragen behandelt. Ein verwandtes Szenario zeichnete bereits der 1997 erschienene Film *Gattaca*: In einer nahen Zukunft werden Menschen fast nur noch künstlich erzeugt und direkt nach Geburt hinsichtlich ihrer genetisch veranlagten Stärken bewertet. Nun führt in *Gattaca* das Präimplantationscreening zur Selektion und Gentechnik direkt zur Diskriminierung. Der Protagonist der Geschichte, Vincent, wird wie folgt bewertet: neurologischer Zustand: 60 Prozent; Wahrscheinlichkeit einer manischen Depression: 42 Prozent; Wahrscheinlichkeit einer Herzerkrankung: 99 Prozent; Lebenserwartung: 30,2 Jahre. In dieser schönen neuen Welt wird Vincent als »invalid« bezeichnet, als ein Mensch zweiter Klasse. Er hätte eigentlich gar nicht geboren werden dürfen. Jede Chance, seine Träume zu erfüllen, wird ihm (künstlich) verwehrt. Doch unser Held widersetzt sich: »Schließlich gibt es kein Gen für das Schicksal«, sagt er und behält im Film recht damit – allerdings auf Grundlage einer falschen Prämisse. Vincent, der sich als Jerome ausgibt, hat einen Computercode fehlerfrei programmiert: »nicht einen Fehler in einer Million Tastenanschläge«. Trotz seiner unterdurchschnittlichen Werte für Intelligenz schafft er mit bloßem Willen den Aufstieg zum genialen Wissenschaftler und Astronauten. Vincent kann sich im Laufe der Filmhandlung als Jerome ausgeben, der den Intelligenzquotienten eines Genies hat.

Daß so etwas möglich sein soll, ist reines Wunschdenken. In *Gattaca* wird damit der Eindruck erweckt, als wären allgemeine kognitive Fähigkeiten nicht im geringsten von Genetik beeinflusst. Die Bewertung des Genoms wäre ein nicht ernstzunehmender Spuk. Die Message von *Gattaca* ist klar: Nicht unsere Gene bestimmen unser Leben. Am Ende des Tages kann jeder alles schaffen. *Die Laborantin* zeichnet ein komplexeres Szenario als *Gattaca*: Die Hauptfigur Bea ist Teil einer Gesellschaft, welche uns auf unsere Gene reduzieren will. Im Angesicht ihres neugeborenen Kindes hält Bea einen Augenblick inne und verwehrt sich dem System aus Liebe zu ihrem Kind. Es bleibt offen, ob sie dies nur für einen Moment tut oder ob die Realität sie wieder einholen wird. Die Botschaft lautet: Wir stehen an einem Scheideweg. Nicht allein Gene bestimmen das Schicksal, sondern auch wir selbst. Die Wirkmächtigkeit der Gene steht außer Frage, aber die Kälte und die Grausamkeit einer bornierten Gesellschaft, welche Menschen materialistisch auf Zahlen, Prognosen und Wahrscheinlichkeiten reduziert, werden aufgezeigt. Die Protagonistin kennt die Relevanz der Gene und ihre Bedeutung für eine Gesellschaft, der sie angehören will. Ist Aussteigen eine Option? Das Stück endet mit dem Wegsehen, also damit, der Konfrontation mit der Realität auszuweichen, sich zu entziehen, möglicherweise nur kurzzeitig.

1997 hoffte mancher wohl noch, die Genforschung würde eines Tages bestätigen, daß der IQ nicht genetisch bedingt sei. Man täuschte sich gewaltig. Heute weiß man: Intelligenz ist eines der am stärksten erblichen psychologischen Merkmale überhaupt. Das Genom wie ein »Buch des Lebens« lesen zu wollen (wie es die britische Chief Medical Officer Sally Davies 2017 vorschlug) setzt die Bedeutung der DNS für die Ausprägung menschlicher Eigenschaften voraus. Was kann man also realistischerweise aus dem Genom herauslesen?

Die Erbllichkeit von Eigenschaften ist quantifizierbar. Alle bekannten Merkmale sind stark abhängig von Genen. Im Durchschnitt sind etwa 50 Prozent der Varianz, also der Unterschiede bezüglich eines Merkmals (in vergleichbarer westlicher Umwelt), genetisch bedingt. Sogenannte *genome-wide association studies* (GWAS) untersuchen, welche Genetik einem bestimmten Merkmal zugrunde liegt. Komplexe Merkmale werden in der Regel additiv von vielen Genen mit jeweils kleinem einzelnen Effekt beeinflusst. Mehr als 1000 Gene wirken beispielsweise bei kognitiven Fähigkeiten zusammen. Mittels GWAS wird nun identifiziert, welche Varianten im Genom mit welchen Ausprägungen assoziiert sind. Die Studien erlauben schließlich quantifizierende Prognosen (*polygene indices*) darüber, welche Krankheiten einen Menschen wahrscheinlich heimsuchen werden und welche Eigenschaften er vermutlich haben wird.

2001 kostete die Vollsequenzierung eines gesamten menschlichen Genoms noch 100 Millionen Dollar. Heute (Stand: Februar 2021) beziffert China die Kosten mit etwa 100 Dollar. In China werden derzeit angeblich 70 Millionen Chinesen voll sequenziert. Durch die stetige Kostensenkung einer DNS-Sequenzierung gewinnen GWAS in den letzten Jahren zunehmend an statistischem Gewicht und Voraussagekraft. Die Möglichkeit und die Genauigkeit, allein anhand der DNS einem Menschen Eigenschaften zuschreiben zu können, hängen direkt mit der Datenmenge bereits sequenzierter, ausgelesener und ausgewerteter individueller DNS und der Zuordenbarkeit von Merkmalen und Eigenschaften eines Individuums zusammen. Das bedeutet: Wer (wie Google) auf Millionen Benutzerprofile zurückgreifen und die dazugehörige DNS analysieren könnte, wäre optimal ausgerüstet, die DNS eines Individuums »lesen« zu lernen. Schon heute kann man allein auf Grundlage des Genoms Merkmale einer Person abschätzen. Dieses »Abschätzen« muß, wie es wissenschaftlicher Standard ist, als Wahrscheinlichkeit ausgedrückt und verstanden werden. Die immer größere Zahl vorhandener Datensätze, die für GWAS genutzt werden können, erlaubt mittlerweile auch Prognosen komplexer Eigenschaften. Neben der Möglichkeit, individuelle genetische Dispositionen oder Prädispositionen für Krankheiten zu benennen, gewinnt also auch die Bestimmung komplexer Charakteristika wie Körpergröße, Temperament und Intelligenz zunehmend an Bedeutung. Seit der Vollsequenzierung des menschlichen Genoms vor 20 Jahren wurden derartig revolutionäre Fortschritte gemacht, daß es tatsächlich möglich ist, aus den Genen z. B. Herkunft, Krankheiten, Merkmale und komplexe Eigenschaften in gewissem Rahmen vorauszusagen – ganz ähnlich wie in *Gattaca* dargestellt.

Wer weiß in Europa von solchen Entwicklungen? Warum werden in den Medien die Zusammenhänge nicht diskutiert? Aktuelle Forschungsergebnisse widersprechen gleich zwei großen ideologischen Lügen der Gegenwart: dem »Jeder kann alles schaffen« der Liberalen und dem »Alle sind gleich« der Linken. Die links-liberalen Dogmen enthüllen Wunschenken, da in Wirklichkeit die angeborene Genetik unsere Möglichkeiten beschränkt. Die utopischen Ideale werden aber vom Mainstream wie ein Mantra wiederholt: Sie scheinen moralisch alternativlos zu sein und einen gesellschaftlichen Konsens abzubilden. Unter diesem Licht betrachtet, ist *Die Laborantin* Teil der Propaganda des links-liberalen Mainstreams: Wer die Wirkmächtigkeit der Gene akzeptiere, gerate in einen materialistisch-technischen Sog und unterliege unausweichlich der Versuchung, dieses Wissen kommerziell auszuschlachten. Mittels Übertreibung und der Illustration eines scheinbar alternativlosen Schreckensszenariums werden relativ stimmige Aussagen mit abgeräumt. Dabei ist es eigentlich ganz naheliegend, daß Intelligenz auch oder sogar vor allem vererbt wird (und nichts anderes bedeutet es, zu sagen, Intelligenz ist »genetisch veranlagt«). Große Eltern kriegen im Schnitt größere Kinder als kleine Eltern; blonde Eltern kriegen regelmäßig blonde Kinder. Dasselbe gilt für Persönlichkeitsmerkmale und eben auch für die Intelligenz. Ein großer Teil unseres Genoms ist für unser Gehirn verantwortlich, und die Eigenschaften unseres Gehirns werden genauso vererbt wie die restlichen Eigenschaften unseres Körpers auch.

Wann und warum ging unser intuitives und unaufgeregtes Verständnis für solche Zusammenhänge verloren, wann unsere Fähigkeit, mit solchen Ungleichheiten leben zu können? Was ist so unerträglich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen, daß sie verleugnet werden müssen? Nicht allein Links-Liberale sind abgestoßen, weil sie ihre politische Agenda in

Im israelischen Gesellschaftssystem wird Gesundheit bereits stark gesteuert. Bluttests geben Auskunft über erbliche Belastungen und genetische Potentiale. Damit gesunde Eltern gesunde Kinder bekommen, werden Partnerschaften auf der Grundlage von Blutwerten hinterfragt. Hintergrund ist, daß unter aschkenasischen Juden Erbkrankheiten, wie beispielsweise die zystische Fibrose, häufig auftreten. In Israel gibt es daher seit 1999 ein Screening-Programm. Kinder, die die Anlage für diese und andere Krankheiten tragen, werden meist abgetrieben. Da ultraorthodoxe Juden Abtreibung ablehnen, gibt es die Behörde »Dor Yeshorim«, die genetische Daten sammelt. Sind beide potentiellen Ehepartner Überträger, wird von der Heirat abgeraten.

Frage gestellt sehen. Die in *Gattaca* dargestellte Gesellschaft ist ja in der Tat grausam, steril und behandelt Gene als determinativ. Kaum ein ernstzunehmender Wissenschaftler würde aber so weit gehen, die biologischen Entwicklungsprozesse nach genetischem Bauplan als deterministisch zu beschreiben. Eineiige Zwillinge teilen ja dieselbe DNS, sind jedoch nicht identisch. Winzige zufällige Störungen (welche Ingenieure *noise* nennen) beeinflussen den Aufbau eines Organismus, auch wenn es sonst streng nach genetischem Bauplan zugeht. Einige Wissenschaftler verwendet das Wort »probabilistisch«, um die Auswirkung unseres Genoms auf unser Schicksal zu beschreiben, und kontrastieren dies bewußt mit »deterministisch«. Die meisten Forscher machen schlicht keine Aussage zum Spielraum für Eigenwillen oder das Wirken Gottes, weil es die Wissenschaftlichkeit überschreitet.

Die *Laborantin* jedenfalls unterstützt die Politik des Wegsehens und reproduziert implizit das Mantra des Mainstreams. Die Unmöglichkeit, dem Thema »Bedeutung der Gene« weiter auszuweichen, wird immer sichtbar, weil diverse Anwendungen gentechnischer Forschung zunehmend in unser Leben hineinwirken. Spätestens seit »Corona« kennt jeder die Bedeutung der mRNA (Boten-RNS) zur Bildung von (Spike-)Proteinen, seit dem Unternehmen 23andMe kennt man die Bedeutung der DNS für die individuelle Abstammung.

Einen großen Erfolg feierte die genetische Forensik bei der Ergreifung des »Golden State Killers«. Dieser hatte in den 1970er Jahren zahlreiche Frauen vergewaltigt und ermordet. Über DNS-Spuren ist es heute quasi möglich, ein digitales Phantombild zu erstellen. Alter, Geschlecht, Größe, Haar- und Augenfarbe sowie die biogeographische Herkunft lassen sich anhand der DNS eingrenzen. (Schließlich ließ sich ein entfernter Cousin des Mörders in einer Datenbank aufspüren.) Mit Gentechnik kann man heute den Grünen Star heilen. Ein durch CRISPR/Cas verändertes Protein setzt den Augeninnendruck herab. Im Zuge von In-vitro-Fertilisation wird unter verschiedenen Embryonen das jeweils »beste« ausgewählt und implantiert. Soll das Kind gesunder, größer, klüger sein? Die moderne Technik ist auf dem besten Wege, vieles möglich zu machen – medizinische und technische Anwendungen nutzen die Wirkmächtigkeit der Gene und schaffen Fakten.

Ein Beispiel dafür, was machbar ist, stellt die Empfehlung der Berater Boris Johnsons dar: Andrew Sabisky (mußte 2020 zurücktreten) und Dominic Cummings (schied im November 2020 aus) schlugen unter anderem vor, die Kosten für Embryonenselektion von der staatlichen Krankenkasse NHS (National Health Service) übernehmen zu lassen. Die Welteliten würden diese technischen Möglichkeiten ohnehin bereits nutzen, und ohne Unterstützung durch den NHS könnte die Menschheit irreversibel in eine Zweiklassengesellschaft abdriften, so die Berater.

Angesichts der Faktenlage kann auch die Dramaturgin in Dresden nicht anderes, als angebotene genetische Unterschiede und neue technische Möglichkeiten anzuerkennen. Ist sie damit Vorreiter? Sind wir jetzt, ohne je eine kritische öffentliche Debatte geführt zu haben über die Bedeutung der Gene, die technischen Möglichkeiten, sie zu manipulieren, und die Entscheidung, wie wir eigentlich leben wollen, in eine Zeit der gentechnischen Anwendungen gerutscht? Haben diejenigen, die damit arbeiten und wirtschaften, die Bedeutung der Gene nicht schon längst verstanden und damit begonnen, ihr Wissen einzusetzen? Wie wird es sich auf unsere Gesellschaft auswirken, wenn Eltern zukünftig basteln dürfen?

Die Spitze der Hybris sind die Bestrebungen eines Klaus Schwab. Anscheinend glauben Vertreter dieser globalen Eliten, die Welt besser machen zu können als die Evolution oder Gott. Wenn der von Klaus Schwab vorgesehene »Great Reset« kommt, stehen wir in seinen Worten vor dem Ausbau »digitaler Produktionstechnologien zur automatisierten Interaktion mit der biologischen Welt: Ingenieure experimentieren mit synthetischer Biologie, um eine Symbiose zwischen Mikroorganismen, unseren Körpern, den Produkten, die wir konsumieren, und selbst den Gebäuden, in denen wir wohnen, zu erzielen.«

Und so hilft letztendlich die linke und grüne Politik der Ignoranz den globalen Eliten, ihr eigentliches Ziel der Umverteilung zu erreichen. Das weltweite Eigentum soll sich in den Händen einiger weniger Konzerne konzentrieren. Eine deutsche Mittelschicht, Antipode und Ärgernis dieser Globalisten, wird es dann nicht mehr geben. Störende Nationalstaaten, die

»Einerseits könnte uns diese Forschung zukünftig in die Lage versetzen, Krankheiten komplett auszuschließen. Einige Corona-Impfstoffe wurden auch anhand von einer Gen-Editing-Technik entworfen, sie ist gerade unsere größte Unterstützung im Kampf gegen das Virus. Die ganze Welt feiert, daß wir so etwas hinbekommen haben. So leicht ist Genomforschung nicht zu verteuern, alle wollen leben und streben nach Unsterblichkeit. Andererseits könnten wir damit aber auch Bereiche außerhalb der Gesundheit beeinflussen, unser Aussehen, unseren Körperbau, unsere Intellektualität. Wann beginnen wir, einen Menschen zu designen, nach seinen Wünschen zu kreieren? Es ist ein ambivalentes Thema, das uns schon bald beschäftigen wird.«

Behrens im Interview mit Figuroa.

diese bürgerliche Mittelschicht zu schützen wußten, werden nur noch auf dem Papier bestehen. Destabilisierende Migration wird befördert. So entsteht auf lange Sicht der leicht zu beherrschende Einheitsmensch.

Das immerhin bringt die Theaterleute in Dresden ins Grübeln: »Grundsätzlich ist zu fragen, was passiert, wenn sich der Staat immer mehr zurückzieht und nur noch private Unternehmen gegeneinander konkurrieren und damit unser Leben bestimmen, weil es keine andere Kontrolle gibt.« Selbst sie kommen also zum Schluß, daß man einen starken Staat gegen die globalen Eliten in Stellung bringen müßte. Dies kennzeichnet auch die Position der politischen Rechten: die Forderung nach einem starken, wehrhaften Nationalstaat zum Schutz vor der sanft anmutenden, tatsächlich aber knallharten und ausweglosen Übergriffigkeit der großen (Gott-)Spieler. Daß sich dieser Staat heute mit Vehemenz genau gegen seine Befürworter wendet, ist reine Ironie und deutet auf die Achillesferse machtvoller Strukturen hin, die ein Eigenleben entwickeln, wenn es an regelmäßiger Eindämmung mangelt. Aus biologischer Sicht würde eine subsidiär organisierte Gesellschaftsstruktur sinnvoll erscheinen – zur Einhegung totalitärer Entwicklungen.

Die Laborantin handelt also nicht von der Zukunft. Das Stück ist vielmehr ein Hinweis. Worauf? Weil es die Zuschauer überrascht und schockiert, verweist es darauf, wie gründlich die Wissenschaft und ihre folgenschwere Entwicklung aus der allgemeinen Wahrnehmung herausgehalten werden können. Ein globaler medizinisch-industrieller Komplex bugsiert uns auch in höchstpersönlichen Fragen des Lebens auf gewünschte Pfade. Er ist übermächtig und hat die Staaten längst im Griff. Die Basis dieser ungeheuren Macht sind personenbezogene Daten (wie sie Google und Amazon zur Verfügung stehen) und ebenjene Daten, die aus der DNS einer Blutprobe abgelesen werden können.

Was tun? Wie immer sind wir zugleich bescheiden, voller Skrupel und hilflos. Grundlage eines jeden Gegenentwurfs wäre nämlich die Akzeptanz der Natur und der Biologie des Menschen. Daraus ergäben sich ganz andere, uralte Möglichkeiten. Sobald neben Selbstbehauptung eines Individuums auch seine Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft Bedeutung erhält, löst sich die brutale eindimensionale Bewertung eines Menschen nämlich auf. Die Chance ist groß, daß ein Mensch geschätzt und glücklich ist, an seinem Platz, in seiner Position in seiner Gemeinschaft, sofern er denn seine Stellung akzeptiert und dadurch sich selbst annimmt. Wie ein Baß sich nicht mit dem Solotenor vergleichen will und kann, muß nicht jeder der wirkmächtigste Unternehmer werden. Keiner kann alles sein. Dies liegt nicht am Mangel an Fleiß oder gutem Willen, sondern zu einem erheblichen Teil an der Natur, an den Genen, die einen Menschen verorten. Der einzelne ist damit Teil eines größeren Ganzen, und eben nicht unabhängig von seiner Gemeinschaft, Kultur, Sprache und Heimat.

Wo wird das Individuum durch sein Genom verortet? Idealerweise in einer Gesellschaft, die versteht, akzeptiert und trägt, was man ist – in einer Heimat, die den gegebenen Eigenschaften und Talenten entgegenkommt. Jene solidarische Gemeinschaft verzeiht, wenn man alters- oder krankheitsbedingt nicht mehr viel leisten kann – oder dies nie konnte. Diese Barmherzigkeit ist aber nicht selbstverständlich, sondern nur in wenigen Kulturen so realisiert. Denn selbstverständlich macht uns unsere DNS nicht mehr oder weniger wert – Wertzuschreibungen sind gesellschaftlich, und sie sind eine Frage der Ethik. Die traditionelle christliche Ethik etwa macht den Wert eines Individuums nicht davon abhängig, ob es besonders stark oder intelligent ist, sondern davon, ob es seinen rechten Platz in der sozialen Ordnung hat. Der körperlich Starke hat eine andere Aufgabe als der intelligente Denker oder die fürsorgliche Mutter, doch jeder von ihnen ist gleich wichtig, und jeder von ihnen besitzt einen intrinsischen Wert.

Wer sich als Teil eines größeren Ganzen versteht, kann auch aus Erfolgen der Gemeinschaft Bestätigung erfahren. Auf Grundlage der Anerkennung unserer Natur, des solidarischen Umgangs mit unseren individuellen Unterschieden und eines positiven Gefühls für Herkunft, Heimat und Zugehörigkeit können wir eine gute und lebenswerte Gesellschaft werden. Eingriffe in den genetischen Code Ungeborener aber, nach privaten oder staatlichen Präferenzen, bergen nicht nur die Gefahr, bewährte, jahrhundertalte Gleichgewichte zu zerstören, sondern auch, sich wie Gott zu fühlen. Bloß: Wen hätte dieser Vorbehalt je gestört? ■

Ökologie von rechts – ein Lagebericht

von Jonas Schick

Die Ökologie ist restlos besetztes Gelände. Zu dieser Einsicht muß derjenige gelangen, der sich sowohl die Wahlprogramme der etablierten Parteien zur anstehenden Bundestagswahl als auch die Omnipräsenz ökologischer Themen und deren Auslegung im öffentlichen Diskurs nicht nur im Augenblick, sondern über die letzten Jahrzehnte zu Gemüte führt. Umweltpolitik gehört heute zum politischen Pflichtprogramm der Etablierten – ohne eine Position zum Klimawandel oder zum Artensterben macht man im politischen Betrieb eine schlechte Figur.

Im Bundestagswahlprogramm 2021 der Grünen ist »die Klimakrise die Existenzfrage unserer Zeit«, die man über eine »sozial-ökologische Transformation« abzuwenden gedenkt. »Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand«, heißt es da weiter. Aber nicht nur die Grünen sehen in ihrem Wahlprogramm die Abwendung der Klimakrise als notwendige Aufgabe zur Rettung der Menschheit, sondern auch die CDU befindet: »Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Außenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der Wälder.« Ähnliches gibt es zudem bei SPD, FDP und der Linken zu lesen.

Wenn dieses Thema derart omnipräsent ist und bei allen etablierten Parteien, wenn nicht ganz oben, dann doch sehr weit vorne auf der Agenda vertreten ist, gibt es da einen Platz für rechte Ökologie und braucht es sie überhaupt? Die Antwort geben wieder die Bundestagswahlprogramme der bundesrepublikanischen »Eliten«, beispielsweise wiederum das der CDU: »Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, das Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind unser Leitbild für eine gerechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt.« In dieser Lesart wird Ökologie vor allem auf den Klimaschutz reduziert. Mit einer nachhaltigen Entwicklung möchte man eine »gerechte Globalisierung« im Einklang mit den Menschenrechten und eine »klimagerechte Welt« mit »klimagerechtem Wohlstand« erreichen. Der technologische Fortschritt soll diese Welt ermöglichen, sogar einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch initiieren. In diesen Visionen und Utopien einer klimagerechten Moderne ist die Ökologie fest in progressive Programme eingebettet – umweltfreundliches Handeln wird darin zum Beitrag für eine Gesellschaft der Diversität, die die vermeintliche Selbstverwirklichung des Individuums in den Mittelpunkt rückt und damit die Auflösung aller gesellschaftlichen Grenzen antreibt.

Doch unter den grundsätzlicheren Ökologen gibt es erhebliche Zweifel an diesen ökologischen Wohlfühlszenarien, und zwar entlang der Frage, ob ein derart fortschritts- und wachstumsorientiertes Programm die Umweltkrise lösen kann. So kommt der britische Ökonom und Postwachstumstheoretiker Tim Jackson zu dem Schluß, »daß es kein glaubwürdiges,

sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Szenario gibt, um das Einkommen von neun Milliarden Menschen zu steigern.« Das steht den eingangs angeschnittenen ökologischen Projekten diametral entgegen. Ferner legt seine Einschätzung nahe, daß die Ökologie in den Händen der Etablierten falsch aufgehoben sein könnte. Der französische Vordenker der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, greift indes Jacksons Kritik aus rechter Sicht auf und verschärft sie noch einmal. Bei ihm ist »die Hauptursache der ökologischen Probleme [...] weder ökonomischer noch technischer Natur, sondern fundamental politisch und vor allem ideologisch begründet«. Eine Gesellschaft ohne Grenzen, in der sich unbegrenzte Wünsche in uneingeschränktem Maße erfüllen sollen, entfremde laut Benoist den Menschen von seiner Natur.

Konservative Kulturkritik verbindet sich an dieser Stelle mit der Identifikation ökologischer Probleme. Kultur und Natur sind bei Benoist engmaschig ineinander verwoben. Den menschlichen Austausch mit der Natur bestimmt aus dieser Perspektive die gesellschaftliche Ordnung. Der Raubbau an der Natur wird zum Wesensmerkmal progressiver Systeme, deren politische Paradigmen und gesellschaftliche Versprechungen auf dem industriellen Produktionsregime und der daran gekoppelten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen fußen. Mit dieser Sichtweise auf die Umweltkrise sind wir zum Fundament und einem der Alleinstellungsmerkmale rechter Ökologie vorgestoßen. Sie stellt eine der elementaren Antworten auf die Frage nach der Notwendigkeit rechter Ökologie dar, insofern als sie das Paradoxon der zeitgenössischen Verbindung aus Progressivismus und Umweltbewußtsein dekuviert und damit aufzeigt, daß die neuen liberalen bis linken Platzhirsche der Ökologie qua ihrer ideologischen Ausrichtung keine Lösung der Umweltkrise herbeiführen können. Sie sind vielmehr selbst Teil des Problems.

Indes ist diese Analyse nicht neu. Benoist betritt damit kein theoretisches Neuland, sondern knüpft nahtlos an eine konservative Geistes-tradition an, die die einstige rechte Hoheit über ökologische Fragen begründete. Denn anders als Liberale oder Linke standen die Konservativen zumindest bis Mitte des 20. Jahrhunderts dem sogenannten Fortschritt bzw. dem Industriesystem als seinem Antreiber skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der Umwelthistoriker Rolf Peter Sieferle erklärt sich diese Dominanz anhand der »gegenaufklärerischen Position« der Rechten, »die sich an der eingebetteten Wirtschaft traditioneller Gesellschaften orientierte« und »den Blick für die Zumutungen und Umwälzungen des Industriesystems« schärfte.

Diese »Umwälzungen« waren derweil nicht nur sozialer Natur, sondern erfaßten simultan die ökologisch vielfältigen Kulturlandschaften, die das Ergebnis traditionaler Bewirtschaftung waren. Flurbereinigung, die Begradigung von Flußläufen und die konsequente wirtschaftliche Aufforstung begannen die Umwelt in die Anforderungen des Industriesystems einzupassen. Für die konservativen Kulturkritiker brach »ein fremdes häßliches Ungetüm über unser Land«, das anfang, die Schönheit gierig aufzufressen. Unter dem Eindruck einer fortschreitenden Technisierung vertiefte und ergänzte Friedrich Georg Jünger in *Die Perfektion der Technik* diese Kritik um die Beschreibung der Herauslösung des einzelnen aus seinen angestammten Bindungen bei gleichzeitiger Festsetzung in der Masse als Ziel einer verselbständigten Vernutzung: »Der Universalarbeitsplan geht auf nichts anderes hinaus als auf die zentrale Bewirtschaftung des in Masse lebenden Menschen, auf seine Verwirtschaftung. Wir sind mitten im Maelstrom. [...] Wir müssen uns ihm widersetzen, wenn wir nicht von ihm verschlungen werden wollen.«

Diesen Widerstand versuchte die Rechte darüber zu leisten, den einzelnen in diesem Maelstrom qua Verortung und Verstetigung auf einen stabilen Boden zu stellen, also die normativen Funktionen der traditionellen Ordnungen aufrechtzuerhalten und gegen die Zumutungen der Moderne zu verteidigen. Ökologisch gesprochen, bedeutete dies die feste Rückbindung des Individuums an seinen regionalen und lokalen Kontext, aus der eine signifikante Verlangsamung der Welt und der Lebensrealitäten resultierte – die mit Hilfe fossiler Rohstoffe massiv beschleunigt wurden und immer noch werden –, wodurch die Vernutzung der Bestände gebrochen wäre. Die Analyse Jüngers bleibt dabei hoch aktuell: Die Notwendigkeit zur Kehre ist nur noch angewachsen. Sowohl kulturell als auch ökologisch

»Wir wollen alle Grenzen überschreiten und damit alle Unterschiede abschaffen, weil wir weiterhin einer Ideologie anhängen, die selbst dem Begriff des Unbegrenzten verhaftet ist, die behauptet, daß der Mensch um so menschlicher sei, je mehr er sich von der Natur trennt und daß alle Grenzen (kulturelle, sexuelle usw.) abgeschafft werden müssen.«

Alain de Benoist: *Décroissance ou toujours plus?*, S. 22.

»Die Emanzipationsideologie, die die Grünen mit sich schleppen, ist ja genau der Modernismus, der uns in die gegenwärtige ökologische Krisensituation gebracht hat: die schrankenlose Expansion menschlicher Wünsche ohne Rücksicht auf den Lebenszusammenhang, in dem sich der Mensch unaufhebbar befindet, hat uns genau an diesen Punkt geführt.«

Herbert Gruhl.

nähern wir uns einer bisher nie dagewesenen Monokulturalisierung, die aus der expansiven Ausbreitung der Industrie- und Konsumgesellschaften westlicher Provenienz um den gesamten Globus herrührt. Daher ist es nur folgerichtig, daß Sieferle in seinem Werk *Rückblick auf die Natur* kurz vor der Jahrtausendwende Jüngers Analyse der einzig wirksamen Widerstandsform noch einmal bekräftigt: »Das einzige, was dieser Gesellschaft [der Freiheit, der Gleichheit, des Individuums, des Diskurses, des Marktes, der Demokratie] wirklich Schaden könnte, wäre der Versuch zur Fixierung eines bestimmten Zustandes, zur Unterbindung von Wandel oder zur normativen Festlegung auf inhaltliche Ziele.«

Im Einklang mit dieser Forderung plädiert Alain de Benoist dafür, »der Vorherrschaft der Wirtschaft ein Ende zu setzen«, was bedeute, »das Lokale dem Globalen vorzuziehen, kurze Wege dem Welthandel, Nähe dem Unbegrenzten, greifbare Eigenart dem abstrakten Horizont, Verwurzelung dem Nomadentum, Gemeinschaft dem Krieg aller gegen alle«. Auf die vorangegangenen Elaborationen bezugnehmend, zeichnet sich rechte Ökologie also dadurch aus, daß sie:

- ◆ die Existenz natürlicher Grenzen betont und als unveränderbare Rahmenbedingungen begreift, deren Überschreiten zu einem hohen Preis führt.
- ◆ Gesellschaft und Natur als einen wechselseitig aufeinander bezogenen Komplex begreift. Konservative Ökologie konzipiert Natur, Individuum, Gemeinschaft und Volk als ein organisches Ganzes.
- ◆ die Beständigkeit dem Flüchtigen vorzieht. Sie strebt feste Lebenszustände an, die sich nur in einem Horizont verändern, der außerhalb der Lebensspanne des Individuums bzw. ganzer Generationen liegt.
- ◆ die Verortung des Individuums in den Mittelpunkt stellt. Der Mensch hat seinen festen Platz, in seiner regionalen Gemeinschaft, an einem Ort, in einem Volk.
- ◆ sich gegen die Massengesellschaft stemmt. Die Problematik der Überbevölkerung wird von ihr als Ausdruck einer naturalistischen Grenze der Machbarkeit betont.
- ◆ als zentralen Gegner das Maximierungsprinzip identifiziert, da Wachstum schlußendlich fortwährende Zertrümmerung der Bestände und Instabilität bedeutet.

»Die Achsenzeit wird [...] zur Zeit der Ernüchterung. In ihr erkennt der Konservative, daß andere politische Gruppen einen Status quo geschaffen haben, der für ihn nicht mehr akzeptabel ist, daß frühere Zustände nicht mehr restaurierbar sind. Von nun an richtet sich sein Blick nach vorne.«

Armin Mohler: *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, S. 68.

»Der moderne Konservative tritt für die schrankenlose Entwicklung der Produktion ein; er will nur noch das sozialökonomische System bewahren, das den industriellen Fortschritt garantiert. Er ist der technokratische Mann der Tat, der die totale Umwälzung aller Lebensverhältnisse betreibt. Er kämpft nicht länger um Denkmalschutz, für die Erhaltung einer natürlichen Umwelt, die Rettung regionaler Eigentümlichkeiten.«

Rolf Peter Sieferle: *Fortschrittsfeinde?*, S. 417f.

Es wird deutlich, daß in der rechten Sichtweise auf die Ökologie Aspekte fokussiert werden, die die zeitgenössische, progressive Ökologie ignoriert oder vernachlässigt. Aspekte, die sie aufgrund des eingangs beschriebenen Paradoxons ignorieren und vernachlässigen muß, weil sie ansonsten mit ihrer eigenen Widersprüchlichkeit – mit der inkonsistenten Verquickung von Hedonismus, humanitärem Universalismus und Versorgungslogik, deren Wurzeln im Industriesystem liegen, auf der einen Seite und mit der Forderung nach Verzicht und Selbstbeschränkung zur Schonung der Natur auf der anderen Seite – konfrontiert und vor eine Zerreißprobe gestellt wäre. Rechte Ökologie löst diese Inkonsistenz auf, indem sowohl die gesellschaftlichen als auch die natürlichen Folgen der Moderne Ziel ihrer Kritik sind. Darüber hinaus ist der Mensch in ihrer Konzeption fester Teil der Natur und wird nicht als »störendes«, eine vermeintliche Harmonie destruierendes Element aus ihr verbannt, wie es der im zeitgenössischen Naturschutz überhandnehmende Wildnisgedanke propagiert. Vielmehr ist die Krise der Natur ihr zufolge Ausdruck einer menschlichen Krise, nicht das Resultat der menschlichen Existenz per se.

Die Frage nach der Notwendigkeit rechter Ökologie im 21. Jahrhundert sollte damit beantwortet sein. Bleibt die Frage zu klären, warum sie trotz der existierenden Repräsentationslücke im ökologischen Diskurs weiterhin ein restlos marginalisiertes Dasein fristet. Denn anders, als es aus der vorangegangenen Darstellung abgeleitet werden könnte, gehört sie keineswegs zum allseits akzeptierten Kanon konservativer Weltanschauung. Ganz im Gegenteil steht sie innerhalb der Rechten in einem erheblichen Spannungsverhältnis, insofern als die von rechts formulierte »ökologische Frage« die Produktionsweise der Industrie- und Konsumgesellschaften in ihrem Kern und mit ihr die bürgerliche Gesellschaft als ihre soziale Ausformung zur Disposition stellt. Um an diesen Strang politischen Denkens anzuknüpfen, müßte eine Rückbindung an den traditionellen Konservatismus

vollzogen und damit eine traditionale Ordnung gegen Aufklärung, Kapitalismus und Globalisierung verteidigt werden. Da die Basis dieser Ordnung aber von der Industrialisierung restlos nivelliert wurde, ist diese Rückbindung zwangsläufig mit der Notwendigkeit eines revolutionären Gegenwurfs zum Status quo verbunden.

In ihrer Konsequenz bedeutet rechte Ökologie – solange man sie nicht nur als ein ästhetisches Artefakt begreift, um sich distinguert von der Moderne abzuheben – einen radikalen Kurswechsel, der gänzlich andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen als die jetzigen aufstellt. Konkret gesprochen heißt das, »Heimat« als festen Zustand, als normative Festlegung wider die Flüchtigkeit der Moderne aufzurichten und ihrer Vernutzung zu entziehen.

Allerdings laufen etliche programmatischen Elemente, die in dieser Zielsetzung enthalten sind, diametral entgegengesetzt zum ideologischen Fundament des bundesrepublikanischen Konservatismus. Zwar verwahrte sich der Ahnvater der Neuen Rechten in Deutschland, Armin Mohler, in seinem Aufsatz »Zwölf Thesen zur Öko-Klage« (*Criticón* 40, 1977) vehement gegen den Vorwurf von linker Seite, daß der Konservatismus dem Technokratismus anheimgefallen sei. Unterzieht man jedoch sowohl die diesbezügliche inhaltliche Positionierung des Konservatismus als auch seine politischen Taten in der Bundesrepublik einer nüchternen Analyse, so muß man Mohler leider widersprechen und den Kritikern recht geben: Das Gros der Konservativen hat sich seiner transzendenten Visionen entledigt und begnügt sich seitdem mit der Verteidigung des bundesrepublikanischen Status quo.

Der Bundestagswahllogan der Alternative für Deutschland, »Deutschland, aber normal«, und die Unterordnung des gesamten Wahlprogramms unter diese »Normalität« verkörpern in ihrem statuswahrenden Impetus die Betonierung dieser Haltung. Wenn es das Hauptanliegen eines der wichtigsten konservativen Akteure in der Bundesrepublik mit der größten öffentlichen Reichweite ist, die sozioökonomischen Voraussetzungen des Industriestandorts Deutschland zu sichern, fällt es schwer, mit einer von rechts formulierten Forderung nach Verzicht und einer grundlegenden Infragestellung des Überflusses durchzudringen. Darüber hinaus haben die Umdeutung und die Übernahme der Ökologie von links zu einer reflexartigen Abwehrhaltung im konservativen Lager geführt, die sich über die letzten Jahrzehnte eher verstärkt als abgeschwächt hat: Jegliche umweltpolitische Forderung wird abgebügelt und im extremsten Fall die Existenz einer Umweltkrise abgestritten.

In diesem politischen Klima erscheint die Kehre aussichtslos. Doch auch eine tatsächliche oder vermeintliche Aussichtslosigkeit kann nichts an der Notwendigkeit rechter Ökologie ändern. Ihrer Notwendigkeit, um die letzten Restbestände an »Heimat« zu bewahren und eine Renaissance der »Heimat« einzuläuten. Ihrer Notwendigkeit, um den von Jünger beschriebenen »Maelstrom« zum Erliegen zu bringen, daß es in Deutschland, in Europa wieder eine Zukunft für regionale Eigentümlichkeiten, für die Verortung des Menschen an einem festen Platz gibt. Ihrer Notwendigkeit, um die Flüchtigkeit und die Unfestgelegtheit der Moderne mit einer Ordnung der Stabilität zu ersetzen, deren Austausch mit der Natur nicht auf Übernutzung, sondern einem relativen Gleichgewicht basiert. Zweifelsohne bedarf es dafür eines weitreichenden Umdenkens innerhalb der deutschen Rechten. Sie ist in Fragen der Vernutzung nicht besser als ihre politischen Gegner. Daher: Was haben wir bisher überhaupt bewahrt und was wollen wir bewahren? ■



Dankbarkeit.

Erbe und Propaganda in Chinas Futurologie

von Raimund Th. Kolb

Vorbemerkung

Die machtpolitischen Ansprüche Chinas sind mit der fünften KPCh-Führungsgeneration unter Xi Jinping als inthronisiertem Generalsekretär (2012) und Staatspräsidenten (2013; seit 2018 auf Lebenszeit) unverhohlen auf Expansionskurs. Xi propagierte gleich nach Machtantritt eine »Grandiose Wiedererweckung der chinesischen Nation«, worunter ein ökonomisch und militärisch starkes China mit Hegemonialanspruch in einer postamerikanischen Weltordnung zu verstehen ist. Sollte in Kürze tatsächlich die Herausgabe Xis politischer Verlautbarungen unter dem Titel *Xi Jinping sixiang* (*Xi Jinpings Ideen*, Xi-ismus) erfolgen, wie gerüchete Weise verlautet, wäre er nach Mao der zweite chinesische Parteiführer mit einem kanonischen Werk der höchsten politischen Bedeutungsklasse.

Deng Xiaopings strategisches Motto »Verberge deine Kapazitäten und warte auf den Kairos« (*taoguang yanghui*) wurde bereits von der vierten Generation (Jiang Zemin, Hu Jintao) schrittweise entkräftet. Vor dem Hintergrund eines in den vergangenen drei Jahrzehnten phänomenalen wirtschaftlichen Aufstiegs in Begleitung militärischer Erstarkung weckt China mit seinem international zunehmend dominanteren Auftreten vor allem bei den unmittelbaren asiatischen Nachbarn historisch begründete Bedenken und »China threat«-Reaktionen. Deshalb wird weltweit enormer außenpropagandistischer Aufwand betrieben, sich wörtlich als friedliebende aufsteigende Großmacht und Miterbauer einer künftigen »inklusive, sauberen und schönen Welt« zu präsentieren.

Im Fokus steht dabei die Meinungsmanipulation der gegenwärtigen und künftigen westlichen Eliten. Die einschlägigen Techniken dürften bekannt sein: Streuung von Desinformationen (teils kampagnenartig) über gekaufte und geneigt gehaltene Massenmedien, getarnte Internetportale und *Social-media*-Kanäle, Propagandaveranstaltungen in eigenen Kulturforen und -zentren, *Brainwashing* in Konfuzius-Instituten und Konfuzius-Klassen sowie Erzwingung von Selbstzensur durch Androhung von Repressalien bei Individuen und Körperschaften (Visa-Verweigerung, Boykott usw.). In die große »Vereinigte Front« sind auch die Diaspora-Chinesen, vor allem die Akademiker unter ihnen, eingebunden. Xi Jinpings Forderung, »Chinas Geschichte lobend zu erzählen«, prägt im Westen längst den China-Diskurs. Kein Wunder also, daß sich nicht wenige westliche Intellektuelle, nicht nur die sinophilen unter ihnen, unabhängig ihrer sonstigen politischen Positionierung vom »China-Modell« eine Alternative zur gegenwärtigen US-Hegemonie und der global vorherrschenden Wirtschaftsordnung versprechen oder mit ihm zumindest sympathisieren. Dies offenbart sich auch auf rechter Seite, z.B. in der Version 2.64 des »Arbeitsentwurfs einer Chinastrategie« der AfD, der, historische Fakten pervertierend, die Machtübernahme der KPCh 1949 als »Befreiung von der Fremdherrschaft« und als »Beendigung der Feudalherrschaft« bewundert.

www.gov.cn/zhuanti/2017-10/27/content_5234876.htm

Siehe u. a. Kingsley Edney: *The Globalization of Chinese Propaganda*, New York 2014, und Raimund Th. Kolb: »Chinas Geschichten lobend erzählen«, in: *Tumult*, Winter 2019/2020; John Chan: »In-depth reports examine how China used global media coverage [...]«, www.chinadigitaltimes.net, 13. Mai 2021.

Als plumpe Anbiederung kann man Maximilian Krahs (MdEP AfD) Glückwunschatdresse vom 22. Mai 2021 an die Autonome Region Tibet zu ihrem 70. Jahrestag verstehen.

Der KPCh ist seit Beginn der Reformära 1980 sehr daran gelegen, akademische Zirkel im Inland für sich einzunehmen, was bisher nicht immer zufriedenstellend gelang. Im Januar 2015 beschlossen ZK und Staatsrat, »Think-Tanks mit chinesischen Charakteristika« ins Leben zu rufen, um damit Chinas Intellektuelle noch besser kontrollieren und in Stellung gegen Kritiker bringen zu können. Die Vorgabe der Partei fordert von den Wissenschaftlern bipolare Begabung ein, nämlich »Forschung ohne verbotene Zonen und [zugleich] disziplinierte Propaganda zu betreiben«. Die *think tanks* sollen einerseits die Zentralregierung mit Informationen über Mißstände und Widersprüche informieren und andererseits kulturelle *soft power* generieren, um im Ausland dem Renommee des Landes zu dienen.

In der Innen- wie der Außenpolitik bedient sich die KPCh strategischer Narrative, die es als politische Mythen zu erkennen gilt. Für ein Verständnis politischen Handelns in der VR China sollte man sich ihrer tatsächlichen wie konstruierten Historizität bewußt sein. Alle politischen Leitmythen sind zugleich historische Mythen, die fest im kollektiven Gedächtnis der traditionell geschichtsbewußten Bevölkerung verankert sind und propagandistisch jederzeit dienstbar gemacht werden können. Ziel chinesischer Außenpropaganda ist es, diese politisch konditionierte Erinnerungskultur zu globalisieren.

Vorgaben und Grenzen

Die Debatte über Chinas künftige Rolle in der Welt, im internationalen Beziehungsgefüge, wurde seit den 1950er Jahren zunächst von marxistisch-leninistischen Vorgaben und, beginnend mit der Reformperiode, mehr oder weniger von westlichen, hauptsächlich US-Theorien beherrscht. Bemerkenswerte eigenständige Ideen sucht man darin vergebens. Es war dann Huan Xiang, ehemaliger Politberater von Zhou Enlai, der anläßlich der ersten Theorie-Konferenz zu International Relations (IR) in Shanghai 1987 dazu aufforderte, eine eigenständige Theorie, passend zu Deng Xiaopings Motto vom »Sozialismus mit chinesischen Charakteristika«, zu entwickeln. Wenige Jahre später wurde mit der Umsetzung begonnen, ohne daß sich bis heute eine offiziell erwünschte »Chinesische IR-Schule« profilieren konnte. Die Diskussionen folgten jeweils in etwa den auf Parteikongressen propagierten Leitlinien. Die innovative Phase der IR-Debatte setzte erst 2007 mit Hu Jintaos Äußerung auf dem 17. Parteikongreß der KPCh ein, hinfort gelte als Ziel die Schaffung einer »harmonischen Gesellschaft« und einer »harmonischen Welt« auf dem Weg einer »friedlichen Entwicklung«. Die IR-Vordenker nahmen sich prompt Themen wie *soft power*, Multilateralismus, und friedlichen Wandel vor.

Unter Xi Jinping, ab 2013 also, veränderte sich dann die Schwerpunktage deutlich. Neben renovierten sinomarxistischen Ansätzen (Cui Zhiyuan, Pan Wei) sind im In- und Ausland derzeit vor allem jene Konzepte besonders populär, die sich indigener Textquellen für ihre Argumentation bedienen. Dabei werden in erster Linie Texte aus Chinas Achsenzeit (722–221 v. Chr.), vor allem der »Periode der Kämpfenden Staaten« (464–221 v. Chr.) mit ihren »hundert miteinander wetteifernden Schulen«, heuristisch gelesen und als Steinbrüche für die Konstruktion von Zukunftsszenarien herangezogen. Mit zwei Ausnahmen (Xu Jilin, Ge Zhaoguang) ist keiner der bekannteren Vordenker Historiker, geschweige denn Althistoriker. Unter den Futurologen dominieren Politologen, Sozialwissenschaftler, Ökonomen und Philosophen. Entsprechend unphilologisch fällt der Umgang mit den Texten aus. Der Stand der Quellenkritik wird ignoriert. Anachronismen sind an der Tagesordnung.

Vom Politologen und Direktor des Instituts für internationale Beziehungen an der Tsinghua-Universität (Peking) Yan Xuetong, stammt der entsprechende akademische Freifahrtschein: Futurologen hätten sich nicht um die Authentizität ihrer alten Quellen und die Historizität ihrer Inhalte zu kümmern, sie müßten die Geschichte nicht kennen, um Erkenntnisse aus ihren Quellen zu gewinnen. Futurologen eint auch der Anspruch auf die Einzigartigkeit der chinesischen Geschichte und Kultur (Exzeptionalismus) und konsequenterweise die Hinwendung zum Post-Positivismus in den Sozialwissenschaften, der gleichbedeutend mit einer Abkehr von

»[...] strengthening the construction of new types of think tanks with Chinese characteristics«, www.chinacopyrightand-media.wordpress.com, 20. Januar 2015.

Yang Lijun: »China's Think Tank Fever [...]«, *China: An International Journal* Vol. 16.2, Mai 2018, S. 20–22.

Ein *kaplaken*-Band wird sich im Frühjahr 2022 in gebotener Kürze und Stringenz den Schlüsselmythen der politischen Mythologie der VR China widmen, ihrer Genese, ihrer historischen Relationalität und ihrer Zweckbestimmung nachspüren.

»Xian-Qin guojia jian zhengzhi sixiang [...]«, in: *Zhongguo shehui kexue* 3/2009, S. 87, Anm. 2.

Nele Noessel: »Is there a »Chinese School« of IR?«, *GIGA* Nr. 188, März 2012.

empirisch testbaren Regelmäßigkeiten und von Gesetzen geprägten Interpretationen ist.

Die folgenden sechs angeblich bedeutendsten kulturellen Alleinstellungsmerkmale, von denen die ersten drei dem Altertum entstammen, geben in etwa das offizielle politische Selbstverständnis wieder: (1) »Die Einheit von Himmel/Natur und Mensch« zeitigt eine Gesellschaft, die sich vor allem um die Performanz (Leistungsbilanz) der Regierung, ihrer Übereinstimmung mit dem »Weg des Himmels« (*tiandao*) kümmert, und nicht allein den legitimierenden Ordnungsfaktor in Betracht zieht. (2) »Der Weg von Mitte und Maß« ist der einer großen dauerhaften Partei, die den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung und nicht einzelnen Interessengruppen und sozialen Klassen dient. (3) »Die Welt gehört allen« gibt die Überzeugung wieder, daß die höchste Stufe der menschlichen Selbstverwirklichung in einer allen gehörenden »Welt der Großen Einheit« erreicht wird. (4) »Elitismus« hebt die für die Staatslenkung überragende Bedeutung moralisch Beispiel setzender, große Taten vollbringender und weise Ideen verbreitender Personen hervor. (5) »Volksorientierte Philosophie« steht letztlich für eine paternalistische Regierung. (6) »China-Bewußtsein« gibt die Überzeugung wieder, das vortrefflichste Volk mit der bedeutendsten Zivilisation auf der Erde zu sein.

Gerade diese Selbstüberschätzung ist es, so der prominente Vordenker Kang Xiaoguang, der sich als Sozialwissenschaftler für die Implementierung einer »konfuzianischen Religion« einsetzt, die »Chinas Essenz« vor der »Kühnheit und den festen Überzeugungen westlicher Kultur« schützt. Man geht ferner davon aus, daß die für jeden Chinesen einsichtigen »Nationale Konditionen« (*guoqing*) im Westen ohnehin nicht verstanden werden können. Um das vermeintliche Gewicht der eigenen Zivilisation noch weiter zu befördern, stellte jüngst eine akademische Monographie mit beachtlichem Medienecho die Authentizität der europäischen Antike in Frage und behauptete, ausgewanderte Chinesen seien für ihren Glanz verantwortlich gewesen. Eine andere, nicht minder wirre Studie will glauben machen, daß die westliche Moderne (Technologie, Ökonomie, Demokratie, Philosophie etc.) ihren Ursprung in China habe, über Handelswege in den Westen gelangt sei und erst China das primitive Europa auf Zivilisationsniveau gebracht habe – bis hin zu der Behauptung, der Ursprung menschlicher Zivilisation liege sowieso in Südwest-China.

Auf dem 18. Nationalen Parteikongreß im November 2012 prägte Xi Jinping auch den Bannerbegriff vom »Chinesischen Traum« (*Zhongguo meng*), der China »Prosperität und Stärke« und der Gesellschaft »Demokratie«, »Zivilität« und »Harmonie« bescheren soll. Seither träumen Chinas Vordenker mit offiziellem Segen noch publikationsstärker von der Zukunft ihres Landes.

Nicht unerwähnt sollte der Umstand bleiben, daß alle futurologischen Szenarien zu Chinas Binnenentwicklung wie zu seiner globalen strategischen Zukunftsrolle völlig abgehoben von der realen Situation des Landes und seinen inneren krisenhaften Problemen erfolgen (müssen): u. a. dem alles beherrschenden *crony capitalism* (Kollusion von Partei, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen in korrupten Netzwerken), einem sich anbahnenden Umweltkollaps in vielen Landesteilen, einer hohen Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient 2018: 0,51) und anomischen Tendenzen in der Gesellschaft, einer gigantischen Staatsverschuldung, einer andauernden Innovationsschwäche, der man durch Spionage und Erwerb innovativer Betriebe im Westen zu begegnen sucht, und bei alledem einer drohenden »middle income trap«. Imposante Zukunftsvisionen in Agitprop-Manner und ihre Diskussion sollen offensichtlich die Bevölkerung, in der es nicht an Unzufriedenheit und Unruhe mangelt, mit Erlösungsversprechen einlullen.

Der fragliche Zukunftsdiskurs manifestiert sich in einer Legion von Publikationen, die wie alle anderen Veröffentlichungen fortwährend aktualisierten Zensurbestimmungen ausgeliefert sind. Seit 2013 ist das Internet intensivster Überwachung und Kontrolle unterworfen; von Intellektuellen genutzte Plattformen werden bei Mißfallen unter Hinweis auf »Verbreitung falscher Ideen« kurzerhand geschlossen (z. B. 21com.net). Ein Satz der Kritik in Richtung Partei oder Zentralregierung kann das eigene Leben und das der Familie dauerhaft verändern. Die gesellschaftlich allumfassende Führungsrolle der KPCh wurde erstmals im Oktober 2017 in die

»Zhongguo teshulun [...]«, www.aisixiang.com, 4. April 2004.

Lee Haiyan in: *Chinese Vision of World Order: Tianxia, Culture, and World Politics*, hrsg. von Ban Wang, Durham 2017, S. 246.

Zhu Xuanzhi: *Xugoude xifang wenmingshi* [...], 2017; Dong Binsheng: *Xugoude gu Xila wenming* [...], 2018; Du Gangjian: *Wenming yuantou yu datongshijie*, 2017.

Die Spannweite der aufscheinenden Visionen findet sich in William A. Callahans *China Dreams. 20 Visions of the Future* (Manchester 2013) repräsentativ beschrieben.

Siehe u. a. Minxin Pei: *China's Crony Capitalism*, Cambridge (MA) 2016, Richard Smith: *China's Engine of Environmental Collapse*, London 2020; Dinny McMahon: *China's Great Wall of Debt*, Boston 2018; William C. Hannas et al.: *Chinese Industrial Espionage*, London et al. 2013.

Margaret E. Roberts: *Censored. Distraction and Diversion Inside China's Great Firewall*, Princeton 2018.



Partei-Charta aufgenommen. Alle öffentlichen Äußerungen haben sich seither im Einklang mit den »Xi-Jinping-Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Charakteristika für eine neue Ära« zu befinden. China ist, wie Zhu Anping schon 1957 während der für kritische Intellektuelle fatalen »Hundert Blüten«-Kampagne konstatierte, noch immer ein »Alles unter dem Himmel der Partei« (*dangtianxia*). Wer hier im Westen zwischenzeitlich seine Hoffnung auf Veränderung setzte, dachte ahistorisch und okzidental voreingenommen.

18. Parteikongreß der KPCb.

<http://cpc.people.com.cn/n1/2018/0125/c123889-29787340.html>

Futurologisch finalisiertes Altertum

Die Hinwendung zum Altertum bei der Suche nach Ideen und Lösungen für die Gestaltung der Zukunft ist in China keineswegs neu, sie findet sich in der Tradition utopischer Entwürfe und hat in der frühen Moderne bedeutenden Intellektuellen der Republikzeit (1911–1949) wie Zhang Taiyan (1869–1936), Deng Shi (1877–1945?) oder Liu Shiwei (1884–1935) die Idee beschert, es ließen sich in den alten Texten alle wesentlichen westlichen Ideen und Institutionen entdecken. Sie behaupteten die Vergleichbarkeit der chinesischen Achsenzeit mit der griechisch-römischen Antike. Da letztere in der Renaissance eine Wiedergeburt erfahren hatte, die zur Moderne führte, schlossen sie daraus, dies auch vom chinesischen Altertum erwarten zu können. Von dessen Wiederbelebung (*fugu*) versprochen sie sich letztlich eine eigenständige nationale Entwicklung. Anstoß dazu gab den Nationalisten vermutlich die Erkenntnis, daß China bis dahin der Vorstoß in die Moderne nur auf den Schultern der westlichen Mächte möglich gewesen war.

Li Chunyang: »Ershi shiqi shangbanye Zhongguo de ›wenyi fuxing‹ lunshu«, in: *Zhongshan daxue xuebao* 6/2015, S. 44 ff.

Zu den herausragenden Vordenkern, die sich gegenwärtig dem Altertum als Inspirationsquelle zuwenden, zählt Zhao Tingyang. Zhao arbeitet als Philosoph an der Akademie für Sozialwissenschaften in Peking und damit dem ältesten und größten *think tank* der KPCb-Parteispitze. Sein »Alles unter dem Himmel«-Modell ist das im In- und Ausland meistdiskutierte aus dieser Gruppe. Der »Klassiker« *Das Zeitgenössische des tianxia[-Modells] – Vorstellung von der Realisierung einer Weltordnung* wurde von Michael Kahn-Ackermann übersetzt (in Anbetracht der streckenweise opaken Argumentation eine herkulische Leistung), der unter anderem als Seniorberater für die Hauptquartiere der Konfuzius-Institute fungiert, die zu den wichtigsten Einrichtungen chinesischer Außenpropaganda zählen. Zhao formt darin das Altertum nach den Bedürfnissen seines Zukunftsmodells – losgelöst vom Forschungsstand.

Zhao Tingyang: *Tianxia de dangdaixing – shijie zhixun de shixian yu xiangxiang*, Peking 2016. Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung* (Berlin 2020).

Grundsätzlich teilt sich die Gruppe der altertümelnden Vordenker in zwei Lager. Die erste und bei weitem größte Gruppe, zu der auch Zhao gehört, versucht mit umfänglichen Textzitatzen ein *tianxia*-Modell zu konstruieren, von dem sie überzeugt ist, es könne die dominierende westlich-liberale Vorstellung einer Weltordnung durch eine friedlichere und egalitäre, chinesisch geprägte ersetzen.

Für Zhao bedeutet *tianxia* die ganze physisch-geographische Welt, sodann die Welt als eine Völkerfamilie und schließlich eine politische



Weltordnung, als »Ontologie der Koexistenz« gedacht. Das Konzept siedelt er selbst »zwischen Idealismus und Realismus« an und nennt es im Gegensatz zu Utopia »concopia«, definiert als »realisierbare gemeinsam geteilte und genossene Welt«. Methodologisch bedeute *tianxia*, so Zhao weiter, eine »Internalisierung«, eine »inklusive Welt«, insofern stellt die heutige Welt für ihn eine »Nicht-Welt« dar. Der Begriff *tianxia*, so Zhao, meinte traditionell das chinesische Reich und die ganze Welt und nicht den Nationalstaat, er inkludierte die Interessen anderer Länder. Mit der »Vernunft des Beziehungsnetzes« (relationaler Rationalität) wird der individuellen Vernunft, die nur nach Maximierung von Eigeninteressen strebt, eine Absage erteilt. Von höchstem Interesse müssen gemeinsame Sicherheit und Interessen sein, die Minimierung gegenseitiger Feindschaft. Existenz setzt Koexistenz voraus. Als drittes Element wird eine konfuzianische Meliorisierung der Menschheit gefordert, die sich einer Pareto-Verbesserung, die Individuen bzw. Gruppen Vorteile ohne Nachteile für andere beschert, insofern überlegen zeigt, als sie jedem einzelnen Vorteile bringt. Als letztes Element nennt er den »vereinbarlichen Universalismus«, dessen Voraussetzung symmetrische Beziehungen sind, die auf von allen geteilten, also universalen Werten beruhen. Jeder davon abweichende Wert steht für eine persönliche Präferenz oder die von bestimmten Gruppen.

Zhao beteuert, daß dieses Konzept nichts mit Eroberung oder Hegemonie zu tun habe, da es ein freiwilliges, geteiltes und hospitable System darstelle. Wahrscheinlich, so Zhao in Abänderung früherer Positionen, bedarf es keiner Zentralregierung, da die Staaten sich selbst regieren, sondern eines von allen getragenen »Entscheidungsgremiums«, das über Verfassung, Finanzwesen, Wissenschaft, Technik und vieles mehr bestimmt. Andernorts ist dafür ein »Königsland« vorgesehen, das aufgrund seiner Größe und militärischen Potenz (in fester Ratio 6:3, 6:2, 6:1 zu der von großen, mittleren und kleinen Staaten) in der Lage ist, das System stabil zu halten, ohne es zu übervorteilen.

Der Politologe Liu Qing setzte Zhaos Konzept bei einer Diskussion in Beziehung zu Japans »Pan-Asianismus« vor 1945. Es könne sich potentiell daraus ein imperialistischer Diskurs entwickeln. Xu Jilin hält dem argumentativ seinen »Neuen-Tianxia-ismus« entgegen, der letztlich eine gemeinsame Weltzivilisation und -administration beinhaltet. Es handelt sich dabei um eine eigenwillige Verschmelzung von Partikularismus und Universalismus. Das traditionelle »Alles unter dem Himmel« mit China im Kern dreier konzentrischer Kreise (Chinas Ökumene, Nachbarländer, Tributstaaten) wird zukunftsfähig in einem »nichthierarchischen und dezentralisierten neuen Universalismus«, einer »geteilten Universalität«.

Nicht nur Konfuzius und seine Anhänger, alle späteren Konfuzianer und mithin auch Zhao Tingyang sehen in der spirituellen »Weltordnung« der West-Zhou-Dynastie (1027–772 v. Chr.) den Prototyp des *tianxia*-Modells realisiert. Eine zweite, sehr kleine Gruppe an Vordenkern mit Ge Zhaoguang als prominentestem Vertreter weist sachkundig darauf hin, daß *tianxia* eigentlich eine Imagination darstellt, die vom konkreten

Zhao Tingyang: »Tianxia: zai lixiangzhuyi [...]«, in: *Tansu yu Zhengming* 9/2019, S. 106; ders.: *Redefining a Philosophy for World Governance*, Peking 2019, S. 58–61.

Zit. in Daniel A. Bell, Wang Pei: *Just Hierarchies – Why Social Hierarchies Matter in China and the Rest of the World*, Princeton (NJ) 2020, S. 133.

»Xin tianxiashuyi sanren tan [...]«, www.thepaper.cn/newsDetail_forward_1312217; Xu Jilin: *Guojia tianxia* [...], 92021, S. 441 f.

Geschichtsverlauf zu keiner Zeit eingelöst wurde. Zhaos »Inklusive Welt«-Denken war in Tat und Wahrheit ein Denken und Handeln in den Kategorien »Innen« (Zivilisation, Chinesen) und »Außen« (unzivilisierte Barbaren). Die politische Tradition Chinas kannte keine Gleichheit zwischen Kulturen unterschiedlicher Länder, beruhte vielmehr auf einer zivilisationshierarchischen Ordnung der bekannten Welt mit China in der Mitte als Zentrum und Höhepunkt zivilisatorischer Entwicklung, umgeben von »gekochten« (= zivilisierten, akkulturierten) und jenseits »rohen« (unzivilisierten) Barbaren. Die Geschichte der Beziehungen der Han-Chinesen zu ihren Nachbarn ist von wechselseitiger kultureller Beeinflussung und einem Nebeneinander von friedlichen wie kriegerischen Aspekten, jeweils abhängig von der eigenen militärischen Stärke und der des Gegners, geprägt.

Zhao spricht vom heutigen China als Vielvölkerstaat mit *tianxia*-Prägung. Bei einer ethnischen Struktur, in der die Han-Chinesen mit über 91 Prozent die Bevölkerungsmehrheit unter 56 anerkannten und 19 nichtanerkannten Ethnien aufweisen, ist dies zumindest ein fragwürdiger Begriff, besser sollte von ethnischen Minoritäten denn von »Völkern« die Rede sein. Gänzlich unzutreffend wird das *tianxia*-Attribut, wenn man Chinas Politik gegenüber diesen Minoritäten, vor allem den größeren und nichtbotmäßigen unter die Lupe nimmt. Tibet und Xinjiang sind seit geraumer Zeit einer politisch gelenkten, systematischen demographischen Überwältigung durch Han-Chinesen ausgesetzt.

Ein Blick auf die Veränderungen der historischen Grenzen und die Militärgeschichte Chinas belegt zweifelsfrei einen kolonisatorischen Expansionismus mit zivilisatorischem Anspruch, eine zivilisatorische Erlösung von Nicht-Han-Kulturen durch die Han-Zivilisation, die Essenz aus einer Vielzahl von Lokalkulturen der chinesischen Ökumene. Zhaos »Whirlpool«-Formel (Kahn-Ackermann: »Mahlstrom«) von einer zivilisatorischen Zentripetalkraft, die, ausgehend von der »Zentralebene mit ihrer spirituellen Welt«, letztlich zu Wachstum ohne expansionistische Attitüde geführt habe, kann schon militärhistorisch nicht überzeugen, was ein Blick aufs Altertum zeigt. Für die modellhafte *tianxia*-Ära (West-Zhou-Zeit) wird von den einzigen authentischen Schriftquellen, den Bronzeinschriften, reges kriegerisches Treiben überliefert. Es gab zahlreiche Einfälle von »Barbaren« aus allen Himmelsrichtungen sowie präemptive und reaktive Feldzüge mit Vernichtungs- und/oder Kolonisierungsabsichten gegen sie. Mit insgesamt 14 stehenden Heeresverbänden als militärischem Rückgrat gebärdeten sich die Zhou als martialische Eroberer, aber auch als Beschützer ihrer Lehensstaaten, die bei Verletzung der Lehenspflichten militärisch gezüchtigt wurden.

In der nachfolgenden »Frühling-Herbst«-Periode (722–464 v. Chr.) fanden dann in 258 Jahren 1211,5 größere Militärereignisse statt (solche mit »Barbaren« wurden mit 0,5 gezählt), die dazu führten, daß von 110 nur 22 Staaten überlebten. In der anschließenden »Zeit der Kämpfenden Staaten« (464–221 v. Chr.) fanden in 243 Jahren 488,5 Kriege bedeutend größeren Umfangs und Dauer, *levée en masse*, mehrjährige Stadtbelaagerungen und längere Kampagnen mit bis zu 13 Schlachten statt. Eine wie immer geartete spirituelle Mäßigung des Verhaltens von Konfliktparteien, wie Zhao sie dem *tianxia*-Modell zuschreibt, ist historisch-kritisch gesehen auch für den weiteren Geschichtsverlauf nicht zu belegen. Der Blick auf den Zeitraum zwischen 960 und 1911 in Chinas größter Militärchronologie weist 1761 bedeutendere Ereignisse dies- und jenseits der Grenzen aus, also statistisch 1,8 Ereignisse pro Jahr. Nicht berücksichtigt sind hier militärische Einsätze aus Garnisonen gegen das alltägliche endemische Banditentum, die Niederschlagung lokaler Aufstände, Hunger- und Steuerrevolten.

Zu den populärsten historischen Mythen im In- und Ausland zählen die angeblich außergewöhnliche Aggressionsarmut und die Friedfertigkeit der chinesischen Gesellschaft. Dies wird auch von allen VRCh-Futurologen bedient. Nach zwanzig Jahren Quellenstudium zu Kriminalität und Alltagsgewalt in Chinas Geschichte und Gegenwart sowie einschlägigen eigenen Erfahrungen im Land mutet dieser Mythos schlichtweg bizarr an. Er fußt auf einer kollektiven Amnesie als Folgeerscheinung einer jahrhundertewährenden konfuzianischen Elitenpropaganda. Doch ebendiese Eliten zeigten sich bei genauerer Inspektion horizontal gegen ihresgleichen und vertikal gegen Angehörige untergeordneter sozialer Strata keineswegs

Vgl. aisixiang.com,
14. Oktober 2015.

Zhao Tingyang: *Tianxia de dangdaixing*, Peking 2016,
S. 141.

Siehe z. B. Nicola Di
Cosmo: *Ancient China and
its Enemies*, Cambridge
2002.

Peter C. Perdue: *China
Marches West*, Cambridge
(MA) 2005.

Raimund Th. Kolb: *Die
Infanterie im Alten China*,
Mainz 1991, S. 120–126.

Siehe u. a. Christina
Gilmartin in *Violence in
China*, hrsg. von
Jonathan N. Lipman und
Stevan Harrell, New York
1990, S. 203–219; Barend
J. ter Haar in *Meanings of
Violence*, hrsg. von Göran
Aijmer und Jon Abbink,
New York 2000,
S. 123–140; William T.
Rowe: *Crimson Rain*,
Stanford 2007.

He Fangchuan *jiaoshou shixue lunwenji*, Peking 2007, S. 192.

Jiang Qing: *A Confucian Constitutional Order*, Princeton 2013.

Raimund Th. Kolb: »Im Schattenreich der ›sozialistischen Marktökonomie‹ Chinas«, in: *Tumult*, Winter 2020/21, Nachweise dort.

Zhao Tingyang: *Redefining a Philosophy for World Governance*, Peking 2019, S. 65.

gewaltabgewandt. Die Vorstellung einer konfuzianisch-ethisch beherrschten vormodernen Gesellschaft wird selbst von ihrem Kern, den Familien und Lineagen, nicht überzeugend eingelöst. Daß auch namhafte Historiker diesem Mythos verfallen sind, zeigt beispielsweise He Fangchuan, der seinen Landsleuten den Besitz eines »Friedensgens« zuschreibt.

Die KPCh bekämpfte Konfuzius und den Konfuzianismus kampagnenartig von 1966 bis 1967 (heiße Phase der Kulturrevolution) und von 1973 bis 1975 (in Eintracht mit dem gestürzten Lin Biao). Ein Wust an pseudowissenschaftlichen Aufsätzen, an Pamphleten und Cartoons – die am weitesten verbreitete Serie trug in verschiedenen Aufmachungen den Titel *Das verbrecherische Leben des Kong Alte Zwei [= Testikelpaar]* – ergoß sich in Millionenaufgabe und verschiedenen Versionen über die Bevölkerung.

Mit Beginn der Reformperiode 1980, insbesondere seit sich die Gesellschaft massiv sozial desintegriert, wird die moralische Kraft des Konfuzianismus beschworen, er soll existentielle Unsicherheiten lindern helfen und das kulturelle Selbstbewußtsein fördern. Zu seinen ehernen Werten gehören Elitismus, Meritokratismus und die Herrschaft von Weisen und Tugendhaften als erzieherisches Vorbild für das Volk. Wenn Futurologen ihre aus dem Altertum geschöpften und der Gegenwart anverwandelten Modelle unter die Kautel einer Erfüllung dieser Forderungen stellen und wie Jiang Qing, der prominenteste gegenwärtige Konfuzianer in China, den »Weg humaner Autorität« (*wangdao*) und die Vertretung »heiliger Werte« sowie »freie Rede« einfordern, dann kommt dies einem Affront gegenüber der KPCh-Nomenklatura gleich. Jiang stellt gar seine konfuzianische Staatsform dem Sozialismus der Partei entgegen. Man darf gespannt sein, wie lange ihm dies unter dem Mantel des Exzeptionalismus noch gestattet sein wird.

Die KPCh agiert strikt antikonfuzianisch. Der vorherrschende *crony capitalism* führte zu atemberaubenden Bereicherungen innerhalb der zentralen und lokalen Partei-Nomenklatura. David Barboza gelang 2012 der Nachweis, daß die Familie von Wen Jiabao, Premier des Staatsrates (2003–2013), ein Vermögen von ca. 2,7 Milliarden US-Dollar kontrolliert. Eine Nichte von Xi Jinping erwarb 2009 eine Villa an der Repulse Bay in Hongkong für 19,3 Millionen US-Dollar und weitere fünf Appartements. Qi Qiaoqiao, die Schwester, ist geschäftlich verknüpft mit dem Immobiliencycoon Wang Jianlin, dem mit einem Vermögen von ca. 22,7 Milliarden US-Dollar reichsten Mann Chinas. Zutiefst antikonfuzianisch sind beispielsweise auch die Anstrengungen des Parteistaates zur elektronischen Totalüberwachung der Bevölkerung und das rigide »Sozialkreditsystem«; letzteres erinnert an die in der späten Kaiserzeit (1369–1911) populären »Richtlinien für Verdienste und Missetaten« (*gongguoge*) mit ihren im Pantheon geführten Punktesystemen, die über himmlische Belohnung und Bestrafung im Diesseits und im Jenseits entschieden. Ihnen jedoch unterwarf man sich freiwillig aus eigener Überzeugung.

Die Lektüre der verschiedenen Zukunftsentwürfe zu Chinas Rolle in der Welt sollte vor dem Hintergrund des sich tatsächlich vollziehenden politischen Geschehens erfolgen. Um einer weiteren Glaubenskrise wie der in den 1980er Jahren vorzubeugen (Verlust des Glaubens an Sozialismus, Marxismus und Partei), setzte 1991 eine »patriotische Erziehungskampagne« ein, die den Mythos der »Hundertjährigen Erniedrigung« (1839–1949) und des Exzeptionalismus bedient, die eminente Rolle der Partei auf dem Weg zu Chinas erneuter Größe beschwört und die historische Erinnerung ganz in den Dienst des Nationalismus stellt. Chinas Nationalismus ist heute ein strikter Han-Nationalismus, ganz und gar kein inklusiver. Er führte u. a. zu Neo-Traditionalismen wie der seit 2001 aktiven »Han-Kleider-Bewegung« (*hanfu yundong*), die sich dem Motto »Han-Kleidung auf dem Leib bedeutet eine friedliche Lebensspanne« (*hanfu zai shen pingan yi sheng*) verschrieben hat, gemeinsame kulturelle Aktivitäten durchführt und sich eine ethnisch homogene, perfekt geordnete und sichere Gesellschaft wünscht. Dieser Eutopie näher zu kommen würde zunächst eine konfuzianisierte Partei, strikten Meritokratismus und ein funktionierendes Rechtssystem voraussetzen. Die Chancen dafür könnten nicht schlechter stehen. Aber sie stehen auch schlecht für die ganze Welt, denn »wenn das *tianxia*-System nicht angenommen werden sollte, um die globalen Risiken unter Kontrolle zu bringen«, so Zhao Tingyang, dann »verlieren die menschlichen Wesen sehr wahrscheinlich ihre Welt«. Trübe Aussichten insgesamt! ■

Institut für Staatspolitik – neue Studien

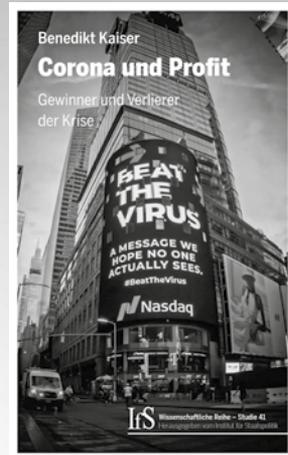
Benedikt Kaiser

Corona und Profit

Gewinner und Verlierer der Krise

92 S., brosch., 7 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 41



In jeder Krise gibt es Gewinner und Verlierer. Und in jeder Krise werden bestimmte Entwicklungen und Trends verstärkt. Das ist im Kontext von »Corona« bzw. »COVID-19« nicht anders: Die Viruserkrankung potenziert bestehende Zeittendenzen erheblich – hin zum Überwachungs- und Bemutterungsstaat, hin zu einem Kapitalismus neuen, digitalen Typs, hin zu einer Gesellschaft, in der ein Angstregime die alte »Normalität« verdrängt.

Nach dem ersten Schock durch Viren, Lockdowns und Regierungsversagen ist es erforderlich, Ordnung und Klarheit dort, wo beides verloren ging, soweit wie möglich wiederherzustellen. Die vorliegende Studie will dazu für die deutsche Lage auf wesentlichen Feldern – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – die notwendigen Schritte unternehmen. Am Ende steht zudem die in Thesen zu beantwortende Frage: Was setzt der Widerständige all dem entgegen?



Institut für Staatspolitik

Der Weg in den Mainstream

Wie linke Journalisten den Ton angeben

72 S., brosch., 7 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 40

Restle ist kein Einzelfall, Gensing ebensowenig. Wieso dürfen radikal linke Publizisten in der *Tagesschau* und in eigenen Formaten auf Steuerzahlerkosten Propaganda verbreiten? Warum sind viele extreme Linke bei den Massenmedien in Lohn und Brot? Was sagt das über unsere Medienlandschaft aus? **Diese Studie enthüllt Netzwerke und Seilschaften linker Agitatoren.**

**Erweiterte, um aktuelle
Debatten und »Polizei-Skandale«
ergänzte Neuauflage**

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel.: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

Wollte schon mal jemand für die Regenbogenfahne sterben?

Patrick Buisson und Alain de Benoist im Gespräch

Wer annimmt, Alain de Benoist und Patrick Buisson hätten sich nichts zu sagen, ist doch der eine Heide und der andere Katholik, irrt sich. So manches verbindet die beiden. Die Veröffentlichung von Buissons *La Fin d'un monde (Das Ende einer Welt)* ist ein vortrefflicher Anlaß, dies darzulegen. Wir drucken dieses vortreffliche Gespräch mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift *Éléments* in der Übersetzung von Christa Nitsch.

ALAIN DE BENOIST: Sie haben ein wunderbares Buch geschrieben. Es ist die Geschichte eines rasanten Niedergangs: Es war einmal eine Gesellschaft, in der schätzte man »Unentgeltlichkeit, Solidarität, gegenseitige Hilfe, Selbstlosigkeit um des Gemeinwohls willen, den Vorrang der *vertu publique* vor dem egoistischen Kalkül, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Nationalgemeinschaft und den Willen, ihr zu dienen, selbst wenn man dabei die eigene Bequemlichkeit und seine Privatinteressen zurückstellen mußte«. Ihre Geschichte beschreibt, wie wir binnen einiger Jahrzehnte aus dieser Gesellschaft in eine hineinschlitterten, die all ihrer Bezugsgrößen verlustig ging, in der die Ethik verschwand, während Moralin alles überwucherte, sprich: wie wir zu einer Gesellschaft von Individuen wurden, die zwischen der Leere und dem Zu-Vollen dahintaumelt und auf das Chaos zuzusteuern scheint. Sie zeigen dies anhand von drei großen Hauptthemen auf: am »Zusammenbruch des Glaubens«, am Verhältnis zum Tode, am Ende von Vaterschaft und Männlichkeit, das heißt an der radikalen Infragestellung des Mannes, der Autorität, der Vertikalität, kurz: des Gesetzes im Lacanschen Sinne des Wortes. Und all dies geschah in weniger als einem halben Jahrhundert!

Mir will nun aber gerade der hier abgesteckte Zeitrahmen nicht gefallen. Aus welchen alten Wurzeln speist sich diese Entwicklung, die sich immer mehr beschleunigt? Nicht an allem ist der Mai 68 schuld. Weit gefehlt! Welche Rolle spielte das Erstarken der bürgerlichen Klassen und mit ihnen das Aufkommen der ökonomischen Ideologie, die Etablierung der Vorrangstellung der Marktwerte und der Idee, daß der Mensch vor allem ein Konsument ist, der sich

nur um die Maximierung seines privaten Interesses kümmern soll?

PATRICK BUISSON: Beginnt die bürgerliche Revolution mit der Renaissance? Mit der Reformation? Der Aufklärung? Eins ist auf jeden Fall gewiß: Sie ist zunächst eine Revolution der Mentalitäten. Diese geht der politischen Revolution voraus, denn die Machtergreifung ist immer nur eine Ratifizierung. Das bürgerliche Denken ist eine Ausgeburt Lockes und des angelsächsischen Utilitarismus, von dem Joseph de Maistre sagte, er sei durchdrungen vom »Mief eines stickigen Krämerladens«, während die Aufklärung nur sein Nebenprodukt ist. Auf den Punkt bringt dies Flauberts Aussage: »Bürgerlich nenne ich den, der niedrig denkt.« Niedrig denken heißt, die Metaphysik auf die Physik zu reduzieren. Niedrig denken heißt im Grunde genommen, gar nicht zu denken, wenn jegliches Denken, wie Tolstoi behauptet, von Natur aus theologisch ist, insofern ihm die Beschäftigung mit den letzten Dingen, Tod, Gott und Ewigkeit, zugrunde liegt. Das 20. Jahrhundert war einerseits das Jahrhundert der »Beschleunigung der Geschichte« – so formulierte Daniel Halévy eine Einsicht, die dem entspricht, was die Veden als »Sturz der Zeiten« kennen; andererseits war es das, was René Guénon die Heraufkunft des Reichs der Quantität nennt, also die Umkehrung des Verhältnisses von Oben und Unten. Wenn wir nur noch mit dem *quantum* argumentieren, unterscheiden wir nicht mehr zwischen Madonna und der Madonna, zwischen Gay Pride und Karfreitagprozession, zwischen einer Kathedrale und einem Atomkraftwerk oder, wie weiland Roland Barthes, zwischen einem Gedicht von Baudelaire und einem Apothekenflyer. Die »Fünfzehn Jammerjahre« (1960–1975), die ich in *Das Ende einer Welt* beschreibe, sind Dreh- und Angelpunkt im Beschleunigungs- und Verstärkungsprozeß, der aus dem *homo oeconomicus* das Zielmodell des menschlichen Abenteurers zu machen beabsichtigt. Die Boomer-Generation – das sind (mit einem Ausdruck von François Hollande) die Fußgänger des Mai 68 – wuchs im prometheischen Traum von einer gewissen Unsterblichkeit, unermesslicher Macht und der Kontrolle über



■ *Kositza und Sellner im Gespräch mit Lesern.*

Ein Tag der Offenen Tür in Schnellroda

Eingelöste Versprechen: Im Sommer des vergangenen Jahres verkauften wir 500 Exemplare einer Festschrift binnen 24 Stunden. Der Erlös lag für ein Sommerfest oder eine Debatte mit Linken bereit. Linke fanden sich nicht, also luden wir 300 Leser ein. Wir begingen zwei sonnige Tage ohne Auflagen, diskutierten, trugen vor, vernetzten, speisten und tranken. Wir hauten den gesamten Erlös auf den Kopf.

Caroline Sommerfeld und Martin Sellner reisten aus Wien an und setzten auf dem Podium ihre Gespräche fort: Aktivismus oder Selbststretzung? Kontrollierte Opposition oder völlige Abkehr? Maximilian Krahl und Stefan Scheil sorgten am Sonntag für einen Höhepunkt und im Netz für heftige Reaktionen: Wieviel geschichtspolitisches Zugeständnis ist vertretbar, wenn man sich Rußland annähern will? Ist dies nur um den Preis möglich, nun auch vom deutschen »Überfall« zu

sprechen? Kann, was so lange her ist, verschleudert werden? Dann Susanne Dagen und Ellen Kositza, »Aufgeblättert – zugeschlagen«, das Literarische Trio, mit Benedikt Kaiser als Gast. Literarisch weiter am Abend: Erik Lehnert und Götz Kubitschek stellten den siebenbürgischen Schriftsteller Hans Bergel vor, und mit ihm auch dieses verlorene Land im Karpatenbogen.

Wir müssen nicht wieder wetten und etwas ausloben, um im kommenden Jahr einzuladen. Nur wird es anders sein: Den Moment der Befreiung aus irrsinnigen Zwängen, Zwangsmaßnahmen, Absurditäten wird kaum jemand noch einmal so erleben, also die skeptische Anmeldung, den Aufbruch, die Ankunft, weg mit der Maske, bekannte Gesichter, neue Leute, Sonne und tatsächlich Dankbarkeit für ein paar normale Stunden. Als wäre man entwöhnt worden. Tatsächlich: Wir waren entwöhnt. ■



■ *Kaiser am Tresen und als Dritter im Literarischen Trio zwischen Kositzka und Dagen.*



■ *Aktivismus oder Selbstrettung? Sommerfeld und Sellner, moderiert von Kubitschek.*



■ *Literatur live: Lehnert und Kubitschek über den Schriftsteller Hans Bergel.*



- *Scheil und Krah 1941 – Präventivkrieg oder Überfall?*



- *Endlich wieder volle Säle.*

das Leben auf, einem Traum, der genährt wurde von der stark gestiegenen Lebenserwartung, der allgemeinen Zunahme des Wohlstands und den Fortschritten der Wissenschaft. Daher kommt auch das, was Paul Yonnet die »Entfesselung der Ich-Kräfte« genannt hat: Diese zertrümmert die alte katholische, allumfassende Kultur und fördert das infantile Verhalten der Jugend als Lebensart und Antriebsfeder der Marktideologie. Ab da gelingt es dem Markt, das Sakrale abzuräumen, indem er ein kohärentes Projekt zur Zerstörung der spirituellen Substanz des Menschen und der antiken, aristokratischen Konzeption auf die Beine stellte, einer Konzeption, welche – mit einem Wort Solschenizyns – den Menschen als Bestimmung das Streben vorgeschrieben hatte, »aus diesem Leben als höhere Wesen zu scheiden als die, die sie waren, als sie es bei ihrer Geburt betreten«. Das glatte Gegenteil der Moderne, die man als unerbittliche Herabsetzung allen menschlichen Strebens, als ein fortgesetztes Abrutschen definieren kann.

ALAIN DE BENOIST: In bezug auf die Glaubenskrise habe ich die gleiche Beanstandung vorzubringen. Auf den gut hundert Seiten, die Sie diesem Thema widmen, gewinnt man den Eindruck, daß Sie das ganze Debakel auf das Zweite Vatikanische Konzil zurückführen. Ich vermute aber, daß das Zweite Vatikanum nicht so sehr Ursache als vielmehr Konsequenz des Schlamassels ist. Gerade weil die Kirche den Glauben zusammenbrechen sah (die »Entchristlichung der Massen«), glaubte sie dem Verfall wirksam entgegenzutreten zu können, wenn sie sich zu Kompromissen mit der Moderne bereit erklärte – das Ergebnis kennen wir. Es gibt da einen anderen Umstand, den Sie zwar benennen, aber für meine Begriffe etwas zu schnell abhandeln: das Ende der bäuerlichen Welt, in der die mit der Volksfrömmigkeit verbundenen Traditionen wie selbstverständlich den Rhythmus der Jahreszeiten- und der Generationenabfolge markierten. Kam denn nicht dieser »stillen Revolution« die eigentliche Schlüsselrolle zu?

PATRICK BUISSON: Unbestritten. Das Ende der bäuerlichen Welt ist eine der Hauptursachen des historischen Niedergangs des Katholizismus in Frankreich. Die vielhundertjährige Allianz zwischen bäuerlicher Lebensweise und Kirche, gegründet auf einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen natürlichem Zyklus und liturgischem Jahr, wurde Anfang der 1960er Jahre aufgekündigt, wobei auch das zugehörige symbolische Universum verdrängt wurde. Bis zu dieser Zeit waren für einen Christen die natürlichen Phänomene Symbole der übernatürlichen Ereignisse und nicht umgekehrt. Ostern bedeutete nicht das Wiedererwachen der Natur, sondern das Wiedererwachen der Natur war das natürliche Symbol für die Auferstehung Christi; Weihnachten bedeutete nicht die Wintersonnenwende, sondern die Wintersonnenwende war die in die Natur eingeschriebene Geburt Christi. Das webende Leben der Erde setzte eine implizite

Entzifferung des Symbolismus voraus, zu dessen Hüterin die Kirche als Wegbereiterin zu Gott geworden war. Der nachkonziliare Klerus sollte aber nicht eher ruhen, als bis er diesen Symbolismus restlos entsorgt hatte durch die Streichung des Ritus – von der Tradition »Quatember« genannt –, mit dem die Wiederkehr der einzelnen Jahreszeiten einst feierlich begangen wurde. Entwurzelung und massive Landflucht führten dann zum endgültigen Verlust der symbolischen Entzifferungskunst, dem dann die Verödung folgte – von einem Jean Ferrat in die prägnanten Worte gefaßt: »Man muß wissen, was man liebt. / Eine Sozialwohnung beziehen, / Hormonhähnchen genießen.« Im Gegensatz zum alten ländlichen Universum ist die moderne Welt die Welt der Künstlichkeit par excellence. Keine moderne Erfindung – dies bemerkte bereits Gustave Thibon – ist in Poesie übersetzbar, keine technische Neuerung bietet eine symbolische Analogie für ein Gleichnis. Es ist nur folgerichtig, daß heute diese Welt von der »Künstlichen Intelligenz« gekrönt wird, bei der das Adjektiv offensichtlich die Verneinung dessen darstellt, was es bestimmt. Es handelt sich, mit anderen Worten, um den Triumph des Künstlichen und die Niederlage der Intelligenz. In weniger als einem halben Jahrhundert sind wir aus einem von Symbolen bevölkerten Universum in eine Welt ausgewandert, die von Fälschung und Parodie dominiert wird.

ALAIN DE BENOIST: Auf den höchst einprägsamen Seiten, die Sie dem »Massaker des Sakralen« gewidmet haben, weisen Sie zu Recht darauf hin, daß die Kirche in ihrem Bestreben, zu den »Ursprüngen des Glaubens« zurückzukehren, in gewissem Sinne den Glauben gegen die Religion ausgespielt hat und damit wesentlich zum Verschwinden des Sakralen beigetragen hat, das vor allem in den unteren Volksschichten verwurzelt war. Das ist sicherlich zutreffend, doch müßte man nach dem Vorbild der großen Religionshistoriker – angefangen mit Rudolf Otto und Mircea Eliade – auch daran erinnern, daß das Christentum als erstes den Anstoß zur »Entzauberung der Welt« gegeben hat, indem es das *sacer* durch das *sanctus* ersetzte. In der Antike gab es heilige Orte (*lieux sacrés*), heilige Berge (*montagnes sacrées*), heilige Quellen (*sources sacrées*), heilige Haine (*bosquets sacrés*) und Wälder (*bois sacrés*) – alles Quellen einer natürlichen Hierophanie. Die Theologen haben das *sacer* zu einem Attribut Gottes reduziert (das Heiligste Herz Jesu: *Sacré-Cœur*), um dann nur noch von der Heiligen Familie (*la Sainte Famille*), der Heiligen Dreifaltigkeit (*la Sainte Trinité*), der Heiligen Schrift (*les Saintes Écritures*), der Heiligen Stadt (*la Ville sainte*), dem Heiligen Stuhl (*Saint-Siège*) etc. zu sprechen. Doch sind das Heilige in der Bedeutung *sanctus* und das Heilige in der Bedeutung *sacer* keineswegs dasselbe. Heiligkeit als *sanctitas* ist eine moralische Größe, was auf das Sakrale keineswegs zutrifft ...

PATRICK BUISSON: Die gegen das Sakrale gerichtete Zerstörungswut des konziliaren Klerus

ist tatsächlich das hervorstechende Kennzeichen dieser Epoche. Man will mit der göttlichen Majestät nichts mehr zu tun haben, nichts mehr mit der Ehrfurcht, die sie automatisch einfordert. Man muß in Montherlants Theaterstück *Port-Royal* blättern, um einen Mönch zu finden, der Gott noch mit »Eure Majestät« anspricht. Man lehrt die Gläubigen, daß Christus der Sinn für das Sakrale in solchem Maße fremd war, daß er wegen Blasphemie verurteilt wurde und daß es allein auf die Heiligkeit im Sinne der *sanctitas* ankomme. Doch wird man nichtsdestoweniger einräumen müssen, daß selbst die *sanctitas* Christi Aussetzer gekannt hat – wie sonst will man erklären, daß er sich aus Stricken eine Geißel flocht und mit ihr die Händler aus dem Tempel jagte? Man muß sich wirklich auf der niedrigsten Stufe der modernen Entartung befinden, um sich – ohne die Ausrede zu haben, Deutscher oder Protestant zu sein – einen nichtsakralen Gott vorzustellen. Der Gegensatz zwischen *sanctus* und *sacer* geht auf eine doppelte Reduktion zurück. Er reduziert einmal das Sakrale auf die *sanctitas* bzw. gibt vor, es zu tun, indem er dem Sakralen ausweicht, und reduziert überdies die *sanctitas* auf die Moral. Das nun bringt, wenn überhaupt, »kleine Heilige« hervor, keineswegs aber Heilige. Was Menschen voneinander unterscheidet, ist ja gerade ihr Bewußtsein des Sakralen. Für den traditionellen Menschen ist alles sakral; das Universum ist ein Tempel. Für den modernen Menschen ist alles profan (*profanum*, vor dem Tempel befindlich), anders gesagt: alles ist profaniert. Die berühmte »Entzauberung der Welt«, welche den Menschen laut Max Weber von der technischen Wissenschaft beschert wird, ist nichts anderes als die Profanierung der Welt.

ALAIN DE BENOIST: Die Volksfrömmigkeit ist da viel breiter angelegt. In Riten, die sie aus uralten Kulturen ererbt hat, hat sie das Sakrale am Leben erhalten. In ihr behauptet die Orthopraxis die Vorrangstellung vor der Orthodoxie. Dies ist sogar das hervorstechende Merkmal dessen, was Sie selbst »Heidenchristentum« nennen. Mit Jean Delumeau neige ich eher zur Vorstellung, daß das Christentum nur solange überleben konnte, als es oberflächlich christianisierte, heidnische Riten (die »dionysische Verehrung«, den »rituellen und zeremoniellen Katholizismus«) zu bewahren wußte. Wo ist heute das Sakrale geblieben?

PATRICK BUISSON: Einschränkend möchte ich dazu bemerken: Alles, was von den Heiden auf uns gekommen ist – diese Beobachtung stellte übrigens bereits René Guénon an –, verdanken wir der Vermittlung des Christentums, das sich diese heidnischen Elemente aneignete. Doch stimme ich vollkommen mit Pater Daniélous Aussage überein, das Christentum habe des heidnischen Menschen bedurft, damit er es rette, und es habe niemals Christen im Reinzustand gegeben, sondern nur Heiden auf unterschiedlichen Bekehrungsstufen. Als er seinen Kreuzzug ausrief, um das Christentum von den heidnischen Elementen

zu säubern, ist der konziliare Klerus das Risiko eingegangen – so Le Roy Ladurie –, »alles gleichzeitig zu töten«. Von dieser Warte aus betrachtet, ist die Bilanz verheerend. Demgegenüber schneiden die eingesetzten Ersatzheiligtümer aber auch recht miserabel ab. Heute gehört es zum guten Ton, bei jeder Krise die »Werte der Republik« zu beschwören, unbeschadet der Tatsache, daß dieses republikanische *sacer* schon längst aufgrund der Schwäche seines symbolischen Apparates gescheitert ist. Eigentlich hat nie jemand wirklich daran geglaubt. Erinnern Sie sich bloß an Talleyrands Ausspruch gegenüber Lafayette, als er zum Altar hinaufstieg, um das Föderationsfest am 14. Juli 1790 zu zelebrieren: »Ich bitte Sie, bringen Sie mich nicht zum Lachen.« Paradoxerweise gibt es das republikanische *sacer*, das zum Nachsehen der monotheistischen Religionen ein Recht auf Blasphemie anerkennt, nur dank der Repression, die der Gesetzgeber gegenüber jenen Blasphemien eingeführt hat, die die Werte der Republik verletzen. Damit läßt er letzteren einen Schutz angedeihen, den er den anderen Religionen verweigert: durch das Loi Plevin gegen Anstachelung zu rassistischer Diskriminierung, Rassenhaß etc., durch das Loi Gayssot gegen Holocaustleugnung, durch das Loi Taubira über Menschenhandel und Sklaverei, durch das Loi Raffarin gegen Homophobie.

ALAIN DE BENOIST: Sie haben recht: Der Mensch kann seinem Leben nur dann einen Sinn verleihen, wenn er das Gefühl hat, daß es da über ihm etwas gibt, das ihn erhebt und sein individuelles Ich unendlich übersteigt. Etwas, was ihm auch als Rechtfertigung dient, sein Leben hinzugeben, sollten die Umstände dies erheischen. Dieses Etwas kann Gott sein, aber auch ein Ensemble von ethischen Regeln, von tiefen Überzeugungen, der Sinn für die Gemeinschaft und die Heimat, ein großes Gemeinschaftsprojekt – alles Dinge, die heute zu verschwinden drohen, weil unsere Zeitgenossen überzeugt sind, daß man nur sich selbst verpflichtet sei und daß nichts schlimmer sei als der Tod. »Der *homo religiosus* ist in seine Endphase eingetreten«, schreiben Sie. Doch gibt es keine Sozialität ohne Sakralität. Der Haken dabei ist, daß Voluntarismus in diesem Bereich wenig hilft. Rousseaus »Zivilreligion«, der Kult des Höchsten Wesens während der Französischen Revolution sind verpufft. Ähnlich erging es den Säkularreligionen, die während der letzten zwei Jahrhunderte so viele enthusiastische Bewegungen hervorgebracht haben. Was mich betrifft, so bin ich wie Marcel Gauchet der Überzeugung, daß das Christentum wahrhaftig die »Religion des Ausgangs aus aller Religion« war. Was sollen wir also tun?

PATRICK BUISSON: Die Pandemie kam gerade rechtzeitig, um uns durch die Panik, die sich der französischen Gesellschaft bemächtigt hat, daran zu erinnern, daß das ununterdrückbare Bedürfnis der Menschen weder die Einforderung der Gerechtigkeit noch die Einforderung der Ordnung ist, sondern die Einforderung von

Bedeutung. Sie wollen, daß man ihnen Hoffnung oder Utopie gibt, Gründe, um zu leben, und, was weit schwieriger ist, Gründe, um zu sterben. Die Zerstörung des Religiösen – man konnte es an der explosionsartigen Zunahme der depressiven Pathologien ablesen – bringt soziales Elend hervor. Die Psychologen haben die Beichtväter ersetzt, doch ist dies kein Nullsummenspiel für die öffentlichen Ausgaben, wenn man auf die 65 Millionen Schachteln Psychopharmaka schaut, die man in Frankreich jährlich verbraucht. Die Frage ist nicht, ob Religion, wie Marx sagte, Opium des Volkes sei, sondern vielmehr, welche Qualität das Opium hat, das man dem Volk verabreichen kann? Welches kollektive Sakrale, welches substantielle Gemeinsame kann man noch den Franzosen anbieten, damit sie sich wieder zu einer Gemeinschaft zusammenschließen? Bei den Säkularreligionen, von denen Sie sprachen, fällt mir auf, daß sie kaum mehr als eine oder zwei Generationen in ihren Bann zu schlagen vermochten. Zwischen »Transaszendenz« und »Transdeszendenz« unterscheidend, hat Jean Wahl gezeigt, daß Überschreitung allein nicht genügt. Ausschlaggebend ist, ob die Überschreitung nach oben oder nach unten erfolgt. Die modernen Religionen waren Transdeszendenzen, die nichts gründeten, nichts überlieferten. Die Kirche allein vermochte es über lange Zeit hinweg, die desakralisierende Moderne und den Individualismus in Schach zu halten, weil sie Lehrmeisterin und gleichzeitig Hüterin der von Simone Weil *metaxu* genannten »Vermittlungen« war, dieser Formen, die die Bildung der Menschen und die Überlieferung dessen, was überliefert werden mußte, um zu Gott zu gelangen, verbürgten. Und dann kam der große Zusammenbruch der 1960er Jahre ...

ALAIN DE BENOIST: In mehreren Interviews haben Sie verkündet, mehr Respekt für einen Moslem zu empfinden, der fünfmal am Tag seine Gebete verrichtet, als für einen Bobo auf seinem Roller. Abgesehen von dieser Formulierung behaupten Sie auch, daß das Hauptproblem nicht der Islam an sich sei, sondern die Immigration (was Sie eindeutig von einem Éric Zemmour unterscheidet). Wer nicht fähig ist zu glauben, findet den Glauben der anderen unverständlich. Könnten Sie diesen Gedanken, der in Ihrem Buch nicht auftaucht, näher erläutern?

PATRICK BUISSON: Beim Kreuzzug der Neokonservativen von einem Kampf der Kulturen zu sprechen ist Betrug. Was wir hier angeblich verteidigen sollen, ist nicht die traditionelle Kultur des Abendlandes, es ist eine Unkultur, die wir meistens nicht als das erkennen, was sie ist, und auch nicht beim Namen nennen, den sie verdient. Was können wir schon dem islamistischen Feind entgegensetzen außer der Obszönität des Marktes, dem Recht auf Blasphemie und der Genderideologie? Der Teil an Sakralität, den der neue Islam in Frankreich noch enthält – ein entwurzelter Islam für Entwurzelte –, ist uns gänzlich fremd geworden. Im Abscheu vor dem Islam kommt teilweise eine heftige Ablehnung jener Tugenden

zum Ausdruck, als deren Bewahrer er sich sieht und die wir unterwegs verloren haben: Selbstlosigkeit, Opferbereitschaft, Gemeinschaftssinn. Eine Kultur besteht aber nur dank ihrer Märtyrer, dank derer, die bereit sind, sich für sie, wenn's sein muß, zu opfern. Um dies zu verstehen, reicht es, wieder seinen Seneca zu lesen: »Wer sein eigenes Leben verachtet, beherrscht deines.« Bin Laden sagte nichts anderes, als er verkündete: »Wir werden das Abendland besiegen, denn wir lieben den Tod genauso, wie ihr das Leben liebt.« Wer hier düstere Prophezeiungen an die Wand malt und Bürgerkriegsszenarien heraufbeschwört, ist ignorant und unverantwortlich. Wer wollte denn schon für eine Regenbogenfahne sterben?

ALAIN DE BENOIST: Ihr Werk trägt zu Recht den Titel *Das Ende einer Welt*. Doch ist das Ende einer Welt nicht das Ende der Welt. Wenn eine Welt zu Ende geht, liegt eine neue in den Geburtswehen. Wie werden Ihrer Meinung nach deren Umriss aussehen? Wer deren Protagonisten sein? Der eingeloggte, digitalisierte, überwachte, durch die Technik »vermehrte« Mensch? Ein Neomatriarchat? Oder etwas anderes? Welche konkreten Möglichkeiten einer Renaissance gibt es?

PATRICK BUISSON: Die Frage, die sich hier stellt, ist letzten Endes eine anthropologische: Als Bernanos kurz vor seinem Tod 1948 sagte, es sei nicht so sehr der Staat als vielmehr die Gesellschaft, die sich auflöse, und daß man, um Frankreich wiederherzustellen, die Franzosen wiederherstellen müsse, sah er richtig, daß die Politik nur das Instrument einer illusorischen Neuerrichtung ist. In dieser Hinsicht hat de Gaulle Frankreich seinen Martini-Sommer beschert. Der von der Technik zerlegte Mensch, durch ihre Prothesen »vermehrt« und unfähig, ohne diese zu leben, ein einfaches Anhängsel seiner Maschinen – dieser Mensch kann mit dem Sakralen nichts mehr anfangen und dadurch auch nichts mit einer Gesellschaft, egal welcher Art, wenn sich Gesellschaft durch das Sakrale definiert, das ihr Bestand verleiht – sei es nun ein religiöses oder traditionelles Sakrales oder, in geringerem Maße, ein Ersatzsakrales oder, genauer, eines der Übertragung wie Heimat oder Kultur. Das einzige was man vernünftigerweise feststellen kann, ist, daß heute die Bedingungen des menschlichen Lebens selbst untergraben werden von der Unterwerfung unter die Bildschirme, von der unaufhörlichen Gehirnwäsche durch die »Musik«, die sich die Jugend antut, kurz: von all dem, was unsere Fähigkeiten angreift, selbst die der Aufmerksamkeit und der Konzentration, ohne die aber kein Gedanke, geschweige denn Kontemplation möglich ist. Das einzige was man vorbringen kann, ist, daß nichts von all dem, was man uns verspricht oder ankündigt, und deren erste Früchte wir sehen, Zukunft hat. Und dann? Malraux setzte auf die »Unvorhersehbarkeit der Renaissance«, Jünger auf das Unwägbar der Epiphanien, und Bossuet, der kein Anhänger der Cancel Culture war, erinnerte daran, daß »Gott, immer wenn er auslöscht, schreiben will«. ■

Das Gastmahl des Leviathan

von Josef Schüßlburner

Die maßgeblichen politischen Kräfte wollen den Nationalstaat durch Europäisierung, »Gewaltmonopol der UNO«, Duldung illegaler Masseneinwanderung und dergleichen abschaffen. Sie bekämpfen damit eine europäische Besonderheit, als die sich weltgeschichtlich neben der antiken Polis der Nationalstaat darstellt und dabei die kulturelle Überlegenheit Europas erklärt. Wie wird dann die Situation nach einem möglichen Ende der Staatlichkeit sein, von dem sogar ein Carl Schmitt ausgegangen ist? Diese Frage läßt einen zum gerade erschienenen Werk des politischen Schriftstellers Hans-Dietrich Sander (1928–2017) greifen, nämlich zum *Gastmahl des Leviathan* (448 S., 42 Euro, hrsg. von Heiko Luge, Neustadt an der Orla: Arnshaugk Verlag 2021).

Dieses Buch sollte sein Hauptwerk werden, liegt aber aufgrund widriger Umstände nur als Torso vor. Auch wenn im veröffentlichten Werk die vom Verfasser angestrebte neue Grundlegung der Staatslehre nicht zu Ende geführt ist, so stellen die detaillierte Analyse der geschichtlichen und ideenmäßigen Voraussetzung der Staatsentstehung, ihrer Durchführung und vor allem die Auseinandersetzung mit den zahlreichen Staatsgegnern und deren Argumentationsmustern eine hinreichende Empfehlung für ein gründliches Studium des Werkes dar. Der Leviathan, seit dem im Buch ausführlich behandelten Thomas Hobbes ein mythisches Bild für den Staat, wird seit seinem Beginn in der Renaissance gejagt, ausgeschlachtet und verzehrt. Letzteres erklärt den Titel des Buches.

Der Staat, der zunächst als absolute Monarchie in die Welt getreten ist, wird als wesentliche Erfüllung der Renaissance angesehen. Die Staatswerdung stellt eine Antwort auf die Krise des mittelalterlichen Universalismus dar, die schließlich zu den religiösen Bürgerkriegen der Nachreformationszeit führte. Diese wiederum beschäftigten insbesondere Hobbes, nach dem es galt, den Krieg aller gegen alle zu beseitigen, da der Mensch, wenn es die Umstände erlauben, des anderen Menschen Wolf sei. Dies könnten Religion und »Werte« allein nicht ändern, eher im Gegenteil.

Die Krise dieses kirchlich dominierten Universalismus machte deutlich, daß eine Lösung

aus der säkularen Stagnation nur partikulär gefunden werden konnte, den Bedürfnissen der unterschiedlichen Völker und deren unterschiedlichen geographischen, mentalen und sonstigen Besonderheiten angepaßt. Dementsprechend ist das Werk von Niccolò Machiavelli durch die Absicht motiviert, das in zahlreiche Herrschaften – Fürstentümer, Stadtrepubliken, direkte Kirchenherrschaft – gespaltene Volk der Italiener durch Staatswerdung zur Nation zu erheben. Dazu bedurfte es einer neuen Organisationsform der politischen Herrschaft, die vor allem auf die Gesetzgebung ausgerichtet war und sich dabei nicht den vorhandenen Rechtsvorschriften mit religiöser Sanktionierung verpflichtet sah, also nicht an dieses Recht gebunden und somit »absolut« war.

Die politische Macht erhielt dadurch einen unmittelbaren Zugriff auf das Individuum, weshalb der Individualismus der Renaissance und der Absolutismus der Staatskonstruktion nicht im Widerspruch stehen, sondern sich bedingen. Um die religiöse Sanktionierung des zu ändernden Rechts zum Zwecke einer sachgerechten Gesetzgebung zu beseitigen, die wesentlich auf das echte Privateigentum auszurichten war, bedurfte es einer Trennung von Staat und Religion, wozu nach Sander in einer mit dem Christentum konformen Weise Nikolaus von Kues vorgearbeitet hat, und zwar mit dem *deus absconditus* in einer Weise, die es zu behaupten gestattet, die Renaissance sei trotz der unverkennbaren Verdienste der Italiener eine deutsche Idee gewesen. Die dabei herbeigeführte Trennung von Religion und Wissen hat der Entfaltung der Produktivkräfte vorgearbeitet, so daß der absolute Staat zum *status civilis* der Industriegesellschaft geworden ist. Wirtschaftliche Entwicklung und Nationalstaat bedingen sich.

Nach Sander ist die Staatswerdung am besten in Deutschland gelungen, wobei Friedrich der Große von Preußen eine zentrale Rolle spielte. Beim »Abriß der Staatsbildungen« legt Sander im einzelnen dar, weshalb er die Staatsbildung etwa in Frankreich und Großbritannien trotz ihrer maßgeblichen Staatstheoretiker aus unterschiedlichen Gründen als weniger erfolgreich ansieht, wobei festzuhalten ist, daß sich Machiavelli in seinem Geburtsland erst im

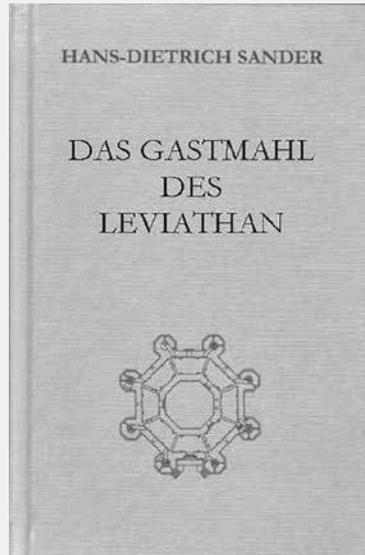
19. Jahrhundert einigermaßen durchgesetzt hat. Man könnte Sander durch Hinweis auf Lateinamerika, Afrika und die islamische Welt ergänzen, die für jeden erkennbar aufzeigen, was mangelnde Staatlichkeit bedeutet, nämlich säkulare Unterentwicklung. Jedoch: Die derzeit erkennbare Gefahr eines Auseinanderbrechens von Großbritannien und die unterschwellig in Frankreich vorhandene Befürchtung von Staatsstreich und Revolution deuten die Plausibilität der diesbezüglichen Analyse Sanders an. Wie diese Staaten in der Vergangenheit, so können sich auch die USA vor den Folgen einer nicht voll ausgebildeten Staatlichkeit nur durch Flucht in eine Imperialpolitik retten.

Dies deutet schon an, wohin die Staatsgegner die Menschheit wirklich führen. Deren von Sander ausführlich dargestellte Argumentation läuft, beginnend mit der schon längst als zirkulär erkannten Naturrechtsargumentation, auf ein Aufgreifen mittelalterlicher Elemente, insbesondere des Universalismus hinaus. Auch wenn sich die »Europäer« und die UN-Globalisten als fortschrittlich verstehen, so sind nämlich sie die eigentlichen Reaktionäre. Als derartige Staatsgegner führt Sander der Reihe nach auf: Konservatismus, Liberalismus, Technokratie, Sozialismus und Anarchismus. Diese wollen auf unterschiedliche Weise die Staatskonstruktion bis zur Abschaffung des Staates, also mit der Rückkehr zum *status naturalis*, delegitimieren. Hingewiesen sei auf die Richtung der Physiokraten, die ja begrifflich die Natur zur Herrschaft verhelfen wollten und damit – was Sander nicht zum Ausdruck gebracht hat – als die Vorläufer der reaktionären »Grünen« ausgemacht werden können. Man stört sich dabei am artifiziellen Charakter der Staatskonstruktion, der in der Tat besteht, weil alle menschlichen Errungenschaften, insbesondere die Technik, eine derartige Eigenschaft aufweisen. Besonders vernichtend ist Sanders Kritik an der sozialistischen Richtung. Hier soll es sein Bewenden mit dem Hinweis haben, daß auch nach Sander die Kritik des liberalen Reichstagsabgeordneten »und Reichskritikus« Eugen Richter von 1891 schon alle Erscheinungen des 20. Jahrhunderts bis ins Detail vorausgesehen hat.

Bei Darlegung der konservativen Staatsgegner behandelt Sander berechtigterweise eingehend den Schweizer Staatsrechtler Karl Ludwig von Haller, der mit seinem Werk der nachnapoleonischen Zeit die Bezeichnung »Restauration« verschafft hat und einen letzten Versuch markiert, politische Herrschaft auf das Eigentum zurückzuführen. Wie seinem von Sander nicht erwähnten Nachfolger, dem Libertären Hans-Hermann Hoppe, muß Haller entgegengehalten werden, daß dieses Eigentum dann nicht das kapitalistische Eigentum wäre, sondern ein der privatwirtschaftlichen Verwertung weitgehend entzogenes Feudaleigentum. Anders als eine Beschäftigung mit der sozialistischen Strömung, lohnt jedoch eine Auseinandersetzung mit der bei Sander als solche nicht genannten libertären Richtung, weil dabei auch dem Anliegen Sanders

Rechnung getragen werden kann, bei einer Analyse des Staates, also seiner Berechtigung und seiner Notwendigkeit, zur Erkenntnisfindung zumindest zunächst vom Staatsrecht abzusehen. Dies war nicht einmal Carl Schmitt gelungen, der eine Staatslehre begründen wollte, dann aber eine bloße Verfassungslehre vorgelegt hat. Diese reduziert sich dann in der BRD weiter auf einen grundgesetzlichen Verfassungsgerichtspositivismus.

Diesem und den aus ihm hervorgezauberten »Werten«, in deren Zentrum – zunehmend der Logik des Universalismus entsprechend – das Menschenrecht von Menschen zur Niederlassung im »Bundesgebiet« rückt, könnte man Sander,



und alle weiteren Bände der Werkausgabe sind bei antaios.de erhältlich.

dessen Zeitschrift *Staatsbriefe* freiheitlich »vom Verfassungsschutz beobachtet« wurde, sicherlich entgegenhalten, wäre seine Position der »absoluten Republik« im vorliegend besprochenen Werk ausformuliert und nicht nur mit Hinweis etwa auf Machiavelli angedeutet. Diesem schwebte als Republikaner derartiges schon vor – wenn gleich die realistisch eingeschätzten Verhältnisse ihn zum *Fürsten* genötigt haben. Mit dem »Fürsten« ist dabei wohl auf den Papstsohn Cesare Borgia angespielt.

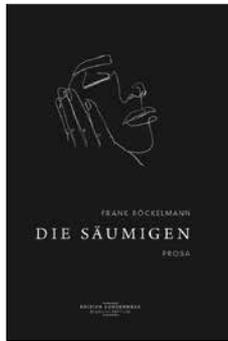
Stellt man sich, dem politischen Realismus von Machiavelli entsprechend, den bundesdeutschen Verhältnissen, die von der von Tocqueville festgestellten Politisierung des christlichen Gleichheitsgedankens geprägt sind, was sich zunehmend ins Sozialistische gehend bis zur Staatsabschaffung fanatisiert, dann bleibt wohl nur eine national-liberale Position, um dem Anliegen Sanders von Staatserhalt oder Rückgewinnung des Staatsethos weitgehend Rechnung zu tragen, mag dies für ihn auch nicht weit genug gehen. ■

Verschieberitis

Frank Böckelmann: *Die Säumigen. Prosa*, Lüdinghausen/Neuruppin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung 2021. 186 S., 19 €

Hier schreibt sich einer die Frustration vom Leib. Auf langjährige Erfahrungen als »Anreger und Verfasser« kann Frank Böckelmann zurückblicken. Mit diesen Worten umreißt er in einem der Texte, die im Band *Die Säumigen* versammelt sind, das Tätigkeitsfeld seiner Figur Gabor Schmidt, seines »Alter ego«. Das Sahnehäubchen des Buches serviert Böckelmann gleich im Vorwort. Das Projekt war einst als Gemeinschaftswerk geplant, ein Anthropologe wollte ergänzende Texte beisteuern. Nach zweijähriger »Säumigkeit« sei dieser dann durch politische Differenzen mit dem Autor von seinen Verpflichtungen »erlöst« worden. Böckelmann bewegt, ausgehend von seinem Bereich, die Frage, warum auch gute, vor allem langfristige Konzeptionen scheitern, warum die Dinge trotz ausreichender Kapazitäten immer wieder hinausgezögert werden. Man weiß, was zu tun ist, man kann es tun. Aber es findet nicht statt. Zu beobachten sind Passivität, Selbstqual und Vermeidungsaufwand, der wiederum kontraproduktiv Kraftreserven bindet. Die Beteiligten fügen sich, wissend und sehend, selbst Schaden zu. Böckelmanns großes Stichwort ist »Säumigkeit«, der mit dem ihn interessierenden Phänomen eng verbundene Begriff der Prokrastination kommt bei ihm jedoch nicht vor.

Auch wenn in den verschiedenen, nur durch das Titelthema verbundenen Abschnitten eine Reihe von fiktiven Personen auftritt, so handelt es sich nicht in erster Linie um literarische Erzählungen. Es sind eher exemplarische, zu nicht geringen Teilen offenbar auf eigenen Erfahrungen oder zumindest realen Berichten beruhende Schilderungen – mit anklagendem oder bereits resignierendem Charakter. Beschreibungen sind es, keine Lösungsrezepte. Insbesondere denjenigen, die mit dem Feld der Publizistik vertraut sind, wird vieles bekannt vorkommen, was der geplagte Gabor Schmidt (oder eben Frank Böckelmann) über die »Säumigkeit der Anderen« zu sagen hat. Etwa, daß sich um jeden Zuverlässigen »Lebenszeitverschwender« sammeln. Der als Projektleiter fungierende Schmidt muß bezüglich gegebener Zusagen immer wieder »Notpläne und Aufschübe beglaubigen«. Im Sinne des erhofften Abschlusses sei er »ein Monster der Rücksichtnahme« geworden. Früh habe er gelernt, »daß jeder Aufschub seine Eigendynamik«



gewinnt. Im Aufschub glauben die »Säumigen« dann, über sich hinauswachsen zu können – in der Regel ein Irrtum. Nach dem Scheitern stehen die Rechtfertigungen derjenigen, die nicht geliefert haben, etwa, daß die Aufgabe von vornherein unlösbar gewesen sei. Typologisierung von »Säumigen« werden angeschlossen. So gebe es den »Lückenlasser«, der »kein Buch und keinen Bericht jemals beendet«, oder den »Gesprächsblender«, der so gut erzählen kann, »daß er zwanzig Jahre lang um die Schriftlichkeit herumgekommen« sei. Anfällig für »Säumigkeit« ist Schmidt übrigens selbst.

Dann wird der Blick geweitet. Ein Schüler ist nicht nur durch Unkonzentriertheit »säumig«, er ist auch »zu säumig«, um den Plan zum Ausbruch aus dem zu eng empfundenen Leben umzusetzen. Der »säumige Student« geht »auf taktische und ironische Distanz« zur Universität, lernt wenig und liefert, obwohl er das Ganze als »gewitzter Selbstüberbieter« angeht, in seiner Abschlußarbeit nur den Bruchteil des ursprünglichen Vorhabens, über das es hieß, weil er »ernstlich nichts zu sagen hatte, wollte er alles auf einmal sagen.« Eine »säumige Karrieristin« findet sich bei Böckelmann ebenso wie »säumige Liebhaber«, die sich nach der Kontaktabahnung über eine Agentur niemals treffen oder die den konsequenten Schritt zum dauerhaften Zusammensein »versäumen«. Und es gibt »säumige Autoren«, wie denjenigen, der sein »Mutmacher-Buch« nie wirklich beginnt. Angefügt sind den »Säumigen« zwei ältere Texte Böckelmanns, wobei sich der Zusammenhang zu den vorhergehenden Ausführungen nur schwer erschließt. Dem Band *Die Außerirdischen sind da* ist die kurze Geschichte »Das Unding« entnommen, mit Dialogen wie: »Ich brauche zehn, zwölf Jahre.« – »Das ist eine Menge Zeit.« – »Nehmen wir fünf Jahre von früher«. In einem Aufsatz über »Diskretes Dasein im Netzzeitalter« führt er, neben anderem, Überlegungen zu »Geltungsmärkten« im massenmedialen Zeitalter aus und verweist darauf, daß es nicht mehr um die Dinge an sich gehe, sondern um deren »organisierte Beachtung«.

Mit *Die Säumigen* liegt ein Buch vor, das in manch pointierter Formulierung zeigt, daß der Mensch noch einen weiten Weg vor sich hat, sollte er den Zustand der Perfektion anstreben. Neues gibt es weniger, dafür Unterhaltsames. Und nicht nur Angenehmes – in der einen oder anderen Figur spiegeln sich eigene Schwächen.

Erik Lommatzsch ■

Sich nach allen Seiten absichern

Daniela Krien: *Der Brand. Roman*, Zürich: Diogenes Verlag 2021. 271 S., 22 €

Dieses Buch darf man sicher als einen waschechten »Frauenroman« – für die gehobene Klasse! – bezeichnen. Er ist aus mehreren Gründen phänomenal. Daniela Krien (Jahrgang 1975) ist ein echter Senkrechtstarter. Ihr romantischer Erstling, *Irgendwann werden wir uns alles erzählen* (2012; 17jährige entbrennt für einen deutlich älteren Mann), entfachte einen einhelligen Jubel selbst im Qualitätsfeuilleton und wurde in 17 Sprachen übersetzt. Und so weiter: Der 2019 erschienene Roman *Die Liebe im Ernstfall* wurde bis dato rund 180000mal verkauft. Dieser Neuling hier, *Der Brand*, ist bereits in der Verfilmung.

Worum geht es? Die fast dreißigjährige Ehe einer wechseljährigen Frau namens Rahel Wunderlich (nein, es handelt sich um eine atheistische Sippe) steht auf der Kippe. Rahel und Peter schätzen sich nach wie vor. Aber Peter, ohnehin eher ein Schweiger, hat sich zurückgezogen – nach einem Vorfall an der Uni in Dresden, wo er germanistisch doziert. Sein Seminar titelte »Geschlechterrollen in der Literatur des neunzehnten Jahrhunderts«. Daß Peter dort anmahnte, ob sich in sogenannten Klischees über Männer und Frauen nicht auch Wahrheiten finden ließen, war nicht das eigentliche Problem. Zum Stolperstein wurde ihm, daß er a) Frauen dafür lobte, »nicht machthungrig« zu sein, und daß er b) eine gegen diese Einsicht protestierende Studentin namens Olivia P. als »Frau P.« angesprochen hatte. Olivia P., eine sich als »nicht-binär« empfindende Person, hatte hart gegen diese Anrede protestiert.

Rahel fand es kleinlich, daß ihr Mann diese »arme Person« nicht einfach so nannte, wie er/sie es will. Sie hat die Gemengelage aber unterschätzt. Bald wird eine große überregionale Tageszeitung Peters Verfehlung thematisieren. Waschechtes Ossi-Bashing: »Die ehemals Indoktrinierten haben das freie und offene Denken noch immer nicht gelernt.«

Peter verkriecht sich, weil er findet, seine Frau sei ihm in den Rücken gefallen. Er, so darf man es sagen, verweigert sich sexuell. Das aber ist keineswegs das einzige Problem, das hier verhandelt wird. Auf 270 Seiten geht es um fast alle Themen, die für intellektualisierte (Rahel ist Psychotherapeutin), nichtlinke Frauen »um die Fünfzig« von Belang sein dürften. Es geht um die Tochter, die selbst früh Mutter wurde, aber promiskuitiv ist und ihre Kinder antiautoritär erzieht. Den Kleinen wird das Essen unter dem Tisch gereicht, weil das Unter-dem-Tisch-Essen eine »normale Phase« sei und Mahlzeiten nie mit Zwang verknüpft sein dürften.

Es geht um Rahels schneeflockenartige Patienten, die mit Luxusproblemen vor ihr sitzen. Loser, die »jeden zweiten Satz mit »es ist mein

gutes Recht ... < beginnen«, Frauen, die sich traumatisiert wähnen, weil eine gewünschte Hausgeburt (gottlob!) in der Klinik endete. Leute, die fröhlich gelaunt und fesch frisiert in ihren »Depressionen« schwelgen, weil sie sonst kein Alleinstellungsmerkmal haben. Rahel empfindet diese sie umgebende Welt als einigermaßen verrückt. Wohin sind wir denn eigentlich gekommen? Die Romanfigur Rahel ist eine Stellvertreterin für die ganz normale, dabei keineswegs spießige, durchaus sehr leidenschaftliche und gutgebildete Frau in der Mitte ihres Lebens. Es scheint, als habe Daniela Krien hiermit eine literarische Leerstelle ausgefüllt. Anders als vielerorts geht es hier nicht um eine weibliche Hyänenfigur oder andere tragische Weibsbilder wie Clarice Lispector oder Virginia Woolf, wemgleich Krien der letzteren frapierend ähnelt.

Nein, in diesem Buch tritt die ganz normale weibliche Innenwelt hinzu, wo die »frühe Sonne ostseitig« durchs Küchenfenster strahlt, Blicke sich treffen und die Protagonistin in »bodenlose Schwermut« gezogen wird. »Halt mich fest, sagt sie. Und er tut es und küßt ihr Haar, und in ihr wird es wieder ruhig.« Es wird viel »geschmunzelt« in diesem Roman. Und unendlich viel verhandelt: nicht nur Gefühle, sondern – und zwar beachtlich handfest, nämlich aus einer erstaunlich stabilen konservativen Position heraus – der sogenannte Zeitgeist. Man möchte solch gehobene Unterhaltung auch all jenen Frauen ans Herz legen, die seit anderthalb Jahrzehnten sich in den notorischen Huren- und Hebammenromanen verlustiert haben! Der Titel bleibt obskur. Rahel und Gatte verbringen die erzählte Zeit in der Uckermark, weil das ursprünglich in der Ferne gebuchte Ferienhaus einem Brand zum Opfer gefallen ist. Mag sein, daß sich »Brand« auch auf das ausgedürrteste Geschlechtsleben bezieht. Manche Frauen mögen solche Kalauer.

Im Mai 2021 wurde der bereits vielfach preisgekrönten Daniela Krien der Sächsische Literaturpreis zugeordnet. Man sollte sich ihre Dankesrede, leicht auf YouTube zu finden, gründlich anhören. Fast schüchtern auf ihr Manuskript fixiert, beklagt Frau Krien hier tapfer alles, was am rezenten Literaturbetrieb zu beklagen ist: Wie Schriftsteller heute zu politischen Aktivisten werden. Wie man »überevorsichtig« schreibt, um »anschlußfähig« zu bleiben. Wie man stets prüfe, ob man nicht mit dieser oder jener Wendung eine Personengruppe verletzen könne. Wie solche Überevorsichtigkeit gute Literatur verhindern könne – weil die Furcht, »Verdacht zu erregen«, den Figuren die Konturen nehme und sie zahm mache. Jede Galerie, jeder Verlag könne sich heute der »Unbequemen« leicht entledigen. Der Beispiele mangelt es nicht an Zahl. Kunst aber, ruft Daniela Krien, müsse doch frei sein!

»Satte Zeiten bringen schwache Menschen hervor, denkt sie, ohne sich davon auszunehmen«, schreibt Krien an einer Stelle über Rahel.

ELLEN KOSITZA ■



Hauptgegner Globalismus

Wolfgang Streeck: *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin: Suhrkamp Verlag 2021. 538 S., 28 €

Hans-Georg Maaßen ist ehemaliger Verfassungsschutzchef, Verantwortlicher für den dortigen Schwenk in Richtung beginnender Beobachtung von AfD, IB und Neuer Rechten, CDU-Spitzenkandidat in Südhüringen und bis heute inständig davon überzeugt, man könnte mit einem neuerlichen Unionskanzler unionsfabrizierte Probleme lösen. Es gibt folglich ausreichend Gründe, Maaßen als politische Figur abzulehnen (vgl. dazu *Sezession* 103). Der schlechteste von ihnen, der strenggenommen *gar kein Grund* ist, löste im Frühsommer 2021 einen veritablen Skandal aus: Maaßen hatte den Terminus »Globalismus« verwendet, woraufhin ihm die vereinigte Linkspresse und der parlamentspolitische Einheitsblock »antisemitische« Wortwahl vorwarfen.

Das liegt insbesondere daran, daß der Globalismusbegriff im deutschen Sprachraum bis vor kurzem kaum popularisiert wurde, und wenn doch, dann eher im verschwörungsideologischen Kontext. International gilt »Globalismus« längst als satisfaktionsfähig. Der Begriff dient der Beschreibung einer linksliberalen (bis »woken«), neoliberalen (bis marktradikalen) und US-geprägten Form der Globalisierung.

Nach dem weltweit rezipierten Globalismuskritiker Quinn Slobodian (vgl. *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin 2019) legt nun mit Wolfgang Streeck auch der emeritierte Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln eine Schlüsselchrift vor, die Begriff und Bedeutung des »Globalismus« als elementare Bestandteile einer wissenschaftlichen Analyse enthält. Erscheint bereits dies »anrühlich« für das *Juste milieu*, verstärkt dessen Skepsis, daß Streeck gar vom Ziel der »Entglobalisierung als Ermächtigung des Lokalen und Nationalen« spricht, die er dem globalistischen Furor entgegenzustellen bereit ist. Sein Ausgangspunkt ist dabei jene These, daß der Hauptwiderspruch der Gegenwart und der nahen Zukunft zwischen Volksherrschaft und Globalismus verlaufe. Widerstand gegen die Zentralismus- und Monopolismustendenzen des letzteren komme »mal von links, mal von rechts, immer aber »von unten«. Das heißt auf internationaler Ebene: Wer den Globalismus als Hauptgegner erkennt, wisse um die Notwendigkeit der »Verteidigung des Nationalstaats und der in ihm potentiell gegebenen populär-demokratischen Einflußchancen« und hege stärkste »Zweifel an deren Verlagerbarkeit »nach oben«. Da aber die liberalkapitalistische Zeittendenz »ins Weltoffene« strebe, würden »Halteseile« benötigt – im rechten Duktus wären

das: *Aufhalter* im Sinne Carl Schmitts –, die den immanenten Fehlern der »kosmopolitischen Illusion« wirkungsvoll begegnen: Mit Streeck gedacht, sind das demokratisch verfaßte Nationalstaaten, für deren Rehabilitation respektive Renaissance er ein Plädoyer von über 500 Seiten vorlegt. Daß er damit in seinem eigenen Milieu – der 1946 geborene Forscher kann als Grandseigneur linker Sozialwissenschaften gelten – aneckt, scheint ihn keineswegs zu stören; selbst den heraufdräuenden Vorwurf des »Nationalismus« plant Streeck mit ein. Er betrachtet einen solchen schlicht als »Bezeichnung für auf den Nationalstaat bezogenes und gestütztes politisches Handeln«, womit das Thema erledigt wäre.

Was bei der Lektüre anschließend auffällt, ist die Zwitternatur dieses tiefschürfenden Werks: einerseits wissenschaftlich-empirische Studie (was man erwarten durfte), andererseits politisch-polemische Zuspitzung (was überrascht).

Da ist von »globalisierungsaffinen Kosmomoralisten« die Rede, von einer »Globalisierungs-Einheitsfront«, von »Hofpoeten der Brüsseler Kommission« (Streeck schildert so u. a. den Schriftsteller Robert Menasse) und der »Verkitschung« Europas im Zeichen marktliberaler EU-Ideologie. Mehr noch ärgern dürfte sich der durchschnittliche linke und/oder liberale Leser über unerwartete Autoren, die Streeck als Referenzen anführt und deren Erkenntnisse er in sein Ideensystem einbaut. Carl Schmitt ist präsent, Werner Sombart wird reaktiviert, und selbst ein Hans Werner Neulen, den lediglich *Criticón*- und *Sezession*-Stammleser kennen dürften, taucht auf. Bleiben John Maynard Keynes und Karl Polanyi zwar die offenkundigen Hauptbezugspunkte der Traditionslinie des Streeckschen Nachdenkens, ist doch bemerkenswert, wie geistig beweglich und undogmatisch Streeck Bezüge herstellt und in seine luzide Argumentationsweise integriert. Denn daß Streecks Vorgehen nichts mit *Name dropping*, sehr viel aber mit Ideensynthese und dem Einreißen von Lagergrenzen zu tun hat, wird auch dann augenfällig, wenn er – und selbst seine ehemaligen »Aufstehen«-Genossen Sahra Wagenknecht und Bernd Stegemann vermeiden dies tunlichst – von Nationen und Völkern als »historisch gewachsenen Erfahrungs- und Verständigungsgemeinschaften« ausgeht, deren »gemeinsame Sprache« und »Erinnerungen« erst die (für jeden Antiglobalismus ja notwendigen) »kollektiven Identitäten« begründen. Daß dann noch »einer reaktivierten nationalen Wirtschaftspolitik«, einer »partiellen Autarkie« (Sombart *dixit*) und gar dem Prinzip »relativer Homogenität« als Stärkungsfaktor für wechselseitiges »Verantwortungsgefühl« das Wort geredet wird, wirft am Ende die Frage auf, was Wolfgang Streeck noch von der liberalismus- und kapitalismuskritischen Strömung innerhalb der Neuen Rechten trennen soll. Viel kann es nicht sein.

BENEDIKT KAISER ■

Ende mit Schrecken

David Engels: *Oswald Spengler. Werk, Deutung, Rezeption*, Stuttgart: Kohlhammer 2021. 489 S., 68 €

Daß Oswald Spenglers Werk derzeit wieder intensiver diskutiert wird, ist nicht zuletzt das Verdienst von David Engels (*1979), der bis 2018 an der Universität Brüssel einen Lehrstuhl für Römische Geschichte innehatte. Seither ist er als Forschungsprofessor am West-Institut in Posen tätig, das dem polnischen Ministerpräsidenten untersteht. Damit ist Engels, Angehöriger der deutschen Minderheit in Belgien, nicht nur Teil der nationalkonservativen Bewegung in Polen, sondern tritt europaweit in Erscheinung, wenn es darum geht, eine Alternative zum westlichen Universalismus zu formulieren. Mit seinem Engagement für Spengler sorgte er allerdings schon vor seinem Wechsel nach Polen für Aufsehen, als er 2013 zunächst in französischer, ein Jahr später in deutscher Sprache sein Buch *Auf dem Weg ins Imperium?* veröffentlichte, in dem er historische Parallelen zwischen der Krise der Europäischen Union und dem Untergang der römischen Republik herausarbeitete.

In dem neuen Buch legt Engels so etwas wie die Summe seiner Auseinandersetzung mit Oswald Spengler und dessen Werk vor. Es enthält siebzehn zwischen 2009 und 2020 publizierte Aufsätze zu einzelnen Aspekten von Spengler, ergänzt um einen bislang unveröffentlichten Aufsatz zu den Gemeinsamkeiten zwischen Julius Cäsar und Cecil Rhodes sowie eine eigens für den Band verfaßte Einleitung und eine Zusammenfassung. Was im ersten Moment wenig spektakulär klingt, entpuppt sich für den Leser, dem diese oft an entlegenen Stellen publizierten Aufsätze bislang unbekannt waren, als eine Fundgrube neuer Einsichten, die geeignet sind, der Spengler-Forschung neue Impulse zu vermitteln. Was Engels dabei auszeichnet, ist die Lust, Spengler weiterzudenken und ihn nicht einfach als ein Fossil der Zwischenkriegszeit zu betrachten, das man aus antiquarischem Interesse in die absurdesten Bezüge stellt.

Am konventionellsten sind die Beiträge, die sich mit der Spengler-Rezeption befassen, auch wenn Engels hier eher ungewöhnliche Rezipienten untersucht. Bei den englischsprachigen Schriftstellern F. Scott Fitzgerald, H.P. Lovecraft und Henry Miller wird deutlich, daß Spenglers Werk durch eine Übersetzung schon früh und vor allem nachhaltig Eingang in die dortigen Debatten fand, so daß es für pessimistische Intellektuelle naheliegend war, sich bei ihm Bestätigung zu holen. Hier bringt Engels sowohl indirekte Bezugnahmen in den Werken der Autoren als auch persönliche Zeugnisse. Neues Material präsentiert Engels im Fall des französischen Schopenhauer-Forschers André Fauconnet, der noch vor

dem Erscheinen der ersten französischen Übersetzung Spenglers für eine, von Spengler gelobte, Zusammenfassung von dessen Gedanken sorgte und ihn unmittelbar nach Kriegsende 1945 gegen den Vorwurf des Nationalsozialismus in Schutz nahm.

Das Herzstück des Bandes sind allerdings die Aufsätze, die Spengler weiterdenken. Nicht in einem sklavischen, sondern in einem philosophischen Sinne, der die Grundannahme Spenglers vom zeitlich begrenzten und sich in vergleichbaren Stufen vollziehenden Werden und Vergehen einzelner Kulturen einer gründlichen Prüfung und Modifizierung unterzieht. Engels grenzt sich mit seiner an Hegel geschulten »dialektisch-idealistischen« Interpretation von den üblichen, rein historisierenden oder gar moralisierenden Ansätzen ab und kann als umfassend orientierter Historiker die Lücken in Spenglers Argumentation schließen.

Von historischen Einzelfragen ausgehend, die sich vor allem um die problematische Stellung und Gliederung der »magischen Kultur« kümmern, kommt Engels zu den wichtigsten Kapiteln des Bandes: »Spengler im 21. Jahrhundert« und »Überlegungen zu einer neuen komparatistischen Geschichtsphilosophie«. Von der Grundannahme ausgehend, daß die Spenglerschen Hochkulturen über ihren klar umgrenzten Einflußbereich identifizierbar sind und daß sie über die von Spengler postulierte Zeitlichkeit verfügen, ist es durch die Forschungsergebnisse der letzten 100 Jahre notwendig geworden, die Acht- oder Neunzahl Spenglers auf mindestens fünfzehn Hochkulturen zu erweitern. Spenglers am Jahresverlauf orientierten Entwicklungs-gang der Kulturen unterfüttert Engels dialektisch, indem er die einzelnen Stufen der Kulturen in eine in sich nochmals gestufte Abfolge von drei Phasen (These, Antithese und Synthese) faßt, die es ihm erlauben, den Wandel

der Kulturen genauer zu bestimmen. Eine solche Neufassung Spenglers sollte nach Meinung Engels' auch an den Universitäten gelehrt werden, weil der kulturvergleichende Ansatz den realistischen Blick auf die Welt fördert.

Der kurze Essay »Von der Einsamkeit des Spenglerianers« ist das persönlichste Bekenntnis des Autors zu Spengler und dessen deterministischer Lehre, die ihre Anhänger in einer Welt von Fortschrittsoptimisten notwendig zur Einsamkeit verdammt. Trost bietet Engels zweierlei: Die Ablehnung Spenglers beweise zunehmend die Richtigkeit seiner Annahmen, da die lebensfeindlichen Ideologeme der Gegenwart die kulturelle Auflösung des Westens belegten. Und: Das Verdämmern des Westens stehe außer Frage, allerdings sei die Form, in der sich dieser Niedergang vollziehen wird, völlig offen. Der Spenglerianer wird sich immer auf die Seite derjenigen stellen, die »für die alternde europäische Zivilisation ein Ende wünschen, das ihrer vergangenen Größe gerecht wird ...«

ERIK LEHNERT ■



Volkslust 2.0

Thor v. Waldstein: *Der Zauber des Eigenen. Volk und Nation in der deutschen Geistesgeschichte*, Lüdinghausen/Neuruppin: Landtverlag 2021. 366 S., 36 €

Mit Thor v. Waldstein hat sich eine der wichtigen Federn der deutschen Rechten einem verminteten Schlüsselthema angenommen: dem Volksbegriff. Die Vorstellung ethnokulturell rückgebundener Völker als organisch gewachsener Gemeinschaften, welche die eigentlichen Subjekte der menschlichen Geschichte darstellen, ist jenes Fundament, das zu dekonstruieren und zu überwinden sich nicht schickt; es ist sowohl Ausgangspunkt als auch Minimalkonsens einer authentischen Rechten.

Zugleich ist dieser Volksbegriff jene Kluft, die das volksverbundene Lager von allen anderen politischen Strömungen in der BRD trennt. Gewiß kann es Annäherungen und sogar offene Übereinstimmungen mit konkurrierenden weltanschaulichen Zusammenhängen geben und dadurch zu temporären Blockbildungen kommen; fehlt indes ein positives Grundverständnis vom Volk als erhaltenswerter Entität, das weit bedeutender ist als ökonomistische Kennzahlen und andere materialistische Parameter, ist eine tatsächliche – partielle und situationskonkrete – Zusammenarbeit – Kooperation undenkbar. Das erschwert die Lage insbesondere deshalb, weil sich die Vorstellung von Völkern durch liberale Denkwelten – in Westeuropa im allgemeinen und in Deutschland im besonderen – geächtet und bisweilen offen kriminalisiert sieht. Um diese gewaltige Hürde für rechtes Engagement zu umgehen, bleiben zwei Hauptwege: Aufgabe des ethnokulturell grundierten Volksbegriffs, und dies betreiben insbesondere sogenannte gemäßigte Kräfte, oder eine »deutsche Renaissance aus europäischem Geist«, und dies ist v. Waldsteins Fernziel.

Sein neues Buch, *Der Zauber des Eigenen*, kann hierfür einen von vielen Bausteinen darstellen. Der Autor leistet dabei Herausragendes und Unverzichtbares zugleich, denn auch dem Thema prinzipiell aufgeschlossenen Rechten fehlt bisweilen der Wissens- und Kenntnisschatz zur Genese des eigenen Volksbegriffs sowie zur Entstehung der eigenen Vorstellungswelten von Nationen als den politischen Rahmenstrukturen der Völker. Thor v. Waldsteins Ansatz ist diesbezüglich politpädagogisch, ohne belehrend zu sein, und historisch-wissensvermittelnd, ohne mit dem triumphalistischen Gestus eines Universalgelehrten den Leser zu verunsichern.

Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt mit Johann Gottfried Herder, Friedrich Schiller, Ernst Moritz Arndt, Friedrich Ludwig Jahn und weiteren porträtierten Köpfen deutscher Geistesgeschichte die erste »Blütezeit« des Volksgedankens. Auf diese herausragenden Gelehrten

und Dichter des Idealismus folgten im »Interregnum« der Kaiserreichzeit 1871 bis 1918 unterschiedliche Akteure wie Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Werner Sombart und Max Weber, ferner, in einer »zweiten Blütezeit« des Volksbegriffs von 1918 bis 1932, die Köpfe der »Konservativen Revolution« um Oswald Spengler, Carl Schmitt und Hans Freyer, von dem v. Waldstein das »Strukturgesetz der Gemeinschaft« übernehmen kann. Unter ebendemselben verstand der Leipziger Soziologe die Formel, wonach ein jedes Volk »als ein eignes Wesen im eignen Schicksalsraume lebt, sich beständig erneuert, aber sich als dieselbe [Gemeinschaft] erhält«. Dieses Urprinzip der Rechten des 19. und 20. Jahrhunderts kann als Keimzelle jenes Konzepts verstanden werden, das im 21. Jahrhundert als »Ethnopluralismus« ebenso leidenschaftliche Anhänger wie Ankläger findet und dabei das Primat des Volkserhalts akzentuiert, ohne Völker als starre, unveränderliche Gemeinschaften mißzuverstehen (weil sich ein Volk »beständig erneuert«).

Ein wenig (zu) kurz fällt v. Waldsteins Beschäftigung mit dem Volksbegriff der Jahre 1933 bis 1945 aus. Das mag daran liegen, daß der Autor die biologisch-materialistische Volkskonzeption des hitleristischen Mehrheitsflügels der Nationalsozialisten im Kern als »undeutsch« wahrnimmt und insbesondere französische sowie englische Rassevorstellungen sozialdarwinistischer Köpfe am Wirken sah, weshalb der Terminus »Volk« für die Zeit des Hitlerwirkens »rassetheoretisch entkernt« worden sei und seinen ersten »Verfall« erlebt habe. Seinen zweiten, anhaltenden, erlebte dieser dann ab 1945, wobei v. Waldstein die DDR-spezifische von der BRD-spezifischen Volksaversion scheidet. Ohne die Entwicklung im neuen Ostdeutschland der Nachkriegsjahre zu verherrlichen oder die SED-Herrschaft zu affirmieren, wird bei dieser konzisen Gegenüberstellung für den Leser deutlich, weshalb die politische Rechte seit 1990 im Osten bessere Arbeitsvoraussetzungen im Hinblick auf Volk und volksbezogene Politik finden kann als im wohlstandsverwahrlosten und weitgehend seinsvergessenen Westen: In der DDR, vor allem ab Erich Honeckers Machtübernahme 1971 bis zu ihrem Untergang, erschien das Volk als propagandistische »Leerformel«, das in seinen Beständen aber unangetastet blieb; in der BRD hingegen wird die »verbliebene Volkssubstanz liberalindividualistisch und multikulturell aufgelöst«.

Auch Thor v. Waldstein hat für Gegenmaßnahmen keine politischen Handlungsanleitungen parat. Aber das Ansinnen der Arbeit ist es zuallererst, dem eigenen Milieu die Lust am Volk anhand der deutschen Geistesgeschichte zu vermitteln. Da dies vortrefflich gelingt, ist das bibliophil gestaltete Buch *Der Zauber des Eigenen* fortan als Standardwerk und »Pflichtlektüre« anzusehen.

BENEDIKT KAISER ■



Der Leib des Homo Deus

Grégor Puppink: *Der denaturierte Mensch und seine Rechte*, aus dem Französischen von Jakob Cornides, Heiligenkreuz im Wienerwald: Be+Be-Verlag 2021. 276 S., 21,90 €

Der französische Jurist Grégor Puppink hat aus Anlaß des 70. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein Buch geschrieben, dessen Titel aufhorchen läßt. Um es vorwegzunehmen: *Denaturiert* bedeutet nicht *entartet*, vielmehr geht es in dieser hochphilosophischen Betrachtung darum, welche tiefgreifende Transformation der Begriff »Menschenwürde« in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Ein verzerrtes Bild vom Menschen wird offenbar, das dramatische Auswirkungen hat: Die daraus abgeleiteten neuen Rechte werden einseitig auf den individuellen Willen reduziert oder auf den Geist im Gegensatz zum Körper, was dazu verleitet, jede Überwindung natürlicher Schranken als Befreiung und Fortschritt voranzutreiben. Der Mensch wird zum Gegenstand seines Planens, Gestaltens, Manipulierens bis zu dem Punkt, an dem er tatsächlich zu entarten droht – weil er Gefahr läuft, seinen eigenen Leib zu verlieren.

Wie konnte es dazu kommen?

Dies führt uns der Autor, der unter anderem als Vertreter des Heiligen Stuhls 20 Jahre lang die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aus nächster Nähe verfolgt hat, in einem kenntnisreichen Streifzug durch die Entwicklung der Menschenrechte vor Augen. So erfahren wir, daß es sich nicht um einen kontinuierlichen Prozeß handelte, der heute zu seinem glorreichen Abschluß gelangt, sondern daß bei der Ausarbeitung der grundlegenden Formulierungen in der Nachkriegszeit von Anfang an zwei einander entgegengesetzte Auffassungen im Widerstreit lagen. Da war zum einen der christlich inspirierte Personalismus, der besagt: Würde kommt uns zu, weil wir Ebenbilder Gottes sind, weil wir einen Körper und eine unsterbliche Seele besitzen. Der Mensch verdankt seine Existenz nicht sich selbst. Er nimmt sich als ein notwendigerweise beschränktes *Geschöpf* in Empfang und hat sorgsam mit dem ihm anvertrauten Gut umzugehen. Würdig zu leben heißt, im Einklang mit der menschlichen Natur zu leben. Den Gegenpart dazu stellte die materialistisch-atheistische Auffassung jener von der Evolutionstheorie beeinflussten Humanisten und Eugener wie Julian Huxley dar, die auf dem Grundsatz beruhte: Über Würde verfügen wir, weil wir imstande sind, zu denken und zu entscheiden. Dieser Ideologie zufolge ist die Menschwerdung ein langer Befreiungsprozeß des Geistes von der Materie, der in außerordentlichen kognitiven Leistungen gipfelt. Im Drang zur unbeschränkten Selbstüberschreitung unter Ausblendung aller irdischen Bedingtheiten, in der Fähigkeit, sich zum Göttlichen zu erheben, also nicht mehr

Geschöpf, sondern eigener *Schöpfer* zu sein, liegt demnach die Würde des Menschen begründet. Es gilt somit nicht mehr das mit den göttlichen Gesetzen übereinstimmende Naturrecht, sondern der Vorrang des Wollens vor dem Sein. Die Originalfassung der Allgemeinen Erklärung von 1948 brachte zunächst die christliche Version zur Geltung. Dort kommen vor allem die *natürlichen* Rechte des Menschen zum Ausdruck. Im Verlauf der folgenden Jahrzehnte indes setzte sich immer mehr der postmoderne Individualismus mit neuen *widernatürlichen* Rechten durch, wie z. B. dem Recht auf Euthanasie und jenem auf Abtreibung. Diese wiederum befördern in unserer Gegenwart die Entstehung *transhumaner*, zur Neudefinition der Natur ermächtigender Rechte, die zutiefst verstörend wirken: das Recht auf Sterbehilfe, auf ein Kind ohne Vater, auf Änderung des Geschlechts.

Grégor Puppink hat ein Meisterwerk vorgelegt, das fesselnd zu lesen und mit zahlreichen Beispielen unterfüttert ist. Dabei gelingt ihm das Kunststück, nie ins Trockene abzugleiten, wie es bei einem Juristen zu befürchten wäre. Mit atemberaubender Eindringlichkeit seziiert er das Paradoxon, daß ausgerechnet die materialistisch-positivistische Weltanschauung danach strebt, den Menschen zu entmaterialisieren und ihn in letzter Konsequenz auf »reines Bewußtsein« zu reduzieren. Besonders erhellend auch die spirituelle Dimension hinter dem Transhumanismus. Es tritt eine seit der Antike bekannte Denkrichtung hervor, die früh von der Kirche als Häresie verworfen wurde: die gnostische Lehre von der Verworfenheit alles Irdischen und der moralischen Verpflichtung, das körperhaft Naturgegebene als niedrig zu erachten und hinter sich zu lassen.

So trägt eine alte Idee im Gewand progressiver Humanität den Sieg davon: Mit Hilfe der neuen Rechte feiert der neue Mensch den Triumph des Willens über den Körper. Bedenkenloses Verstümmeln durch Tätowierungen, Piercings und operative Eingriffe

macht ihn zum Schöpfer seiner selbst – auch das Recht, sein Geschlecht durch einen (nunmehr bloßen) Sprechakt neu zu bestimmen. Sich über das tatsächlich Gegebene im Erscheinungsbild des Menschen hinwegzusetzen (Hautfarbe, Geschlecht, Alter, körperliche Befähigung) ist das Gebot der Stunde – jedermann ist verpflichtet, sein Gegenüber als »reines Geistwesen« zu betrachten. Die Kehrseite davon: Ist der Mensch noch nicht oder nicht mehr im Vollbesitz seines Bewußtseins, kann man mit ihm verfahren, was die Willkür gebietet: Embryonenforschung, Ausschachtung von Hirntoten als Ersatzteillager und – seit neustem – die weltweit erste Kompostieranlage für menschliche Leichname (in Seattle) stellen kein moralisches Problem dar.

Das Verständnis für die Heiligkeit des menschlichen Leibes scheint endgültig der Vergessenheit anzugehören.

EVA REX ■



Wörtermißbrauch

David Ranan (Hrsg.): *Sprachgewalt. Mißbrauchte Wörter und andere politische Kampfbegriffe*, Bonn: J.H.W. Dietz 2021. 383 S., 26 €

Bereits der Untertitel des Buches deutet an, daß sich der Herausgeber nicht hinreichend Gedanken darüber gemacht hat, was er in dem Buch eigentlich behandeln möchte. Sind »mißbrauchte Wörter« ein politischer Kampfbegriff? Oder geht es um zwei verschiedene Kategorien, nämlich »mißbrauchte Wörter« und »politische Kampfbegriffe«? Oder ist ein mißbrauchtes Wort ein politischer Kampfbegriff? Nach der Lektüre des Vorwortes von David Ranan, einem 1946 in Tel Aviv geborenen Antisemitismus-Forscher, ist zumindest soviel klar, daß es um Begriffe geht, die in irgendeiner Weise politisch instrumentalisiert werden können.

Auch wenn es sich dabei um einen alten Hut handelt, der schon Platon seinen Kampf gegen die Sophisten führen ließ, sieht Ranan in der Gegenwart eine ganz besondere Dringlichkeit für derlei Untersuchungen. Denn im »postfaktischen« Zeitalter nehme der sorglose Gebrauch der Sprache zu, was uns vor eine größere Herausforderung stelle, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Das Buch will aber nicht nur über den sorglosen Gebrauch aufklären, sondern vor allem den Mißbrauch, den beispielsweise Politiker wie Trump mit der Sprache trieben, bekämpfen. Daher fällt der wissenschaftliche Ertrag des Bandes auch eher dürrig aus.

Denn mit dieser moralischen Grundierung behandelt jeder der 27 Autoren seinen »umstrittenen« Begriff. Der prominenteste Beiträger ist sicher Gregor Gysi (Kommunismus), und mit Daniel Morat (Intellektuelle) hat sich jemand beteiligt, der einmal eine lesenswerte Promotion über Heidegger und die Brüder Jünger vorgelegt hatte. Einige Autoren nähern sich ihrem Gegenstand essayistisch, andere versuchen es eher in der Form eines Lexikonartikels. In der Summe wird vor allem deutlich, daß das linke Blickfeld von großen Scheuklappen begrenzt wird und man es sich im Mainstream so bequem gemacht hat, daß die ideologische Schnittmenge der Beiträger mit den politischen Ansichten der Bundesregierung riesengroß ist.

Insofern sind die Analysen zu Begriffen wie Rassismus, Populismus, Islamismus und Faschismus erwartbar eintönig: Rassismus ist jegliche Form von Ausgrenzung des »Anderen«, Populismus ist eine Gefahr für die Demokratie, Islamismus ist die Aufbauschung des Islam zum Schreckgespenst und Faschismus gleichbedeutend mit Rechtsextremismus (AfD!) und Völkermord. Etwas interessanter wird es dort, wo sich die Autoren bemühen, ihre eigene Weltanschauung vor vermeintlichen Mißverständnissen zu retten. Da wird dann der Extremismusbegriff mißbraucht, um AfD und Linkspartei gleichzusetzen,

der Antisemitismus soll klar vom Antizionismus geschieden werden, und der Kommunismus hat vor allem seine Feinde als haßerfüllte Kleingeister entlarvt. Daß »Heimat« und »Patriotismus« entweder nutzlos sind oder beliebig sein müssen, ist da nicht mehr überraschend.

ERIK LEHNERT ■

Was ist und wozu Nationalbewußtsein?

Hartmut Fröschle: *Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins*, Lüdinghausen/Neuruppin: Landtverlag 2021. 167 S., 20 €

Ein Buch aus persönlicher Betroffenheit, das trotzdem kühl-distanziert argumentiert und wissenswerte historische Grundlinien des Nationalbewußtseins präsentiert! Eine Publikation, die den Bogen von der Frühgeschichte des eigenen Volkes im Mittelalter bis zur unmittelbaren Gegenwart spannt! Eine solche Schrift mußte man lange suchen. Nunmehr ist sie zugänglich und eindringlich zur Lektüre zu empfehlen.

Der Germanist und Hochschullehrer Hartmut Fröschle, mittlerweile längst im neunten Lebensjahrzehnt stehend, erlitt 1997, als er aus seinem langjährigen Domizil Kanada nach Stuttgart zurückgekehrt war, einen Kulturschock. Um ihn herum breiteten sich kulturfremde Populationen aus verschiedenen Ländern aus, deren Zahl im letzten Vierteljahrhundert nicht kleiner geworden sein dürfte.

Der Trend, daß Deutsche zumindest in bestimmten Regionen sukzessive zur Minderheit im eigenen Land mutieren, hat für Fröschle Fragen nach den Gründen aufgeworfen. Einer davon ist der Niedergang eines gesunden Nationalbewußtseins, quasi als Umschwung des Pendels vom einst verbreiteten Nationalismus zur anderen Seite, der besonders von den Eliten betriebenen Selbstaufgabe des eigenen Volkes.

Dieser Tendenz setzt der Autor ein mutiges Panorama kollektiver Selbstvergewisserung entgegen. Am Anfang steht im 8. Jahrhundert eine primär sprachliche Verbundenheit verschiedener Volksstämme: Bayern, Franken, Sachsen und Langobarden. Im Laufe der Jahrhunderte erwachsen weitere Gemeinsamkeiten, zu denen politische Symbole und Organisationsformen wie die Königswahl zählten.

Im weiteren Verlauf des Mittelalters blitzt auf vielfältige Weise der Charakter unterschiedlicher Völker auf. Im Laufe der Jahrhunderte wird das deutsche Nationalgefühl stärker, so in der Frühen Neuzeit, als Dokumente über die Taten der Germanen bekannt wurden und die Aversionen gegen Antik-Römisches von Ulrich von Hutten und seinen Mitstreitern eine neues nationales »Wir« entstehen ließen.

Fröschles Beschreibung der neuzeitlichen Historie des Nationalbewußtseins verdeutlicht das



Auf und Ab des Zusammengehörigkeitsgefühls der Bevölkerung des »Reiches der Mitte«: Nach dem Dreißigjährigen Krieg zerfiel es staatsrechtlich in viele kleinere Territorialstaaten, die sich souverän wähten, außenpolitisch aber kaum handlungsfähig waren. Aufklärung und Klassik brachten viele Zeugnisse genuin deutschen Geistes hervor, die sich indessen stark mit kosmopolitischem Gedankengut vermengten. Entsprechende Ambivalenzen sind nicht nur bei Hölderlin mit Händen zu greifen.

Erst nach dem Ende des Alten Reiches kommt es zum endgültigen Siegeszug des nationalen Gedankenguts in Literatur und Realpolitik, gipfelnd in der Gründung des Kaiserreiches von 1871. Diese Perioden werden vom Autor gut nachvollziehbar und mit Einfühlung in die handelnden Akteure erzählt, ebenso die Phase der Weimarer Republik. Die Zeit des Nationalsozialismus wird ausgewogen am Beispiel der Aussagen einiger verlässlicher Zeitzeugen dargestellt. Wie starker Tobak mutet es an, wenn Fröschle Verschwörer um den 20. Juli wie Admiral Canaris als Landesverräter bezeichnet.

Nach 1945 breiteten sich postnationale Sichtweisen allgemein aus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß führende Politiker der frühen Bundesrepublik, von Adenauer über Schumacher bis Gerstenmeier, gelegentlich noch die Bedeutung eines (wenn auch unverbindlichen) Patriotismus fürs Gemeinwesen exponierten. Der starke Wertewandel und die tendenziell einseitige Vergangenheitsbewältigung seit den 1960er Jahren lassen die eigene Vergangenheit für weite Bevölkerungsschichten nur noch negativ erscheinen. Der Autor skizziert aber auch jene Tendenzen, Parteien und Medienorgane, die den Hauptstrom kritisieren. Auf diese Weise wird ein wenig Zuversicht geweckt. Bekannt ist, daß dieses Lager seit Jahrzehnten stark zersplittert ist. Nach 2015/16 hat es neue Aufschwünge erfahren. Für die notwendige Stärkung nationaler Identität ist es nie zu spät.

FELIX DIRSCH ■

Sie hatten das Geld, wir den Geist

Roger Scruton: Narren, Schwindler, Unruhestifter. Linke Denker des 20. Jahrhunderts, München: FinanzBuch Verlag 2021. 410 S., 25 €

Der britische Philosoph Roger Scruton, 2020 fünfundsiebzigjährig zu früh verstorben, war einer der einflußreichsten konservativen Intellektuellen. Nachdem heute Personen wie Angela Merkel oder Marietta Slomka für konservativ gelten, sollte man Scruton womöglich sogar einen authentischen Rechten nennen.

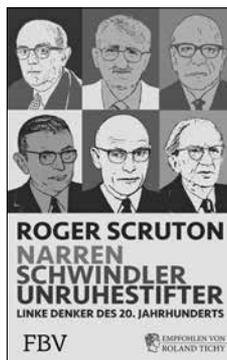
Scruton hat etwa 60 Bücher verfaßt. Mit seiner klaren Absage an kommunistisches wie insgesamt utopisches Denken hatte er sich bereits 1985 durch sein Buch *Thinkers of the New Left* den Ruf eines mindestens »Umstrittenen« eingehandelt. Nun erscheint dieses Werk (damals in zahlreiche Sprachen übersetzt und als Samisdat auch hinter dem Eisernen Vorhang kursierend) noch einmal stark überarbeitet und aktualisiert.

Was heißt nun »linke Denker«? Kann man das so sagen, wo hier doch ein bunter Haufen an Anarchisten, Nihilisten, »Liberalen« und marxistischen Dogmatikern vereint wird?

Ja, kann man, zumal sich diese Denker, die mit ihren Schriften unser heutiges Bild von der Welt geformt haben, allesamt als dezidiert »links« verortet haben. Nach 1989, also nach dem Abgesang auf ihre Illusionen, haben diese Leute innerhalb eines Jahrzehnts erneut »das Sagbare« markieren können. Es ging nun ungebrochen gegen den sogenannten Neoliberalismus, »als sei der schon immer das Problem gewesen«. Die von links formulierten Ziele der »Befreiung« und der »sozialen Gerechtigkeit« hätten mehr strangulierende Gesetze hervorgebracht, als die »Unterdrückten« je hätten erfinden können, meint Scruton. Vortrefflich verweist er auf das »Veredelungspotential« des Gerechtigkeitsnimbus: »Haben sie sich erst hinter der Flagge der Moral versammelt, lassen sie sich von den radikalsten Mitgliedern ihrer Sekte begeistern, inspirieren und am Ende auch führen.« Heute allerdings saßen auf den linken Nasen keine marxistischen Brillen mehr. Das von der Neuen Linken vertretene revolutionäre Paradigma sei längst von »bürokratischen Abläufen und der institutionalisierten Wohlfahrtskultur beseitigt« worden. In neun Kapiteln (von »Was ist links?« bis »Was ist rechts?«) setzt sich Scruton mit »Theologien des neuen Klassenkampfes« auseinander. Gründlich durchgenommen werden etwa Hobsbawm, Sartre, Foucault, Gramsci, Badiou und Žižek. Kapitel fünf ist besonders trefflich, es titelt »Ödnis in Deutschland: Bergab zu Habermas«.

Interessant ist, daß Scruton den allermeisten von ihm porträtierten Denkern auch etwas Gutes abgewinnen kann. Thorstein Veblen und John K. Galbraith etwa nennt er bei aller Kritik »witzige, bezaubernde, unorthodoxe Linke«, an Hobsbawm lobt er dessen enzyklopädisches Wissen und fesselnden wie eleganten Stil.

Das knappe Vorwort der Übersetzerin Krisztina Koenen bringt die Essenz von Scrutons Denken hervorragend auf den Punkt. Ob ihre Übersetzung ähnlich glänzend ist, bleibt an manchen Stellen fraglich. Französisches (etwa: *petite bourgeoisie, gauchiste, soixante-huitard, pour-soi*) bleibt schlicht unübersetzt und unerklärt. Oder es heißt: »Galbraith fährt dann fort



zu seiner gefeierten Beschreibung der Konsumgesellschaft« – was meint das genau? Einmal wird anlässlich eines Zitats von Ronald Dworkin in einer Fußnote auf Hans-Georg Gadamer verwiesen. Wörtlich: »Gadamer legte in seinem Werk ein vages, aber einflußreiches Bekenntnis zur Priorität der Interpretation gegenüber der Erklärung in den Humanwissenschaften ab.« Wie bitte? Man wünschte sich hier Butter zu den Fischen. Oder dies: »Wenn er [Foucault] als ›bourgeois‹ bezeichnet wird, so ist es nur ein Schnörkel, wie die Beleidigungen, die Ringer im Kampf einander zuwerfen.« Was ist da los? Ringer werfen sich im Ring schnörkelhafte Beleidigungen zu? In welcher Welt?

Insgesamt ist dieser Band so treffsicher wie voraussetzungsreich. Ein Beispiel für letzteres – Scruton schreibt: »Von Bentham und Austin bis Elsen und Hart dominierte in der Jurisprudenz eine Art ›Rechtspositivismus‹.« Darauf muß sich der interessierte Laie, der weder Elsen noch Hart intim kennt, zunächst einen Reim machen! Oder darauf: »[...] daß die Mittelschicht die Fähigkeit zeigte, die Emotionen im häuslichen Leben zu dämpfen – was weder am höheren noch am niederen Ende der sozialen Skala üblich war – diese Tatsachen kommen bei Foucault nicht vor.« Gelegentlich steht man bei der Lektüre also wie der sprichwörtliche Ochs vorm Berg. Man weiß doch viel zu wenig!

Jedoch, schon allein durch das vortreffliche Stichwortverzeichnis (das nahezu ausschließlich ein Namensverzeichnis ist) von Adorno bis Zola (über Aristoteles, Bahro, Bentham, Eagleton, Freud, Schönberg, Stalin etc.) lohnt dieses anspruchsvolle Werk auf jeden Fall den Erwerb.

ELLEN KOSITZA

Ost-, Ost-, Ostdeutschland

Cerstin Gammelin: *Die Unterschätzten. Wie der Osten die deutsche Politik bestimmt*, Berlin: Econ Verlag 2021. 302 S., 22,99 €

Die »Wende« von 1989/90 setzte ungeheure Energien frei. Eine von ihnen war die Begeisterung, mit der weite Teile der Deutschen die neugewonnene Einheit begrüßten. Eine weitere Energie läßt sich mit der Entfesselung der Marktkräfte beschreiben. Der Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft und die Privatisierungswelle zugunsten westdeutscher und ausländischer Konzerne sorgten für beispiellose Brüche in ostdeutschen Biographien. Dem Abschlußbericht der Einheitskommission kann entnommen werden, daß im Jahr 1995 vier von fünf Ostbürgern nicht mehr auf dem Arbeitsplatz wirken konnten, den sie 1990 gehabt hatten. Mit derlei objektiven Fakten startet die in Chemnitz ausgebildete Maschinenbauerin und Journalistin Cerstin Gammelin (Jg. 1965) ihre subjektive Schau

der ostdeutschen Politik. Diese Arbeit ist in Teilen verdienstvoll, in Teilen überflüssig.

Verdienstvoll ist das Buch, weil es genuin ostdeutschen Perspektiven sogenannte Sichtbarkeit verschafft und weil deutlich wird, wie wichtig für alle politischen Akteure Gesamtdeutschlands just Ost-Entwicklungen sind: Gammelin räumt mit der auch im Nahfeld der AfD weitverbreiteten Legende auf, wonach alleine Nordrhein-Westfalen durch seine Einwohnerzahl bedeutsamer sei als alle fünf Ostländer: »Die Zahl der Wähler ist nicht allein entscheidend. Ausschlaggebend ist, ob von diesen Regionen Veränderungen ausgehen können, die das ganze Land beeinflussen.« Und daß symbolträchtige Wellen insbesondere von Ostdeutschland ausgehen, zeigt die Autorin dann auch anhand von parlamentarisch-koalitionären, protestbezogenen oder sonstigen Zäsuren beeindruckend auf.

Überflüssig ist das Buch – erstens –, weil diese Dinge bereits in anderen Publikationen vorgestellt wurden. Ob Ilko-Sascha Kowalczyk, Johann Michael Möller, Norbert F. Pötzl oder Steffen Mau: Sie alle haben entsprechende Ost-West-Erkenntnisse und zeitgeschichtliche Analysen publikumswirksam aufbereitet. Zweitens erscheint eine Lektüre überflüssig, weil Gammelin als Journalistin der *Süddeutschen Zeitung* nicht von milieutypischen Verhaltensweisen absehen kann. Ob Elogien auf Angela Merkel (»Sie wird fehlen«) und Jan Böhmermann (»zeigt, wie es gehen könnte«) oder unreflektiertes AfD-Bashing: Wer zeitgeistige Propaganda reproduziert, riskiert bereitwillig, daß kluge Passagen – etwa über die »massenmediale westdeutsche Meinungsführerschaft« und die Bundesratsspermehrheit gegenüber den ostdeutschen Ländern – ins Hintertreffen geraten.

BENEDIKT KAISER ■

Gemeinschaftskunde von nichtlinks

Winfried Knörzer: *Farben der Macht. Der rechte Blick auf die Gesellschaft der Gleichen*, Belthelm-Schnellbach: Lindenbaum Verlag 2021. 352 S., 24,80 €

Vor der großen Wende der 1960er und 1970er Jahre (vereinzelt noch danach) ist es auf der konservativen Rechten einzuordnenden Soziologen gelungen, ihrer Disziplin maßgebliche Impulse zu verleihen. Gelehrte wie Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky, Friedrich H. Tenbruck und Erwin K. Scheuch haben etliche Beiträge verfaßt, die man ohne Zweifel als klassisch bezeichnen kann: also als alt, aber gleichwohl nicht veraltet. Gehlens Analysen der hypermoralistischen Grundierung der bundesrepublikanischen Kultur haben nicht zufällig vor dem Hintergrund willkommenskultureller Hysterie eine umfangreiche

Neurezeption erfahren. Ebenso haben Schelskys Anmerkungen zur säkularpriesterlichen Intellektuellenherrschaft auch in Zeiten, in denen jugendliche Pseudopropheten die Politprominenz medial vor sich hertreiben, nichts von ihrer Bedeutung verloren.

An solche Vorarbeiten kann ein Autor wie der Publizist Winfried Knörzer in einer veränderten Situation anknüpfen, die er als »Hypermodernität« umschreibt. Seine Sammlung unterschiedlicher Einzelstudien zur Gegenwartsgesellschaft ist unter dem Titel *Farben der Macht* erschienen. Der Leser wird keine systematischen Betrachtungen erwarten, wie sie die Inhaber (auch personell) gutausgestatteter Lehrstühle, etwa Armin Nassehi, von Zeit zu Zeit vorlegen.

Knörzers »rechter Blick« auf die »Gesellschaft der Gleichen« beginnt folgerichtig mit Erörterungen über das Kontrastprogramm: die Sozialität der Ungleichen. Die Erforschung von Elite-Mitgliedern, besonders deren Rekrutierung und Funktion, ist immer schon ein reizvolles Thema für diverse akademische Disziplinen gewesen – gerade unter demokratischen Bedingungen, die üblicherweise auf die Notwendigkeit gleicher formaler Ausgangschancen achten. Doch die natürlichen Ungleichheiten, vom Alter über das Geschlecht bis zu den Fähigkeiten und Begabungen, zählen zur *Conditio humana*. Ein allgemeines Auswahlkriterium der Gesellschaft kann es schon deshalb nicht geben, weil sie wiederum in verschiedene Subsysteme zerfällt, obwohl Eigenschaften wie Kompetenz, Bildung und besondere Befähigung bei allen wichtigen Aufgaben traditionell überall unabdingbar scheinen. In manchen gesellschaftlichen Bereichen im gesellschaftlichen Stadium der »Hypermodernität« hat man den Eindruck, als verliere Leistung an Wert zugunsten anderer Kriterien, etwa der sogenannten Geschlechtergerechtigkeit. Man kann hier jene »dysfunktionalen Effekte« am Werk sehen, die der Autor äußerst kundig in verschiedenen Kontexten beschreibt.

Weitere Themen werden überaus kompetent behandelt und geben Einblick in distinkte Zusammenhänge. Stellvertretend sind zu nennen: Spezialisierung, Entdifferenzierung, Komplexität, rechtsfreie Räume, Luxusgeist, Korruption, Emotionen, Authentizität, Kapitulation der Kleriker, Multikulturalismus und Gewalttabu.

Bei allen Erörterungen fällt auf, daß Knörzer der üblichen linken Moralisation keine rechte entgegensetzt, die mitunter durchaus zu vernehmen ist, beispielsweise die Klage über die Kinderarmut der Einheimischen. Stets leitet er verbreitete Verhaltensweisen aus den Bedingungen des sozialen Systems ab. Der Geburtenschwund ist in einer Gesellschaft, in der materielle Symbole hohes Prestige verleihen, kaum zu vermeiden, läßt sich doch der

Ausfall an Einkommen, etwa durch Kindererziehungszeiten, wenn überhaupt, nur unzureichend kompensieren.

Knörzers Fähigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge mit systemtheoretischen Instrumentarien zu deuten, sticht hervor. Er vergißt über solchen Analysen nicht, nachhaltige aktuelle Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen, wie infolge von exzessiver Migration, angemessen und ehrlich zu berücksichtigen. Dieser Grundzug macht seine Darlegungen gegenüber den üblichen herrschaftskonformistischen, wie sie der soziologische Hauptstrom vertritt, überlegen.

FELIX DIRSCH ■

Framt euch doch selbst

Holger Schmitt: *Das Framing der Linken. Von »Umverteilung«, »Diversität« und »Nazis«*, Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag 2021. 229 S., 16,80 €

Das Wort *Framing* ist seit etwa zweieinhalb Jahren in aller Munde. Damals wurde ein »Framing Manual« öffentlich, das sich zwei Jahre zuvor der Mitteldeutsche Rundfunk hatte ausarbeiten lassen. In dieser Ausarbeitung hatte Elisabeth Wehling, eine in den Vereinigten Staaten lebende deutsche Sprachforscherin, versucht, Sprachregelungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu entwerfen, mit denen dieser seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verbessern wollte. Das Problem bestand neben dem stolzen Preis vor allem darin, daß *Framing* als Manipulation des Konsumenten verstanden wurde.

Statt »öffentlich-rechtlicher Rundfunk« sollte von »Unserem gemeinsamen freien Rundfunk« gesprochen werden, um die Bedeutung und damit die Notwendigkeit von Rundfunkgebühren zu unterstreichen.

Framing bedeutet »Rahmung« und meint die sprachliche Einbettung von Themen, die dann, je nach Rahmen, in einem völlig unterschiedlichen Licht erscheinen können. Es geht um den Deutungsrahmen, in dem ein Sachverhalt erscheinen soll. Schmitt, ein habilitierter Sprachwissenschaftler, setzt sich in seinem Buch mit Begriffen auseinander, die von Linken benutzt werden, um Sachverhalte in einem bestimmten Licht erscheinen zu lassen. Der Grund für diese Untersuchung liegt nahe. Linke dominieren die gegenwärtige Debatte wie niemals zuvor, weshalb viele Begriffe, die ein dezidiert linkes Weltbild *framen*, bereits Allgemeingut geworden sind und von

vielen unbewußt gebraucht werden, obwohl sie die dahinterstehende Weltanschauung womöglich gar nicht teilen. Dieser Prozeß wird dadurch befördert, daß Linke Wörter »kapern«, um sie



mit einem neuen Gehalt auszustatten, und daß Begriffe, die sich nicht umprogrammieren lassen, mit einem Tabu belegt werden.

Schmitt geht an diese Begriffe nicht wortgeschichtlich heran, sondern mit den Mitteln der »Korpuslinguistik«, die ihre Forschungen anhand einer Sammlung von authentischen Texten durchführt – in diesem Fall acht Millionen Texte aus Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 2014 bis 2019. Daraus werden Worthäufigkeiten (und die der interessierenden Ableitungen) ermittelt, die über die Kollokationen, überzufällig stark auftretende Nachbarwörter, näher bestimmt werden.

Schmitt hat auf dieser Grundlage ein Wörterbuch zusammengestellt, in dem er von »Aktivist« bis »Wende« zahlreiche Wörter anhand der Verwendung und der Kontexte, in denen sie verwendet werden, als linken *Frame* entlarven will. Was beim »Klimaleugner« naheliegend ist, da die Leugnung aus anderen Zusammenhängen als Straftat bekannt ist, erweist sich bei der »Solidarität« als schwieriger. Schmitt kann sie vor allem durch ihr überhäufiges Auftreten mit Wörtern wie »international«, »global« und »Menschlichkeit« als das entlarven, was sie ist: die Umschreibung der Auflösung von Nationen und Völkern.

Viele Einsichten, die der aufmerksame Zeitgenosse bislang nur vermuten konnte, lassen sich auf diese Weise bestätigen. Die Funktion dieser Wörter faßt Schmitt wie folgt zusammen: Sie dienen den Linken der Diskreditierung des Gegners, der Moralisierung des eigenen Anliegens, der Verschleierung unliebsamer Fakten und der Projektion der eigenen Mängel auf den Gegner. Schmitt hat diesen Vorgang auf denkbar unideologische Weise erhellt und damit eine Leistung erbracht, die man mit gutem Recht als aufklärerisch bezeichnen kann.

ERIK LEHNERT ■

Lehrling scheitert am Meister

Ishay Landa: *Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2021. 408 S., 20 €

Als Ideenhistoriker an der Open University of Israel ist Ishay Landa in der deutschsprachigen Publizistik noch ein unbeschriebenes Blatt. Gefördert von der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung hat der Linkspartei-Politiker Raul Zelik im Linkspartei-nahen Karl Dietz Verlag nun dessen bisheriges Hauptwerk ins Deutsche übertragen.

Wer trotz dieses Linkspartei-Sammelsuriums unvoreingenommen an Landas Buch herantritt, dürfte es nach der Lektüre bereuen. Denn ob schon eingangs der Anspruch deutlich wird, der Faschismusdefinition Zeev Sternhells, die hierzulande nicht zuletzt durch Armin Mohler eine

relative Popularisierung erfuhr, eine Widerlegung zu bieten, kann dieser Anspruch auf den folgenden Seiten nicht eingehalten werden. Zur Erinnerung: Sternhells Ansatz mißt Ideologie und politischer Theorie von Faschisten zentrale Bedeutung zu, nicht eventueller Regierungspraxis, Klassenzugehörigkeit der Protagonisten etc. Sternhells zentrale These ist hierbei, daß der romanische Ur-Faschismus eine dynamische Synthese aus revolutionärem Nationalismus und nichtmarxistischem Sozialismus mit Wurzeln im heterodoxen Syndikalismus darstellt. Daß es für Anhänger sozialistischer und syndikalistischer Ideen ein Ärgernis ist, wenn Teile ihrer Vorläufer zu Vorläufern *faschistischer* Agitation erklärt werden, ist verständlich, folglich auch, daß man kontern

will; nur daß man ein Buch vorlegt und anschließend übersetzen läßt, das sich an seinem Gegenstand verhebt, irritiert.

Ishay Landa will nicht nur das Primat der Ideologie Sternhells zurückweisen, sondern auch dessen Konnex aus Sozialismusrevision und Nationalismus widerlegen, indem er Anstrengungen unternimmt, um dem Faschismus statt einer *linken* Ahnenkette eine *liberale* zu verpassen. Die Faschismen als entartete Kinder des Liberalismus – das hätte Streitbares Potential, wenn Landa sein eigenes Vorhaben nicht konterkarieren würde, indem er zu seinem Kronzeugen just Massimo Rocca macht. Rocca, ein italienischer Freimaurer, der bereits 1925/26 (!) mit dem Faschismus brach, wird ausführlich zitiert, um die strukturelle Wesensverwandtschaft zwischen Faschisten und Liberalen zu begründen. Faktisch findet Landa bei Rocca das, was er sucht, aber was sagt das über die Genese der Faschismen überhaupt aus, wenn ein Faschist unter vielen weiteren den Kapitalismus retten wollte, indem er die Last liberaler politischer Institutionen und Menschenbilder über Bord warf?

Was bleibt vom zentralen Argument Landas wider Sternhell, man dürfe die Faschisten nicht zu sehr beim Wort nehmen, wenn er analog vorgeht, nur daß ebenjene (Proto-)Faschisten zitiert werden, die *seine* Ausgangsthese stärken und nicht diejenige Sternhells? Ist es nicht ohnehin so, daß Landas Sinndeutung nur alten Wein in neuen Schläuchen vulgärlinker Faschismustheorien bedeutet, die bekanntermaßen vorgeben, daß faschistische Akteure keine unabhängig Handelnden waren, sondern lediglich die militant-barbarische Schutzmacht der Kapitalisten zum Zeitpunkt ihrer größten existentiellen Bedrohung?

Einiger kluger und informativer Abschnitte ungeachtet: Ishay Landas Fleißarbeit ertrinkt in Projektionen und ideologiebedingten Einseitigkeiten. Er ist keineswegs der Gegner, den ein – durchaus angreifbarer – Denker vom Format eines Zeev Sternhell verdient: Ein Lehrling hat hier seinen Meister gefunden, ohne es zu erkennen. Der Leser nimmt ihm dies ab.

BENEDIKT KAISER ■



Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2020 im achtzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift«
(*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz«
(*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will«
(*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2021

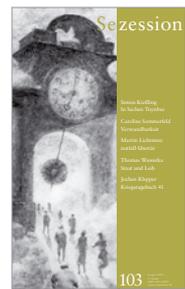
Neuabonnenten können aus drei Buchangeboten ihre Prämie wählen.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2021, 19. Jahrgang



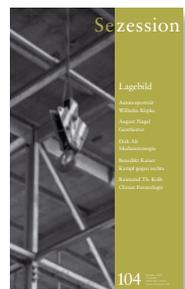
Heft 100 / Februar / 11 €
Thema: »Wo stehen wir?«
76 Seiten, Beiträge u.a.:
Martin Lichtmesz
100
Thomas Hoof
Lage
Erik Lehnert
Gleichheit
Dimitrios Kisoudis
Weltstaat



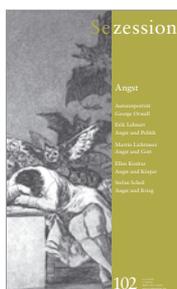
Heft 103 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:
Simon Kießling
Inneres Proletariat
Caroline Sommerfeld
Verwundbarkeit
Martin Lichtmesz
notfall-libertär
Thomas Wawerka
Staat und Leib



Heft 101 / April / 11 €
offenes Heft
80 Seiten, Beiträge u.a.:
Autorenporträt
Joseph Beuys
Erik Lehnert
Doppelstaat
Martin Lichtmesz
Wir, Virus, Wien
Simon Kießling
Zähne, Glätte, Macht



Heft 104 / Oktober / 11 €
Thema: »Lagebild«
68 Seiten, Beiträge u.a.:
Autorenporträt
Wilhelm Röpke
August Nagel
Genttheater
Dirk Alt
Medienstrategie
Raimund Th. Kolb
Chinas Futurologie



Heft 102 / Juni / 11 €
Thema: »Angst«
68 Seiten, Beiträge u.a.:
Autorenporträt
George Orwell
Erik Lehnert
Angst und Politik
Martin Lichtmesz
Angst und Gott
Ellen Kositzka
Angst und Körper



Heft 105 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:
Autorenporträt
Fjodor Dostojewski
Jonas Schick
Fastfood (50 Jahre McDonalds)
Benedikt Kaiser
Peronismus
Erik Lehnert
Nach der Wahl

Man wähnt sich den Menschen, die eine Kiefer auch Kiefer nennen, von vornherein verbunden, genießt eine köstliche Erweiterung der inneren Heimat – und zeigt sich die übliche Fremdheit, empfindet man sie schmerzlicher als anderswo; man haßt auch viel leichter, rascher, wilder als in der sprachfernen Welt.

Max Frisch, *Tagebücher*